D 1600 E
Offenbach Nr. 263 April 1992
24. Jahrgang W: DM 7,—/O: DM 4,—

links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

WAS KOMMT NACH DER GUS?

Henning Schröder

Ende einer Militärmacht

Barbara Meier

Rußland — quo vadis?

NAHOST

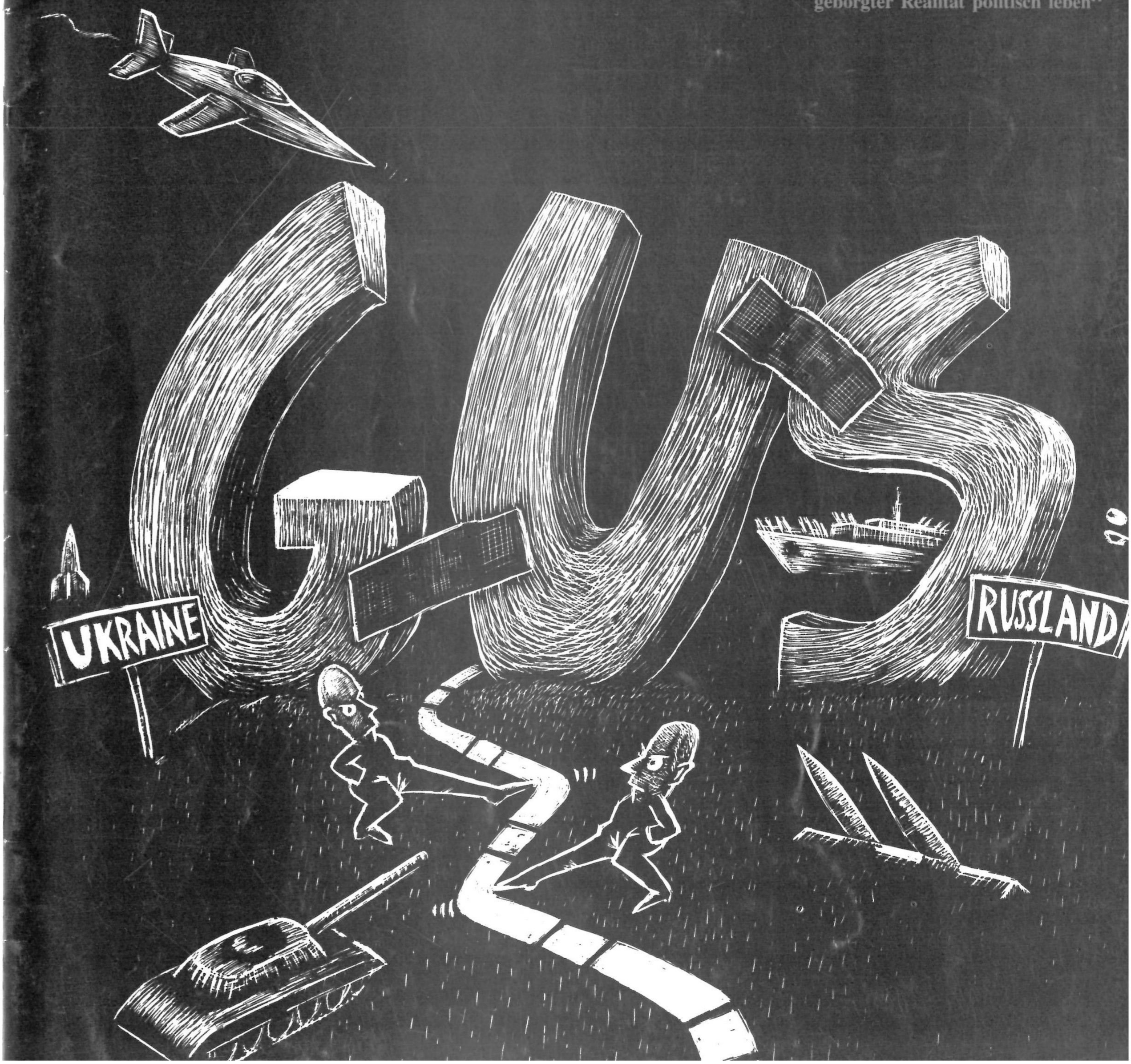
Amos Wollin

Israel — der „Friedensverderber"?

SOZIALISMUS-DEBATTE

Interview mit Oskar Negt

„Wir können nicht mehr aus geborgter Realität politisch leben"



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Geldsorgen allenthalben — von jenen der *links* und des SB gleich. Vor Jahren löste ein notleidend gewordener FDP-Apparatschik seine Geldprobleme in einer badischen Bijouterie mit der Pistole in der Hand. Das ist ihm schlecht bekommen, wenn auch nicht der Finanzskandal-resistenten Partei des Otto „Tanaka" Lambsdroff. Geschickter ist die CDU offensichtlich ihre Schulden losgeworden: was de Maizière einmal andeutete und sich damit fürchterlich die Finger verbrannte, scheint sich zu bestätigen: Die CDU West hat sich mit dem Vermögen der Blockflötenpartei aus der ehemaligen DDR gesund gestoßen. Um das „Vertrauen in die staatstragenden Parteien" vollends zu ruinieren, hat sich auch Volker Hauff von der SPD etwas Apartes einfallen lassen. Daß Willy Brandts smarte Enkel auch für anderes als einen erfrischenden Schuß an antikleinbürgerlichem Hedonismus stehen, haben wir schon länger geahnt. Aber daß der abgehalfterte SPD-Oberbürgermeister, der sich im Kommunalwahlkampf gerne als Mischung aus Boss-Reklame und Idealschwiegersohn portraitieren ließ, nach dem Rücktritt bei den Firmen SPD und Frankfurt gleich beim Springer-Verlag als Bonn-Lobbyist anheuerte, hat dann doch auch abgebrühteren Zeitgenossen die Stimme verschlagen. Wenn es um Geld geht, machen die (fast) alles. Vermuten konnte man es, jetzt ist es „amtlich".

Solche Grundsätze wollen wir uns nicht aneignen. Aber die Leserinnen und Leser müssen zur Kenntnis nehmen, daß diese Zeitung nicht jenseits von wirtschaftlichen und politischen Konjunkturen existiert — und beide verlaufen für uns momentan nicht eben günstig. Steigende Kosten bei tendenziell sinkenden Auflagezahlen und seit Jahren eingefrorene SB-Mitgliederbeiträge gefährden jetzt unsere ökonomische Grundlage. Am wichtigsten ist, daß Leserinnen und Leser jetzt Neuabonnentinnen und Neuabonnenten werben, aber auch eine Angleichung der SB-Mitgliederbeiträge an die tatsächlichen Einkommensverhältnisse sichert die Subventionierung der Zeitungen. Wir wollen nichts dramatisieren, aber ohne das geballte Engagement von Leserinnen, Lesern, Mitgliedern und Förderern geht es wirklich nicht. Also kommen wir von den Alltagssorgen zu den Inhalten unserer Zeitung.

Was kommt nach der GUS? lautet die Fragestellung unseres Themenschwerpunktes im April. Nach dem Ende der Sowjetunion ist die Welt zwar für Amerika und Westeuropa sicherer geworden, nicht aber für die Völker Osteuropas. Sie sind zunehmend sozialer Verelendung, dem Ausbruch nationaler und interethnischer Konflikte ausgesetzt, die sich von der Verfolgung von Minoritäten bishin zum Bürgerkrieg ausweiten und noch mehr ausweiten können.

Das militärische Potential, die Nuklearwaffen, die die GUS als „Erbengemeinschaft" zu verwalten, zu verschrotten und zu verteilen hat, stellen trotz der Gefahr des Abwanderns von Rüstungsexperten und Waffen in Drittweltstaaten im Vergleich zu den inneren Instabilitäten, insbesondere Rußlands, ein ziemlich geringes Risiko dar. Denn die innenpolitischen Instabilitäten, noch verstärkt durch die wirtschaftliche Misere, können die Masse — und vor allem die Armee — dazu verführen, radikalen Parolen Gehör zu schenken. Auch in den Staaten der GUS ist deshalb mit massiven Fluchtbewegungen und Menschenrechtsverletzungen zu rechnen. Henning Schröder und Barbara Meier geben in ihren Artikeln Analysen der Lage und zeigen Konsequenzen auf.

Neben der Schilderung der innenpolitischen Situation Pakistans (Peter Karrer), einem Beitrag über die soziale Verelendung und über die politischen Perspektiven in Brasilien (Hans Füchtner), bringen wir einen ausführlichen Hintergrundbericht zu Israel, dem stockenden Friedensprozeß und der Strategie der noch regierenden LIKUD-Partei gegenüber Washington (Amos Wollin).

Besonders hinweisen, möchten wir Sie, lieber Leserinnen und Leser, auch auf das Interview mit Oskar Negt, das Ludi Lodovico für die *links* führte und mit dem wir unsere Sozialismus-Debatte fortsetzen wollen.

Negt, einer der Mitbegründer des Sozialistischen Büros, weist im Gespräch u.a. daraufhin, daß die anstehende Aufarbeitung von Marx auch eine „Aufarbeitung der Ausgrenzungsgeschichte des Marxismus" ist. Die Sache der gründlichen Aufarbeitung steht also an, der Sozialismus ist für Negt auch deshalb noch lange nicht ausgestanden.

Die Redaktion

IMPRESSUM

HERAUSGEBER- UND REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION zur Zeit: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Peter Kern, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Ludi Lodovico, Felix Schneider.

STÄNDIGE MITARBEITER: Lothar Baier, „Sovieticus"

REDAKTIONSSEKRETÄRIN:
Helga Haas-Rietschel (v.i.S.d.P.)

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Harald Goldhahn

LAYOUT: Helga Haas-Rietschel, Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
11 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die Mai-Ausgabe 1992 ist der 09.4.1992

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 7,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 68,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages.

Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

INHALT

KOMMENTAR

Christoph Görg
Rückkehr zum Realitätsprinzip **5**

AKTUELL

Walter Lochmann / Wolfgang Hermann
Wie kampffähig ist
das Dienstleistungsgewerbe?
Notizen zum ersten Bankenstreik
in der Bundesrepublik **6**

Andreas Schreier
Über den Umgang mit der ,,Firma''
Diskussionsbeitrag zur
Stasi-Aufarbeitung **8**

Initiative ,,Offenlegung
unserer Verfassungsschutzakte'' **8**

Zana Zuljevic
Wer ist Kroate und wer nicht?
Zum Nationalismus in Kroatien **10**

HINTERGRUND

Amos Wollin
Israel —
der ,,Friedensverderber''? **12**

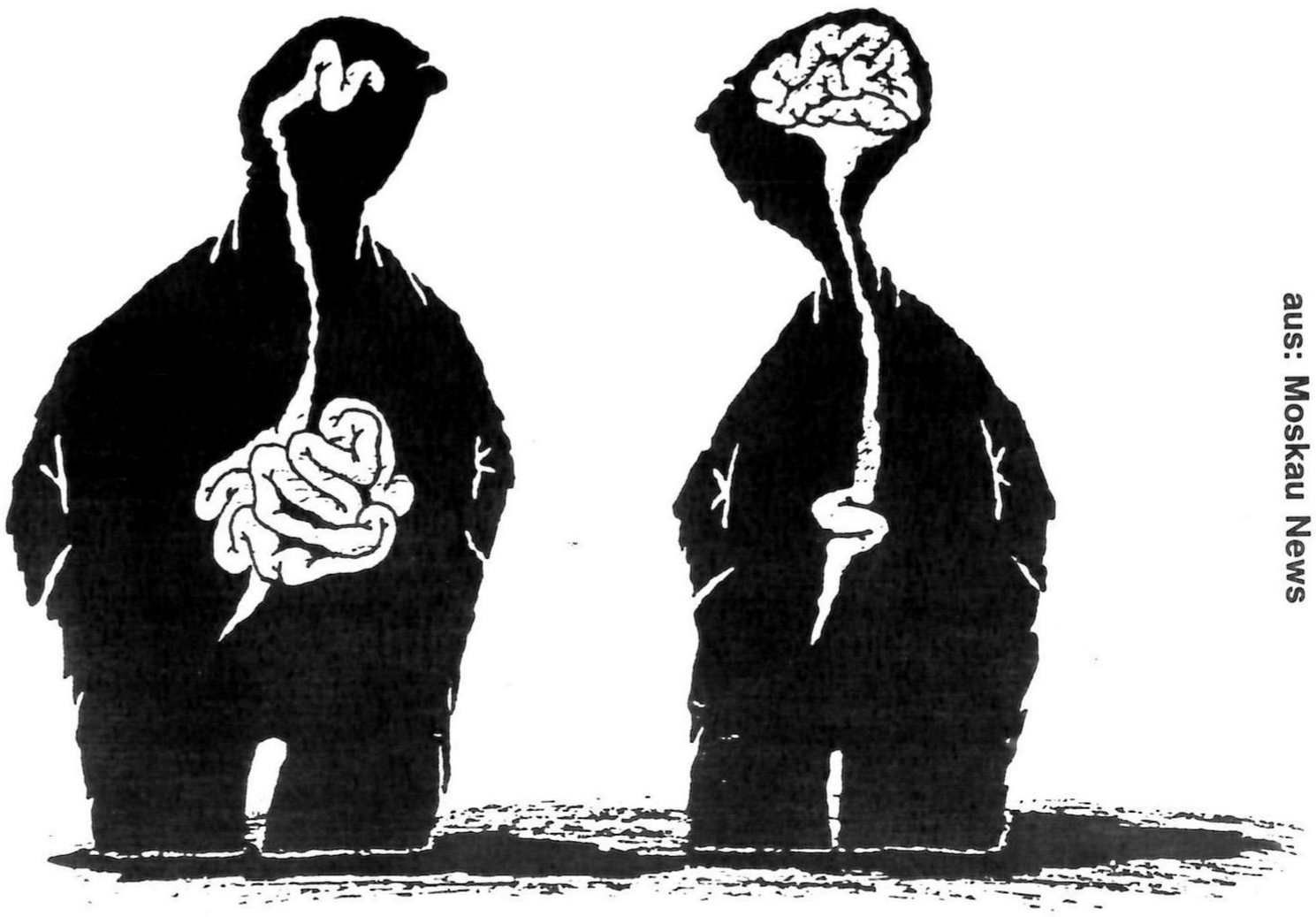
Holm-Detlev Köhler
Der ,,heiße'' Draht
für palästinensische ArbeiterInnen
Interview mit zwei VertreterInnen
von Kav La'oved **14**

THEMA: GUS — und dann?

Henning Schröder
Das Ende einer Militärmacht **18**

Barbara Maier
Gibt die GUS
Rußland den Todesstoß? **20**

Ludi Lodovico
Antisemitismus und
,,Antisemitismus'' **24**



aus: Moskau News

Was dem einen sin Uhl, ist dem anderen seine Nachtigall, und was im heutigen Rußland dem einen die Gedankenfreiheit, ist dem anderen die Brotversorgung.

AKTUELLE DEBATTE

***links*-Redaktion**
,,Wir können nicht mehr aus
geborgter Realität politisch leben''
Interview mit Oskar Negt **25**

Volker Heins
Max Weber,
ein linker Antisozialist **30**

INTERNATIONAL

Peter Karrer
Allah ist mit den Ungerechten
Pakistan und
die neue Weltordnung **32**

Hans-Füchtner
Lateinamerikas
,,zweite Emanzipation''...
... oder unsere erste
allgemeine Verunsicherung **35**

THEORIE

Hans-Ernst Schiller
,,Auf ewig'': Zum Memorandum
,,Fremdenfeindlichkeit'' des
Frankfurter ,,Instituts
für Sozialforschung'' **39**

RUBRIKEN

Editorial **2**
Lektüre **17, 38**
Nachruf:
Max Diamant **41**
Termine **4**
Cosa Nostra:
SB-Kontaktadressen **4**
Abonnement **43**
Buchläden **44**

Migration als Menschenrecht

Die *links*-Redaktion veranstaltet in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung politischer Bildung (AFP) Mitte Mai in Frankfurt zum Thema ,,Migration als Menschenrecht'' eine Tagung. Das Problem der Migration ist ein globales Problem und resultiert aus globalen Ursachen: ökologische Krisen, regionale Kriege, Landflucht und Megastädte, interethnische Konflikte und neue nationalistische Bewegungen. Westeuropa als Wohlstandsinsel sieht in der weltweiten Massenflucht eine Gefahr für den eigenen Lebensstandard. Doch keine humanen Lösung können die neuen sozialen Mauern sein, die das Schengener Abkommen zwischen Wohlhabenden und Armen nun aufbaut. Auch mit der Beibehaltung des Asylrechtes hat man das Migrationsproblem noch nicht im Griff. Humane Lösungsstrategien sind gefragt, die aber allerdings auf einer Einkommensumverteilung und auf Solidarität beruhen müssen, und die wahrscheinlich ohne eine neue Weltordnung, die die Industrienationen reglementiert, nicht auskommen wird. Die Tagung wird sich sowohl mit der Wirtschaftspolitik der westlichen Länder und der Weltorganisationen als auch mit verschiedenen Konzepten der Flüchtlingspolitik und der Einwanderungspraxis europäischer und nichteuropäischer Staaten beschäftigen.
Termin: 22.- 24. Mai '92
Ort: Frankfurt (genauerer Tagungsort wird noch bekanntgegeben)
Kontakt: AFP/*links*-Redaktion, Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

Forum America Latina 1992

Viele Initiativen und Gruppen führen im Kolumbusjahr '92 Veranstaltungen zum 500jährigen Kolonialismus Lateinamerikas durch. Auf eine Veranstaltung, die Initiativgruppen aus Bremen, Hamburg und Hannover organisieren, weisen wir in diesem Zusammenhang noch einmal hin: das ,,Forum America Latina'' 1992 — Geschichte und Widerstand aus der Sicht der ,,Entdeckten', das Mitte April gleichzeitig in Bremen, Hamburg und Hannover stattfindet. Durch eine Reihe von Vorträgen mit ausschließlich lateinamerikanischen ReferentInnen und begleitenden Kulturveranstaltungen sollen die Geschichte, die Kultur und besonders die Bewegungen des Widerstandes während der letzten 500 Jahre sowie heutige Perspektiven Lateinamerikas dargestellt und diskutiert werden.
Termin: 24. - 26. April '92
Orte: Bremen: Kulturzentrum Schlachthof, Findorferstr. 51; Hamburg: Raschplatz Pavillion, Lister Meile 4/FZH Lister Turm; Hamburg: Universität, Siemensallee, Waldseestr. 100
Weitere Informationen bei: A. Müller, Brandtstr. 86, 28 Bremen, Tel. 0421/37 39 05;
Peru-Initiative, Nernstweg 32-34, 2 Hamburg, Tel. 040/43 01 744;
de pueblo a pueblo e.V. Kollenrodtstr. 59, 3 Hannover 1, Tel. 0511/39 28 35

Kinderprostitution und Sextourismus

Zu diesem Thema veranstaltet die Ev. Akademie Tutzing in Zusammenarbeit mit der ,,Kampagne gegen Kinderprostitution im Zusammenhang mit dem Sextourismus'' Mitte April eine Tagung. Weltweit ist in den letzten Jahren die Kinderprostitution dramatisch angewachsen. Engagierte Gruppen schätzen die Kinderprostitution etwa in Thailand auf ca. 400 000 Kinder. Verstärkt wird die Kinderprostitution in vielen Ländern der sog. Dritten Welt noch noch durch den Sextourismus von Männern aus den Industrieländern. Unter den Sextouristen fallen die Männer aus Deutschland zahlenmäßig besonders auf. Bei der Tagung sollen Hintergründe und Ursachen der Kinderprostitution sowie die Tatsache erörtert werden, daß immer mehr Männer sexuelle Beziehungen zu Kindern haben wollen.
Termin: 10. - 12. April '92
Ort: Ev. Akademie Tutzing
Anmeldung: Über die Akademie c/o Frau Hannelore Hartenstein, PF 227, 8132 Tutzing,
Tel.: 08158/251-123

Afrika — ein Abschreibungsprojekt?

Über Probleme und Perspektiven afrikanischer Politik in der ,,Neuen Weltordnung'' veranstaltet die Ev. Akademie Hofgeismar Anfang Mai eine Tagung. Die meisten der sog. ,,last developes countries'' befinden sich auf dem afrikanischen Kontinent. Kontinuierlich wächst dort die Armut und der Hunger. Militärische Konflikte, Flucht und Vertreibung scheinen hier chronische Dimensionen angenommen zu haben. Themen der Tagung sind daher u.a.: Die 80er Jahre als Phase im Prozeß der Einbeziehung Afrikas in das Kapitalistische Weltsystem / Militärische Konflikte / Ursachen und Folgen / Einparteienherrschaft vs. Demokratie sowie ein afrikanischer Rückblick auf die europäisch-afrikanischen Beziehungen.
Termin: 8. - 10. Mai '92
Ort: Ev. Akademie Schlößchen Schönburg, Hofgeismar-Gesundbrunnen
Anmeldung: Ev. Akademie, Schlößchen Schönburg, PF 1205, 3520 Hofgeismar

Nation, Nationalismus und geschichtliches Bewußtsein

Zu diesem Thema veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung (AFP) zusammen mit dem Bildungswerk der Humanistischen Union im Mai ein Seminar in Essen. Mit der Neubildung eines nationalen Bewußtseins nach dem Zerfall der stalinistischen Systeme im Ostblock hat sich, wie die bisherige Entwicklung in Osteuropa zeigt, zugleich ein neues Spannungs- und Konfliktfeld eröffnet, das man in Europa historisch für längst überholt hielt. Auch die Bundesrepublik ist nach der Vereinigung der beiden Teile Deutschlands mit diesem Problem konfrontiert. Es scheint hier nicht mehr ausgeschlossen, daß durch die Vereinigung und die Auflösung des Ost-West-Konflikts eine zunehmende und forcierte Veränderung des politischen und historischen Bewußtseins im wiedervereinigten Deutschland stattfinden wird. Damit verbunden ist die Frage, ob die Deutschen ein neues Verhältnis zu ihrer eigenen Geschichte entwickeln werden. Das Seminar will dieser Frage nachgehen und darüber debattieren, welche Bedeutung eine solche Veränderung für die Zukunft der Bundesrepublik hat.
Tagungsort: Essen
Anmeldung: AFP, Peter-Erwin Jansen, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach/M oder über das Bildungswerk der HU e.V., Kronprinzenstraße 15, 4300 Essen 1, Tel.: 0201/22 79 82

Linke Mythen

Zum Thema ,,Linke Mythen'' veranstaltet die *links*-Lesegruppe Mitte April in West-Berlin eine erste Diskussion, zu der alle InteressentInnen herzlich eingeladen sind.
Termin: 10. April '92
Ort: Elszholzstr. 15, 1 Berlin 30, c/o Manfred Ohm
Telefon: 030/21 66 652

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 1000 Berlin 30, Tel. 030/2166652
Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, Berlin 1080
Bochum: Dieter Schweitzer, Robert-Koch-Str. 7, 4630 Bochum, Tel. 0234/703739
Bielefeld: Frederick Gröger, Westerfeldstr. 164, 4800 Bielefeld, Tel.: 0521/888308
Bremen: Niko Diemer, Herbststr. 92, 2800 Bremen, Tel. 0421/374581
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund *und* Holger Föllmer, Neuer Graben 12, 4600 Dortmund, Tel. 0231/124949
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/885006
Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 3400 Göttingen, Tel. 0551/7703659
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/433289
Hannover: Anke Breithaupt/Ursel Fischer, Lister Meile 25, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/3480597
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 2300 Kiel, Tel. 0431/804430
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/491698
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 8080 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 4400 Münster 1, Tel. 0251/375714
Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/332022
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 7900 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

KOMMENTAR

CHRISTOPH GÖRG

Rückkehr zum Realitätsprinzip

Eine unausweichliche Entwicklung als solche anzuerkennen und hinzunehmen, gilt gemeinhin als Kennzeichen von Realitätstüchtigkeit. Seit den heroischen Zeiten des Bürgertums ist es darüberhinaus eine Tugend, nur das zu wollen, was die Verhältnisse hergeben, denn dies ist eine wichtige Grundlage des Erwerbstrebens. Damit unvereinbare Wünsche wurden in das Private und in die Kunst verbannt. Auch die Moral blieb davon nicht unberührt. Eigentlich wäre man schon gern moralisch, „doch die Verhältnisse, die sind nicht so", spottete auch Brecht.

Nun behaupten zwar manche, in den Zeiten der Postmoderne habe sich das geändert. „Anything goes" heißt die Parole. Anstatt sich an die harte Realität anzupassen, wird diese als ein beliebig veränderbares Produkt sozialer Definitionen entworfen. So dürfen die sozialen Akteure sich im Glauben wiegen, Realität sei erst das, was sie als solche anzuerkennen bereit sind. Schwindet aber diese Bereitschaft angesichts unlustvoller Erfahrungen mit konkreten Realitäten, dann wird flugs die Definition gewechselt.

Auf den ersten Blick vollzieht sich in der neuen Bundesrepublik ein solcher Wandel in der Definition der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen. Die Zeiten des Gesundbetens sind vorbei. Was gestern noch als miesepetriges Rumnörgeln an den Konsequenzen des Vereinigungsprozesses verpönnt war, ist heute salonfähig geworden. Selbst die strahlendsten Berufsoptimisten fühlen sich langsam unbehaglich, angesichts der finanziellen Daten. So darf sogar das eine oder andere Mitglied der Regierung neue Töne von sich geben, um das Wahlvolk einzustimmen: Die Zeiten werden härter. Übertriebene Erwartungen sind nun zurückzustellen. Keine Rede mehr davon, daß es „keinem schlechter" gehe (Kohl). Daß die Einheit sich nicht selbst finanziert, das wollen plötzlich alle und auch schon immer gewußt haben. Nun ist die Nation erst recht gefragt, denn die Lage ist ernst. In der Sprache unseres wortmächtigen Kanzlers: „Zu Deutschland gibt es keine Alternative!" Die Schicksalsgemeinschaft soll sich hinter Theo Waigel scharren, der, hoch auf dem Geld-Wagen, die Währungszügel fest umklammert hält und vor dem drohenden Konjunkturunwetter schnell die Ernte zu retten versucht. Wen trifft die Peitsche der Einsparungen? Wohl kaum den Jäger 90, aber beispielsweise schon längst die ABM-Maßnahmen. Bald werden andere Teile des Sozialstaats zum Opfergang gebeten werden.

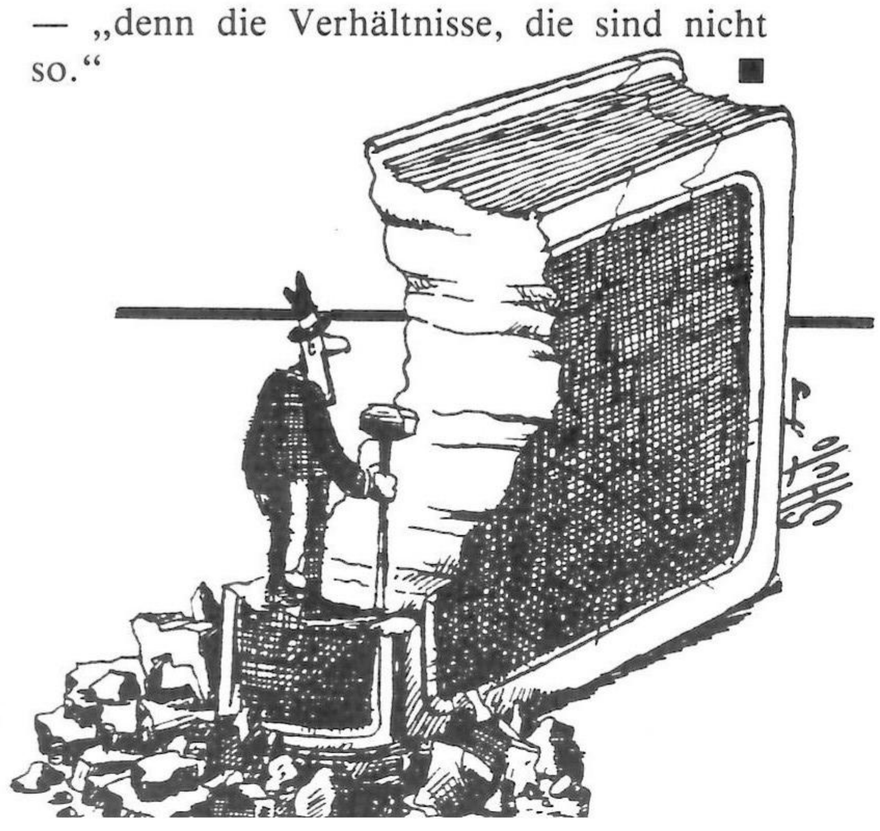
Dahinter steckt mehr als nur ein kurzfristiger Stimmungswandel. Die Zeiten, wo *alles ging*, wo mit Hilfe des Staates alles machbar erschien, sind auf absehbare Zeit vorbei. Auch geistig-moralische Wenden können das ökonomische Desaster nicht länger auffangen. Dabei zeigt sich, daß bei der Einstimmung auf die neue Lage die große Koalition aller staatstragenden Parteien wieder mal verwirklicht ist. Zwar muß man der eigenen Klientel noch Ressourcen sichern und daher um die Verteilung der Lasten streiten. Überhaupt ist Wahlkampf, und da darf die Unterscheidungsfähigkeit nicht gänzlich verloren gehen. Sonst wächst die stärkste Partei, die Partei der Nichtwähler, noch mehr an. Oder gar die bösen Rechtsdraußen (Links herrscht ja keine Gefahr mehr; und Grüne und Bürgerbewegungen bieten auch keinen Ausweg aus der drohenden sozialen Misere an). Die „politische Klasse" der Bundesrepublik scheint paralysiert angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung. So werden inszenierte Schaukämpfe als Opposition verkauft. Von der Mehrwertsteuer über den Ecu bis zum letzten Hit von Möllemann, der ihm schon den Ehrentitel eines „geistigen Ozonlochs" eingetragen hat.

Dabei hat er doch nur penetrant zur Geltung gebracht, worüber im Prinzip bei allen sowieso Einigkeit besteht: es muß gespart werden, und außerdem muß den Leuten jetzt endlich mal (!) die Wahrheit gesagt werden. Wie kann man soetwas nur fordern, darüber muß man sich doch aufregen! Den Sozialdemokraten wird es daher auch nicht weiterhelfen, daß der abgelutschte Wahlkampfschlager von der Steuerlüge, der schon beim letzten Mal keine richtige Stimmung verbreiten konnte, wieder aufgelegt wird.

Was ansteht ist die Rückkehr zum unguten alten Realitätsprinzip. Dabei geht es nicht um die Einsicht, daß alles bezahlt werden muß. Es geht um die Grundlagen des bürgerlichen Selbstverständnisses, an das wieder erinnert werden muß. Sichtbar wird dieser Wandel bei den Reaktionen auf die Selbstmorde von prominenten ostdeutschen Politikern.

Gerade da, wo überhaupt noch soviel Moral übrig geblieben ist, um im politischen Alltagsgeschäft darüber wenigstens zu erschrecken, wird mühsam Schadensbegrenzung betrieben. So schreibt *Die Zeit*, zwar hätte der Selbstmord von Detlev Dalk über die persönliche Tragik hinaus auch eine politische Dimension. Aber letztlich bestehe diese in der psychischen Überforderung vieler Ostdeutscher angesichts der „Rationalität" des westlichen Systems — und nicht etwa im Ausverkauf der ostdeutschen Immobilien.

Hier ist er wieder, der alte bürgerliche Hang zum Machbaren, hinter dem sich die Schicksalsergebenheit nur schlecht versteckt. Die Rationalität des Systems scheint mit seiner Unvermeidlichkeit identisch zu sein. Rational ist es gerade deswegen, weil es alternativlos ist, weil es die einzig-mögliche und ergo die best-mögliche Verfassung der sozialen Wirklichkeit sein soll. Und diese Einsicht wird als Inbegriff von Realitätstüchtigkeit verkauft. Daneben ist es zwar schlimm, wenn das einige im zurückgebliebenen Osten noch nicht begreifen können. Aber von Moral kann man sich bei soviel Rationalität trotzdem nicht leiten lassen — „denn die Verhältnisse, die sind nicht so." ■



WALTER LOCHMANN / WOLFGANG HERMANN

Wie kampffähig ist das Dienstleistungsgewerbe?

Notizen zum ersten Bankenstreik in der Bundesrepublik

Zum erstenmal kam es im Bankengewerbe zu einer für diese Branche ungewöhnlichen kämpferischen Tarifauseinandersetzung, die von HBV und DAG gemeinsamt organsiert wird. Daß sich die Gewerkschaften und ihre Kampffähigkeit allerdings selbst in einem Dilemma befinden, macht der nachfolgende Artikel deutlich.

Reduzierung der Arbeitsbelastung in den Betrieben, Mehrarbeitszuschläge für Teilzeitbeschäftigte, Arbeitszeitverkürzung (DAG-spezifisch: ,,verbesserte Regenerationszeit" in Form von Blockfreizeit und den arbeitsfreien Silvester als ,,Bankfeiertag"), strukturelle Verbesserungen bei den Gehältern und 10,5 % mehr Gehalt. Eine Forderung, die eigentlich dem langjährigen sozialpartnerschaftlichen ABC der Tarifpolitik entnommen ist: Inflationsausgleich (rund 4 % plus Produktivitätsrate), im Bankgewerbe von rund 6 % ist verteilungspolitisch fast neutral — berücksichtigt man noch fiskalische und sozialpolitische Belastungen der abhängig Beschäftigten, sind die 10,5 % sogar eher am unteren Rand angesiedelt. Daß es nun nach Demonstrationen, Unterschriftenlisten, Warnstreiks am 19.2. zum Scheitern der Verhandlungen kam, lag am 5 %-Angebot der Arbeitgeber für die rund 430 000 Beschäftigten im westdeutschen Bankgewerbe.

Arbeitskampf von beiden Seiten gewollt

Dieser Streik birgt einige Probleme für die tarifpolitisch agierenden Gewerkschaften, die in einer boomenden Branche die magische ,,6" vor dem Komma durchsetzen wollen. Und das bei niedrigem Organisationsgrad, streikunerfahrenen Angestellten, fast 30 000 Filialen bundesweit, übertariflichen Gehältern für die qualifizierten, leistungsbereiten und loyalen Bankfachleute, die zudem gewerkschaftlich kaum (noch eher bei der DAG) vertreten sind. Die Konkurrenz zwischen DAG und DGB, die manchmal das ,,Geschäft belebt", wird durch eine allerdings nicht immer gelingende Abstimmung und Kooperation abgelöst, was auch gerade in dieser besonderen Tarifrunde dringend notwendig ist. Die Bank-Arbeitgeber — in einer wahren Offensive von Arbeitgeberverbänden, Bundesregierung, Teilen der SPD und Bündnis 90 und den verschiedenen Wirtschaftsinstituten unterstützt — wollen keine 6 vor dem Komma, obwohl die Stahlindustrie mit rund 6,4 % und die westdeutschen Versicherungen mit einem Volumen von rund 7 % Orientierungspunkte gesetzt haben.

Aber es soll offensichtlich im Bereich des privaten Bankgewerbes noch einmal für das Jahr '92 der Versuch gemacht werden, eine deutlich niedrigere Orientierungsmarke durchzusetzen, weil man sich aufgrund des niedrigen Organisationsgrads dafür gute Chancen ausrechnet. Beim Erscheinen dieses Artikels ist der Arbeitskampf möglicherweise schon zu Ende, im schlechten Fall sind es auch die Gewerkschaften, dann nämlich, wenn sie den Arbeitgebern kein deutlich verbessertes Angebot abgerungen haben.

Die Zeichen dafür stehen allerdings schlecht. Die Streikpolitik der ,,gezielten Nadelstiche" trägt nicht nur dem geringen Organisationsgrad Rechnung — sie ist auch Ausdruck eines strategischen Dilemmas von Streiks im Dienstleistungsbereich: Das Lahmlegen von Rechenzentren ist schier unmöglich — da haben die Arbeitgeber von den 87er Warnstreiks gelernt und dezentralisiert und in erheblichem Umfang die Aufrechterhaltung der Rechenzentrenleistungen automatisiert. Die Aktivierung und das Funktionieren der Rechenzentren erfolgt teilweise schon vollautomatisch, Gefahren drohen nur bei dann noch auftretenden Störfällen, die dann aber auch von einer geringen Anzahl Arbeitswilliger und leitender Angestellten bewältigt werden können. So trifft ein ,,Lahmlegen" die Banken möglicherweise ausschließlich symbolisch, aber nicht ökonomisch. Dem geplagten Autofahrer, dessen Strafmandat von ihm pünktlich bezahlt aber nicht rechtzeitig überweisen wird, ist streikbedingte ,,höhere Gewalt"; die Beschäftigten, die Löhne und Gehälter nicht pünktlich auf ihre Konten haben, sind auf ,,die Banken" wütend und Risikoverlagerung durch verspätete Wertstellung trifft auch eher die ,,kleinen Leute". Großkunden werden die Kulanz erzwingen — und so schließt sich der Kreis wieder, denn diese Firmenkunden haben als Arbeitgeber kein Interesse an einem ,,hohen Abschluß".

Zahlreiche Hinweise verdichten den Eindruck, daß die Arbeitgeber schon im letzten Jahr Streiks eingeplant haben und sich auf einen längeren Arbeitskampf einstellen, der DAG und HBV finanziell belasten wird und ihre Mobilisierungsfähigkeit auf die Probe stellt. Und hier sah es nicht so schlecht aus, wie Skeptiker der Gewerkschaften und Optimisten der Bankvorstände es einschätzten: Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit, die Beteiligung an Streiks über hauptamtliche GewerkschaftsfunktionärInnen hinaus bis hin zu Unorganisierten und

zahlreiche Eintritte haben doch für Verunsicherung und Irritation bei Vorständen gesorgt. Und obwohl die Forderungen nur noch rund 1,3 % auseinanderliegen (daß der Stahlbereich eine Orientierungsmarke ist, haben HBV und DAG schon signalisiert), setzen die Bankarbeitgeber auf massive Konfrontation. Ihre Empfehlung an die Mitglieder: Mit dem Februargehalt 5 % mehr Lohn und Gehalt zahlen plus einer Einmalzahlung für Januar von 300,— DM.

Für viele Bankangestellte dürfte damit die Tarifrunde „erledigt" sein und den Beschäftigten wurde drastisch klar gemacht, daß sie keine gewerkschaftliche Interessenvertretung brauchen: was an Gewerkschaftsbeitrag eingespart wird, zahlt der Arbeitgeber halt nicht. Oder noch deutlicher: das höhere Gehalt „frißt dann der Moloch Gewerkschaft..." Schöne Aussichten für Tarifautonomie und attraktive Gewerkschaften für qualifizierte Beschäftigte im Dienstleistungssektor. Ob die Arbeitgeber noch mehr mit ihrer Strategie bewirken wollen, ist noch unklar. Mögliche Auswirkungen sind aber deutlich: Mit einer Politik „gezielter Nadelstiche" werden die Gewerkschaften diszipliniert, Angebote des „Tarifführers" IGM (Verzicht auf zweistellige Lohnforderungen) werden nicht sozialpartnerschaftlich aufgenommen und im Bankbereich umgesetzt, was zu einer Radikalisierung der Gewerkschaftspolitik führt. Dies ist aber für die Kerntruppe dieser Branche — die im Bankengeschäft Tätigen — unattraktiv. So geraten die Gewerkschaften in ein schwieriges Dilemma, das bei dem ersten ganztägigen Streik bei der Dresdner Bank in Frankfurt deutlich wurde. Das Gros der qualifizierten Bankkaufleute ließ sich von den Streikposten nicht an der Arbeitsaufnahme hindern. Sie strebten zielstrebig an ihnen vorbei zur Arbeit — ein außerordentlich großes Aufgebot leitender Angestellter vor dem Haus „motivierte" dazu noch die wenigen Schwankenden.

Qualifizierte gegen Angelernte

Neben den Beschäftigten im technischen Bereich, die ein spezifisches Bewußtsein in die Auseinandersetzung einbringen, erweisen sich dann nur noch die Bereiche streikbereit, in denen Beschäftigte in niedrigeren Tarifgruppen arbeiten und dies sind in der Regel auch rationalisierungsgefährdete Bereiche (z.B. Zahlungsverkehr). Für künftige Tarifauseinandersetzungen werden die Gewerkschaften jedoch gerade auf die absolut und relativ immer größer werdende Kerngruppe der qualifizierten Bankkaufleute angewiesen sein, um wirkungsvoll Tarifforderungen durchsetzen zu können. So besteht die Gefahr, daß künftige Tarifverhandlungen zur kollektiven Bittstellerei werden, weil tarifliche Verbesserungen nicht (mehr) erstreikt werden können. Bleibt zu hoffen, daß Imageverluste der Banken, phasenweise Loyalitätsaufkündigung und die Mobilisierung unorganisierter Angestellter doch noch einen Abschluß erzwingen. Daß überproportionale Anhebung der unteren Gehaltsgruppen, Solidarität mit den ostdeutschen (arbeitslosen) ArbeitnehmerInnen, Frauenförderung und Mitbestimmung am Arbeitsplatz nicht mehr diskutiert werrden, ist der zwanghaften Fixierung auf die „sechs vor dem Komma" geschuldet — doch ohne einen Abschluß mit diesem Volumen steht die tarifpolitische Macht, oder präziser, ihr tarifpolitischer Einfluß auf dem Spiel. Und das gilt dann „durch die Bank" für alle Gewerkschaften. ■

Was hier nicht steht, steht in der taz.

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch!

Ich teste die tageszeitung

Nur gegen Vorauszahlung
☐ 4 Wochen für 30,– DM
☐ 8 Wochen für 60,– DM
Auslandsporto (Europa) zzgl. 19,–/monatl.

Vorname, Name: _____

Straße, Haus-Nr.: _____

PLZ, Ort: _____

☐ Scheck liegt bei

Datum, Unterschrift: _____

Coupon (mit Verrechnungsscheck) in einen Umschlag und senden an: taz Abo-Abteilung, Kochstraße 18, 1000 Berlin 61

Abonnieren Sie die tageszeitung.

ANDREAS SCHREIER

Über den Umgang mit der „Firma“

Diskussionsbeitrag zur Stasi-Aufarbeitung

Der Autor ist Mitarbeiter des *Bürgerkomitees 15. Januar* zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit in Ost-Berlin. Sein Diskussionsbeitrag zum „Stasi-Film“ wie er gegenwärtig in der alten Bundesrepublik abläuft, dokumentiert — zwar etwas knapp und manchmal unpräzise — aber doch die Verdrossenheit der „Ossis“ gegenüber der Stasi-Experten im Westen, die sich täglich, oft sehr unbedarft, über die Verhältnisse in der Ex-DDR auslassen.

Mit Recht warnt Schreier allerdings davor, die Problematik von Repression auf „Fall-Geschichten“ zu reduzieren. Denn diese liefern nur Vorwände, um nachher von der „Aktenlüge“ sprechen zu können und gleichzeitig die Schließung der Stasi-Archive zu fordern. Nicht nur aus Solidarität mit den Opfern, sondern auch aus einer machtkritischen Position heraus, ist daher dem Argument der „Aktenlüge“ — und hier ist dem Autor nur beizupflichten — in der Öffentlichkeit entschieden entgegenzutreten.

Der „Stasi-Film“, der gerade in der BRD abläuft, hat sehr wenig mit „Vergangenheitsaufarbeitung“ (falls dieser bürokratische Begriff überhaupt zulässig ist) zu tun. Das kann auch gar nicht anders sein. Denn nach einer kurzen Phase der Emanzipation im Herbst '89, die zeitweilig sogar revolutionäre Züge trug, warf sich die Mehrheit der DDRler der nächsten Obrigkeit an den Hals. Das hatte verschiedene Gründe, auf die an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden soll. Der „Revolution“ fehlte das Finale, zu dem eben auch die Abrechnung mit der alten Herrschaft zählt. Das soll nun heute unter einem System stattfinden, welches auch viel „Dreck am Stecken“ hat.

Wer hat heute ein Interesse an der „Aufarbeitung“? Die „Kommunistenfresser“ und „kalten Krieger“? Ja, sicher die haben ein berechtigtes Interesse, ihr „Süppchen zu Ende zu kochen“. Sie zerren voller Freude die „Kundschafter des Friedens“ vor die BRD-Gerichte oder klagen Ex-Minister Mielke unter Zuhilfenahme von Gestapo-Folter-Aussagen an. Nein, es wird nicht danach gefragt, was hat Mielke 1936 im spanischen Bürgerkrieg (auf seine Veranlassung wurden damals Anarchisten liquidiert, Anm. d. Red.), was hat er während der Schauprozesse in der Sowjetunion für eine Rolle gespielt (Mielke hatte sich als Zeuge für die Ermordung des Gründers der ungarischen Kommunistischen Partei eingesetzt, Anm. d. Red.) und was für eine in der Zeit von 1945 — 1989. Im Zuge ihrer Art von Aufarbeitung läßt sich dann auch so ganz nebenbei, die Linke mit „abräumen“ bis hin zu liberaleren Leuten wie Engelmann und Wallraff.

Die Massenmedien sind natürlich auch daran interessiert, DDR-Vergangenheit „aufzuarbeiten“. Nur mit der kleinen Einschränkung, es muß sich verkaufen lassen. Dabei wird die Problematik von Repression im „real existierenden Sozialismus“ auf den Fall „Stolpe“, den Fall „Gysi‘, den Fall... beschränkt. Das beleuchtet nicht ausreichend die Herrschaftsstrukturen in der Ex-DDR. Wenn dann noch Indizien zu Beweisen erhoben werden, könnte man nur noch kotzen. Leute wie Mertes von „Report“-München z.B. handeln mit eindeutig politischem Auftrag. Sie interessiert „nicht die Bohne“, was in der DDR wirklich los war.

Teile der westdeutschen Linken äußern sich sehr verhalten zum Thema MfS und DDR. Und das hat seinen guten Grund, denn auf diesem Auge war ein Großteil von ihnen immer blind. Die DDR war antifaschistisch, antiimperialistisch, dadurch objektiv als Verbündeter zu betrachten, zumindest aber als ruhiges Hinterland. Da konnte man schon mal etwas Zusammenarbeit wagen.

Es ist schon bemerkenswert, wieviel westliche Stasi-Experten sich Tag für Tag so wortgewaltig über die Verhältnisse in der DDR auslassen. Nur haben sie jemals in der DDR gelebt? Haben sie jemals mit dem MfS zu tun gehabt, oder mal ein paar Akten der „Firma“ gelesen? Vermutlich ist es gerade die Sorte von Kennern der Materie, welche heute von der „Aktenlüge“ spricht und mit dem Totschlagargument der zu erwartenden Lynchjustiz droht. Das alles ist uns schon seit der Zeit bekannt, als uns mehr oder weniger unfreiwillig die Obersten und Generäle des Ministeriums für Staatssicherheit gegenübersaßen und davor warnten, daß wenn die Auslandsspionageabteilung sich nicht unkontrolliert auflösen könnte, es Tote gäbe. Durch einen Mehrheitsbeschluß des Runden Tisches durften sie sich dann selbst auflösen. Seit diesem Tage fehlten wieder ein paar Mark aus dem Säckel des Volksvermögens und es gab dann ein paar Privatunternehmen mehr im einig Vaterland. Oder die Herren versuchten uns davon abzuhalten, allzu öffentlich mit den Listen ihrer konspirativen Wohnungen umzugehen, da es sonst „Mord und Totschlag“ geben würde. Die Listen wurden von der taz veröffentlicht und niemand kam bis heute zu Schaden. So

ähnlich war es dann auch bei den Listen der hauptamtlichen Mitarbeiter.

Warum ich das hier erwähne? Weil immer da, wo der Versuch stattfand, Öffentlichkeit zu verhindern, die Argumente nur vorgeschoben waren, um Fakten zu vertuschen. Heute bilden einige Bonner Politiker und die Generalität des ehemaligen MfS eine unheilige Allianz mit ihrer Forderung nach Beendigung der Akteneinsicht. Auch der heutige Chef der Verfassungsschützer, Werthebach, hat in seiner Rolle als Diestel-Berater kollegial gegenüber den Generälen gehandelt, als er seinerzeit gemeinsam mit Innenminister Diestel die Vernichtung eines Großteils der Akten plante.

Grundsätzlich: die Einsicht der Betroffenen in ihre Akten ist richtig. Sie muß weiter stattfinden können. Unsere Forderungen gingen aber auch immer darüber hinaus. ,,Jedem seine Akte'' hieß, daß jeder der in den zahlreichen Stasi-Archiven als ,,Opfer'' geführt wurde, auch seine Akte ersatzlos mit nach Hause nehmen darf. Dieses Recht haben gegenwärtig nur die Geheimdienste der BRD. Hier wird deutlich, wie im Umgang mit den Stasi-Akten Vergangenheit und Gegenwart aufeinander treffen, so daß eine Vergangenheitsaufarbeitung im eigentlichen Sinne unmöglich ist.

Die Nutzung der nach wie vor ungesetzlich erhobenen Daten zeigt, daß die Diskussion zum Umgang mit den Stasi-Akten sich an den real existierenden Verhältnissen orientieren muß. Eine Kritik von westdeutscher Seite darf nur im Kontext mit ihrer eigenen

Orientierung an real existierenden Verhältnissen

Vergangenheit und Gegenwart stattfinden und die ,,Ostlerkritik'' nie losgelöst von den herrschenden Verhältnissen; fast jeder in der Bürgerbewegung weiß etwas mit Begriffen wie IM, OV (Operativer Vorgang, d. Red.), OPK (Operative Personen-Kontrolle, d.Red.) etc. anzufangen, doch wer weiß, was das ASOG (Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz nach bundesdeutscher Manier, d.Red.) beispielsweise ist?

Die kleinen Spitzelgeschichten sind in der Diskussion nicht entscheidend, sollten vielmehr auf privater Ebene geklärt werden. Das System in der DDR wurde nicht nur durch das Ministerium für Staatssicherheit ermöglicht. Man muß sich nur mal die Bilder der vielen Massendemonstrationen ansehen oder die Wahlergebnisse der letzten Jahre vor 1989 (abzüglich von vielleicht maximal zehn Prozent manipulierten Stimmen).

Dazu fehlen natürlich nicht jene belasteten Personen, die heute noch oder schon wieder im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen und zum Beispiel als politische Elite Macht über Menschen haben. Wer es nicht lassen kann, sich aus dem Fenster zu hängen, muß eben damit rechnen, daß ihm etwas aus dem Kopf fällt. Eine Diskussion zur Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit muß bestrebt sein, die Strukturen, Arbeitsweisen und die Verantwortlichen des DDR-Geimdienstes aufzuzeigen (Auch die Forderung nach Offenlegung der bundesdeutschen Geheimdienstakten gehört sehr wohl zum Thema.)

Das alles ist von einer dem Ministerium des Innern untergeordneten Behörde und dem loyalen Beamten Gauck nicht zu erwarten; wenn überhaupt, soll sich der Mann auf eine reine Dienstleistung bei der Einsichtnahme beschränken. ■

Initiative ,,Offenlegung unserer Verfassungsschutzakte''

In Frankfurt am Main hat sich jetzt eine Initiative ,,Offenlegung unserer Verfassungsschutzakten'' gegründet! Die links **veröffentlicht die Begründung dieser Initiative im Wortlaut.**

,,Was den Ossis, die jetzt ihre Stasi-Akten einsehen dürfen, recht ist, muß auch uns Wessis bei den Verfassungsschutzakten billig sein.'' Der kalte Krieg fand in beiden Teilen Deutschlands statt — mit unterschiedlicher Gewalt und Verfolgung durch die Geheimdienste! Aber: In der DDR wurden mißliebige Bürger durch die Stasi bespitzelt, benutzt und verfolgt! In der BRD wurden mißliebige Bürger durch den Verfassungsschutz bespitzelt, benutzt und verfolgt. Im Zuge der deutsch-deutschen Einigung wird es höchste Zeit, auch die Verfassungsschutzaktivitäten offenzulegen und der neuen Gefahr eines geheimen Staates im Staate entgegenzusteuern. Um demokratische Rechtsnormen und den im Grundgesetz verankerten Freiheitsrechten in der gesamten Bundesrepublik Deutschland wieder Geltung zu verschaffen, fordern wir: ,,Offenlegung unserer Verfassungsschutzakten — Akteneinsicht beim Verfassungsschutz.''

Dazu hat sich in Frankfurt eine Initiative ,,Offenlegung unserer Verfassungsschutzakten'' gegründet. Wir sind überzeugt, daß sich der Aktion viele Betroffene anschließen werden.

1. In Anwendung der demokratischen, verfassungsrechtlichen und rechtsstaatlichen Normen (s. insbes. Artikel 1 - 5 GG) im gesamten Geltungsbereich der BRD, halten wir es für unzulässig und persönlich für unerträglich, daß die geheimdienstlichen Behörden des VS über uns Informationen gesammelt haben und auswerten, von denen wir nichts wissen und zu denen wir deshalb auch nicht Stellung nehmen können.

2. Es hat sich so eine Entwicklung vollzogen, in deren Verlauf auch hier politische Persönlichkeitsbilder und Wertungen in staatlichen Geheimakten und Datensammlungen entstanden sind (und fortlaufend auch wohl weiter ergänzt werden oder neu entstehen), die jederzeit gegen eine unübersehbare Zahl von Bürger/innen durch staatliche Organe und öffentlich-rechtliche Institutionen einsetzbar sind, ohne daß die Betroffenen davon Kenntnis haben. Das gilt vorrangig, aber nicht nur für die beruflichen Tätigkeiten der betroffenen Bürger/innen und für ihr öffentlich-politisches Wirken.

3. Den VS-Ämtern wurden, besonders in den Zeiten des Kalten Krieges und einer vorwiegend administrativ-repressiven Auseinandersetzung mit der außerparlamentarischen Opposition (ApO), Rechte und illegale Verfahrens- und Operationsmöglichkeiten zugestanden oder zugebilligt, die in ihrem Wesen demokratischen Rechtsnormen und verfassungsrechtlich verankerten persönlichen Freiheitsrechten entgegenstehen. Allein wie schnell gesellschaftskritische Haltungen und daraus resultierendes politisches Wirken in ,,verfassungs bzw. staatsfeindliches'' Handeln umgedeutet und verfolgt wurden — dafür gibt es ausreichende Abläufe und Erfahrungen.

Wir sind nicht bereit, diesen Zustand weiter hinzunehmen, bzw. den staatlichen Organen der BRD solche Verfügungsrechte über uns zuzubilligen.

4. Entsprechend der Größenordnung dieses Tatbestandes und seinen persönlichen und gesellschaftspolitischen Auswirkungen sind auch die eingerichteten parlamentarischen Kontrollausschüsse und Datenschutzbeauftragten nicht in der Lage, ihre Aufgabe gegenüber dem VS zu erfüllen.

5. Deshalb halten wir es, in Anwendung und Inanspruchnahme unserer in der Verfassung garantierten Grundrechte für unabweisbar, durch kurzfristig einzurichtende Rechtsregelungen persönliche Einblicknahme für antragstellende Bürger/innen in die sie betreffenden Datensammlungen und Akten des VS zu ermöglichen.

6. Das Gesetz über die persönliche und allgemeine Handhabung des Umgangs mit den Stasi-Akten hat uns zu unserer Initiative animiert. Ohne den Repressionsapparat der ehemaligen Staatssicherheit mit dem VS zu vergleichen, halten wir es auf der Grund lage verfassungsrechtlicher Kriterien und Gleichheitsgrundsätze für unabweisbar, auch für den Umgang mit den Datensammlungen und Akten des VS eine adäquate Regelung — und zwar im Eilverfahren — zu schaffen.

Die Gründer der Initiative:
Dr. Herbert Stubenrauch, Pädagoge und Therapeut; Thomas Bergmann, Filmemacher und Journalist; Dr. Rainer Brähler, Akademischer Rat, Universität Frankfurt; Hainer Halberstadt, Rentner; Walter Sülberg, Verleger; Dr. Andrej Bockelmann, Journalist; Udo Riechmann, Angestellter; Dr. K. Friedrich Schade, Journalist, Redaktion EPD-Entwicklungspolitik; Prof. Dr. Egon Becker, Universität Ffm.

ZANA ZULJEVIC

Wer ist Kroate und wer nicht?

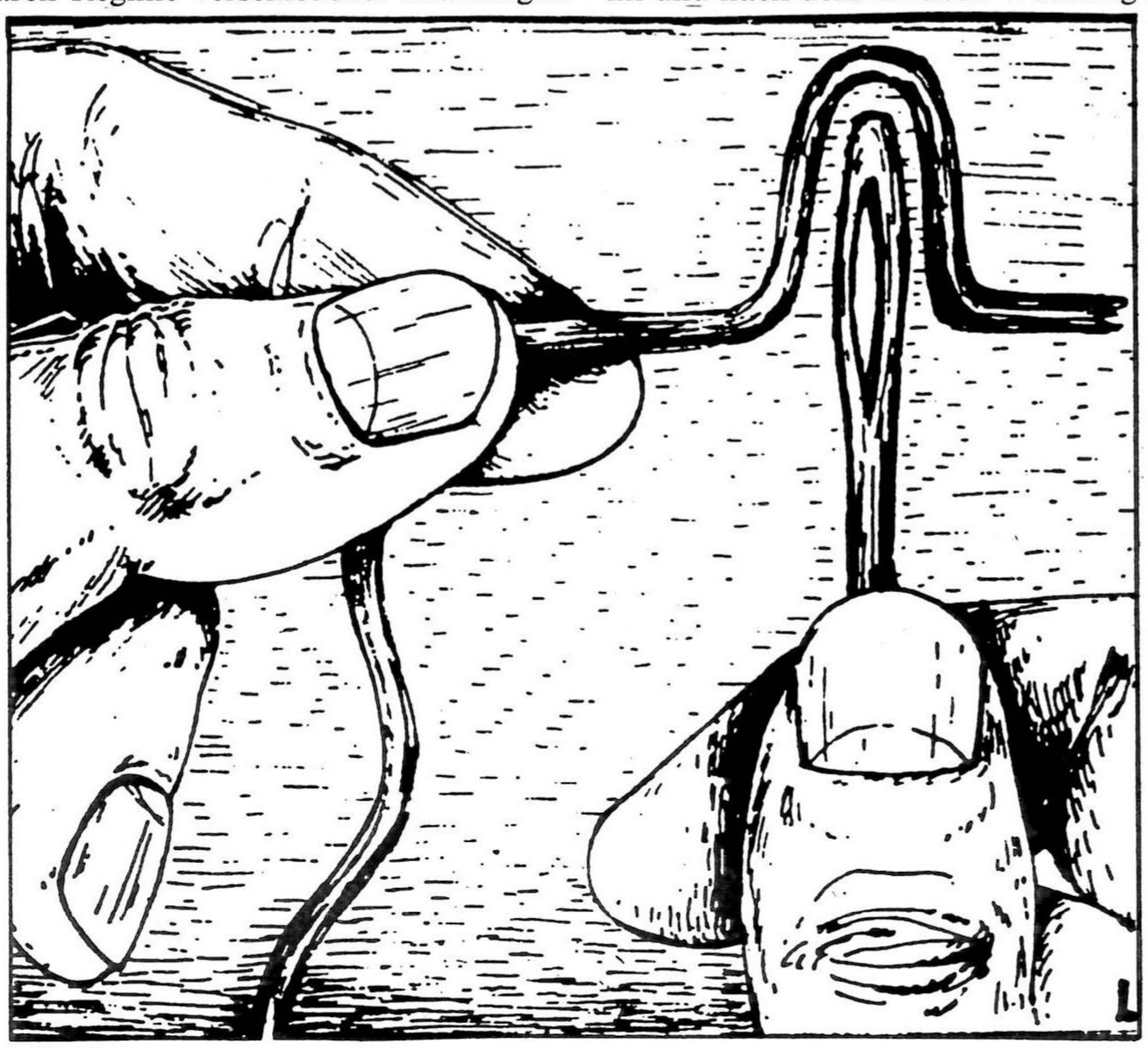
Zum Nationalismus in Kroatien

Wie in allen osteuropäischen Ländern, hinterließ der Zusammenbruch der kommunistischen Diktatur auch in Jugoslawien ein ideologisches Vakuum, in dem sich Nationalismus und ethische Abschottung nur zu leicht und oft mit Gewalt bishin zum Bürgerkrieg ausbreiten können. Unsere Autorin beschreibt, warum diesem Nationalismus in den jugoslawischen Republiken so wenig entgegengesetzt werden konnte und schildert am Beispiel Kroatiens, zu welchen absurden und unwürdigen Folgen, der kroatische Nationalismus hinführt.

Egal, ob man dem jugoslawischen Staatenbund wohlgesonnen gegenüberstand oder nicht, man wird mit der Tatsache konfrontiert, daß Jugoslawien als Staatenbund nicht mehr existiert, sogar nicht mehr in seiner jetzigen Form existieren sollte. Die Ursachen für diesen Zerfall werden von verschiedenen Konfliktparteien unterschiedlich dargestellt. Eines ist aber bezeichnend für diesen Konflikt: alle Völker auf dem jugoslawischen Gebiet fühlten sich *national* benachteiligt. Die Ursache für diese Entwicklung ist in der Endphase der kommunistischen Regierung zu suchen.

Nachdem sich die wirtschaftliche Lage in den 80er Jahren verschlechtert hat, und die jeweiligen republikanischen kommunistischen Parteien nichts dagegen unternehmen konnten, versuchten diese ihre angezweifelte Legitimität durch zunehmend nationalistische Programme zu stärken und sich als Retter der jeweiligen Nationen zu präsentieren. Mit der Folge, daß alle Nationen als Verlierer und die Nachbarvölker als Schuldige an der wirtschaftlichen Misere dargestellt wurden. Der beginnende Aufbruch des Nationalismus wurde so sorgfältig von den kommunistischen Parteien vorbereitet.

Nach längerer Zeit der Herrschaft der autoritären Regime verschiedener Richtungen kam es in den 80ern mit zeitlichen Unterschieden in den einzelnen Republiken zur politischen Liberalisierung, hauptsächlich zur Freigabe der Presse und zur Organisierung von Parteien und politischen Gruppen (UJDI = Verein der jugoslawischen demokratischen Initiativen). Dieser neu geschaffene, politische Raum wurde aber nicht von politischen Subjekten — Parteien und Gruppierungen — rational ausgenutzt. Denn es war weder die Erfahrung einer Demokratie vorhanden, noch konnten die nationalen Emotionen unter Kontrolle gebracht werden. Dies bewirkte eine extreme Fragmentierung der Organisiationen und eine total unkritische Opposition gegenüber der früheren Regierung. Die übriggebliebene Autorität bewirkte nur eine Unfähigkeit zur gesellschaftlichen Strukturierung und Isolation des Einzelnen, so daß kleine Gruppen entstehen, die ihre eigenes politisches Interesse verfolgen. Zur gleichen Zeit entwickelte sich bei den Leuten eine Ablehnung gegenüber allen Werten der Vergangenheit, die sich in einem totalen Bruch mit allem bisherigen der früheren Regierung äußerte. Das führte dazu, daß wichtige Errungenschaften der jüngeren Geschichte, der Befreiungskrieg gegen die Nazis, Blockfreiheit, Gleichberechtigung der Nationen — nun abgelehnt werden. Die Verwirrung und die Desorientierung, die in dieser Umbruchssituation entstanden, wurden und werden durch nationale Inhalte aufgefangen. Das erklärt auch die Tatsache, daß bei der neuentstandenen politischen Landschaft keinerlei wirtschaftliche — trotz des wirtschaftlichen Kollapses — oder soziale Inhalte — trotz der bevorstehenden sozialen Unruhen — vertreten waren. Wichtig erschien es den politischen Führern nur, die Masse national zu homogenisieren. Dabei handelte es nicht um den Nationalismus in seinem positiven Sinn, wie man es von den Befreiungsbewegungen im und nach dem Zweiten Weltkrieg kennt.



aus: Ost-West-Gegeninformationen

Der gegenwärtige Nationalismus auf jugoslawischem Gebiet stellt bei allen Völkern die instinktiven Reaktionen des egoistischen Einzelnen, der sich um seine wirtschaftliche Existenz ängstigt, in den Vordergrund. Bei allen jugoslawischen Völkern handelte es sich um denselben Nationalismus, um politische Fragmentierung und nationale Ausschließlichkeit und um Nihilismus, die bewirkt haben, daß man gegen das alte Regime wählte, aber sich nicht für ein neues Programm entschied.

Es ist eine unwiderlegbare Tatsache, daß dieser Nationalismus die Völker auf dem jugoslawischen Gebiet um hundert Jahre zurückgeworfen hat, dessen Folgen, wenn überhaupt, nur durch durch jahrelange Friedensarbeit zu beseitigen wären.

Die aktuelle Frage in Kroatien ist im Moment die nach dem Fortleben des Nationalismus und seiner Auswirkungen. Die Beispiele für besorgniserregende nationalistische Tendenzen sind zahlreich. So wurde bekannt, obgleich es nicht offiziell bestätigt wurde, daß nach dem letzten Waffenstillstand in Osijek täglich mehr Menschen zum Opfer gefallen sind, als in den Zeiten der stärksten Offensive der jugoslawischen Volksarmee. Die Zeitungen berichten über Vorträge bekannter kroatischer Genetiker über die Genesis des serbischen Hasses gegen das Kroatische. Auch kommt es immer häufiger vor, daß serbische Mitbürger aus Angst vor Racheakten ihre Konfession oder ihre serbisch klingenden Namen ändern. All diese Beispiele, auch wenn sie auf Einzelfällen beruhen, können als bezeichnende, indikative Merkmale der momentanen zwischennationalen Situation gelten.

Kroatisierung nichtkroatischer Nationalitäten

Viel problematischer und von weitaus größerer Tragweite stellt sich diesbezüglich das neue Gesetz dar, daß das Recht auf die Erlangung der kroatischen Staatsbürgerschaft regelt. Berichten der Zagreber Presse zufolge können selbst diejenigen Bürger Kroatiens, deren Loyalität nie angezweifelt worden war, in erhebliche Schwierigkeiten kommen, sollten sie das Pech haben, bei der ersten Volkszählung nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1947 nicht auf dem Gebiet des jetzigen Kroatien registriert worden zu sein. Diesen steht nun eine Prozedur bevor, die der entspricht, die alle Ausländer über sich ergehen lassen müssen, wenn sie nach einigen Jahren Aufenthalt in Kroatien die kroatische Staatsbürgerschaft anstreben. Selbst Kroaten deren Eltern 1947 nicht auf dem kroatischen Territorium gelebt haben, werden nicht aufgrund ihres dreißig-, vierzig- oder fünfzigjährigen Aufenthalts in dieser Republik als kroatische Staatsbürger akzeptiert, sondern müssen bei der Polizei offiziell unterschreiben, daß sie Angehörige des kroatischen Volkes sind.

Dabei könnte ihnen passieren, daß die gleichen inkompetenten Personen, die früher die Benefizien nach der Mitgliedschaft in der Kommunistischen Partei verteilt haben, heute aufgrund kroatisch bzw. weniger kroatisch klingender Namen, nun beurteilen, ob jemand der Kroatischen Nation angehört oder nicht. Diejenigen Bürger, die im besagten Jahr sich nicht in Kroatien aufgehalten haben, erwarten noch größere Schwierigkeiten. Folgende Beispiele belegen diese Tendenz am besten:

Ein Bürger nichtkroatischer Nationalität, vom Beruf promovierter Jugoslawist, muß nach achtundfünfzig Jahren einen Lebenslauf schreiben, und das gleich zweimal, weil die Beamtin der Meinung war, er hätte beim ersten Mal keine ausreichenden Kenntnisse der kroatischen Sprache bewiesen (gelesen in: *Slobodna Dalmascija*, Februar 1992). Nichtsdestotrotz kann seit Januar 1992 jeder, der dem Gesetz über die kroatische Staatsbürgerschaft entspricht, kroatischer Staatsbürger werden. Und der Umgang mit diesem Gesetz liefert genug Beispiele, wie man *nichtkroatische* Nationen kroatisieren kann.

So mußte ein Bürger, nachdem er zwanzig Jahre in Zagreb gelebt hat, seine eigene Nationalität aufgeben und kroatische Sprache, kroatische Kultur und kroatische Tradition übernehmen. Das ist schon schlimm genug, aber noch zweifelhafter wird es in dem Moment, in dem diese Forderungen schwammige, unklare Begriffe beinhalten. Denn wer könnte genau sagen, was die kroatische Sprache ist? Ist es die zuletzt neuentstandene, die alten Ustasa-Sprache oder die aus dem 17., 18. oder 19. Jahrhundert? Und was ist kroatische Tradition? Gibt es nur eine oder mehrere? Was ist kroatische Kultur? Negiert man mit diesen Forderungen nicht eine bisher bestandene multikulturelle Gesellschaft oder will man sie um jeden Preis verhindern? Und letztendlich, wer definiert alle diese Begriffe? ■

Die WochenZeitung

WoZ

WEIL'S IN DER GANZEN BRD NICHTS VERGLEICHBARES GIBT.

☐ Ich will die schweizerische WochenZeitung WoZ kennenlernen und vergleichen, bitte senden Sie mir vier Nummern gratis zur Probe.

Vorname:

Name:

Strasse:

PLZ/Ort:

Einsenden an:
WoZ, Postfach, CH-8059 Zürich

In folgenden Buchhandlungen können Sie die WoZ auch direkt vergleichen und kaufen:
Göttingen: Buchladen Rote Strasse 10 GmbH. Kassel: Buchhandel Terra Cotta, Frankfurterstr. 108. Düsseldorf: Bi Ba Buze, Achenerstr. 1. Bochum: Ubu-Antiquariat, Unistr. 16. Hagen: Quadrux, Langestr. 21. Frankfurt: Autorenbuchhandlung, Reuterweg 57. Buchhandlung Das Lesecafé, Diesterwegstr. 7HH. Land in Sicht, Rotteckstr. 13. Eine Weltladen, Gr. Friedbergstr. 29. Buchhandlung Die Wendeltreppe, Brückenstr. 54. Südseite, Int. Buchhandlung, Münchnerstr. 56. Karl Marx Buchhandlung, Jordanstr. 11. Buchhandlung Waide, Alt-Schwanheim 22. Uni-Buch, Jügelstr. 1. Offenbach/Main: Buchladen am Markt, Wilhelmplatz 12. Buchhandlung Tucholsky, Mittelseestr. 14. Mühlheim: Mühlheimer Buchladen, Bahnhofstr. 1. Darmstadt: Buchhandlung Georg Büchner, Lauteschlägerstr. 18. Hanau: Bücherstube Dausien & Erb, Am Freiheitsplatz 6. Heidelberg: Der andere Buchladen, Plöck 93. Konstanz: Buchladen zur Schwarzen Geiss, Obermarkt 12. Freiburg: Buchhandlung Jos Fritz, Wilhelmstr. 15. Würzburg: Buchladen Neuer Weg, Senderstrasse 33/35

AMOS WOLLIN

Israel — der „Friedensverderber“?

Die Hoffnungen, die mit der Madrider Nahostkonferenz für den Friedensprozeß in Nahost verbunden waren, köcheln derzeit auf sparsamster Flamme. Washington macht seine Kreditgarantien für Eingliederungsprojekte jüdischer ImmigrantInnen aus der ehemaligen Sowjetunion von einem Siedlungsstopp in den besetzten Gebieten abhängig. Die israelische Regierung dagegen sucht nach Kompromißlösungen und versucht mit recht „unfeinen“ Methoden Einfluß auf Bush und Baker im amerikanischen Wahlkampf zu nehmen.

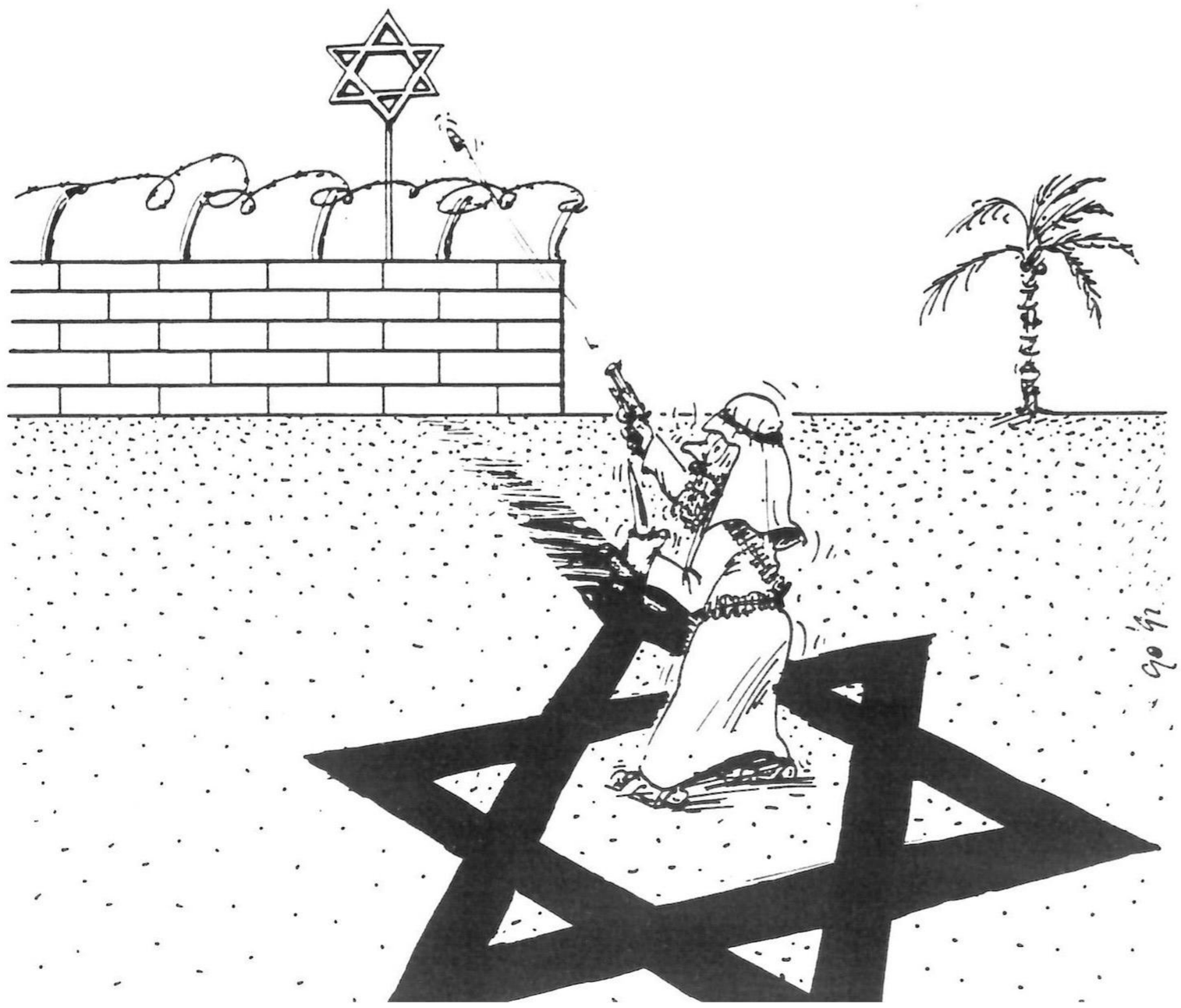
Die Befürchtungen zur Zeit der Einberufung der „historischen“ Konferenz in Madrid — vor jetzt schon bald fünf Monaten — haben sich bewahrheitet. Der festlich eingeleitete Friedensprozeß bleibt auf sterile Zusammenkünfte arabischer und israelischer Delegationen in den Räumen des Washingtoner State Department beschränkt; und auf eine fast ebenso feierliche, aber praktisch unproduktive Eröffnung der sogenannten multilateralen Gespräche über regionale Probleme — in Moskau.

An und für sich wichtige Verhandlungen über zukünftige Zusammenarbeit und Unterstützung von Entwicklungsprojekten zur optimalen Nutzung der vorhandenen Wasserreserven oder zur Lösung der Flüchtlingsprobleme im Mittleren Osten sowie Schritte, die das Wettrüsten einschränken sollen, können alle erst dann zu etwas führen, wenn es wenigstens einen ersten konstruktiven Durchbruch bei den bilateralen Friedensgesprächen in Washington gegeben hat. Einstweilen ist es jedoch nach drei oder vier Sitzungsperioden zu nichts dergleichen gekommen — und so steht der gesamte Prozeß auf frustrierende Weise still.

Inzwischen hat man sich an den Gedanken gewöhnt, daß vor den israelischen Knessetwahlen am 23. Juni keine sinnvollen Verhandlungen möglich sind. Die weitere Entwicklung hängt dann vom Wahlausgang in Israel ab, und schließlich auch von den Resultaten der amerikanischen Wahlen im November — ungefähr am ersten Jahrestag der Madrider Konferenz. Bis dahin hätte die Verhandlungsperiode für die Realisierung des Autonomie-Zwischenstatus in den besetzten Gebieten beendet sein sollen, aber es ist kaum denkbar, daß dieser grundlegende Programmpunkt eingehalten werden kann.

In den besetzten Gebieten selbst hat sich bis jetzt nichts geändert, als ob gar keine Konferenzen in Madrid, Washington und Moskau stattgefunden hätten. Denn ohne Rücksicht auf den „Friedensprozeß“ sind bisher alle bisherigen Unterdrückungsmaßnahmen, die Politik der „eisernen Faust“ der Besatzer weiter in Kraft geblieben. Die Erwartungen der Palästinenser auf wenigstens kleine Gesten der Entspannung und Erleichterung seitens der israelischen Militärbehörde, die für die besetzten Gebiete verantwortlich ist, wurden enttäuscht. Die anfängliche Freude über die Madrider Konferenz ist längst vorbei. Nun die Welt hat sich an die Leiden eines geknechteten und entrechteten Volkes gewöhnt: Was will es denn eigentlich noch? Sind nicht Friedensverhandlungen im Gang?

Je mehr Zeit vergeht, desto weniger Themen und Grundlagen für Verhandlungen bleiben übrig. Die fieberhafte Bautätigkeit zur „Judaisierung“ der besetzten Gebiete wird indessen fortgesetzt. Der dafür verantwortliche Minister, Ariel Scharon, bestätigte im Februar (in einer Ansprache an die Führer der 48 größten jüdischen Organisationen in den Vereinigten Staaten, die ihre Jahreskonferenz in Jerusalem abhielten), daß rund 22 000 Wohneinheiten im Bau sind — bedeutend mehr als die Schamir-Regierung den amerikanischen Behörden amtlich



Karikatur: Harald Goldhahn

mitgeteilt hatte. Die Zahl der noch unfertigen Bauten in den besetzten Gebieten ist insofern von Bedeutung, als die Bush-Administration, die die Kreditgarantien für Israel von einem Neubaustop abhängig macht, alle bereits angefangenen Konstruktionen, inkl. infrastrukturelle Bauten von dem einzuführenden Verbot aussschließt. Israel hat sich bisher geweigert, solche Bedingungen für die Kreditgarantien anzunehmen und verhandelt stattdessen mit Washington über eine Kompromißlösung.

Die israelische Regierung ist empört über diese Verknüpfung, die Bush und Baker zwischen einer zusätzlichen Finanzhilfe für Israel (Kredit-Garantien in der Höhe von 10 Milliarden Dollar für Eingliederungsprojekte zugunsten der ImmigrantInnen aus Ländern der früheren SU) und der Zukunft des Siedlungsbaus in den von Israel besetzten Gebieten herstellen. Washington stellt Israel vor die Wahl: Entweder Kreditgarantien und Stop des Siedlungsbaus oder aber Fortsetzung der intensiven Besiedlung am Westufer, in Gaza usf., die dann jedoch alle weiteren israelisch-arabischen Verhandlungen endgültig zusammenbrechen ließe.

In dieser Frage kollidiert das Grundkonzept von einem Groß-Israel nicht nur mit der Zukunft der Friedensverhandlungen, sondern auch mit der für Israel grundlegend existenzwichtigen Verständigung mit den Vereinigten Staaten. Auch diesbezüglich hat sich Israel bisher noch nicht an die Änderung der Kräfteverhältnisse und die amerikanische Neuorientierung im Nahen Osten anpassen wollen, wobei das Sonderverhältnis mit Amerika, und die Vorzugsrolle die Israel als strategischer Hauptalliierter bisher spielen konnte, nun nicht mehr den aktuellen amerikanischen Interessen entsprechen. Dieser Verlust und die sich daraus ergebenden Konsequenzen sind für Israel zu schmerzlich, um widerstandslos akzeptiert zu werden.

Für die herrschende Likud-Partei und ihr politisches Konzept bedeutet diese Entwicklung im gegenwärtigen Wahlkampf eine ernsthafte Bedrohung, umso mehr als Washington keinen Hehl daraus macht, daß eine von Juzchak Rabin geführte *Koaltion der nationalen Einheit* unter den neuen Umständen wünschenswerter ist, als die Fortsetzung des Schamir-Regimes mit einer ,,störrischen'' Koalition aller nationalistisch-expansiven Kräfte. Schamirs Wahlargumente, nur der Likud kann Frieden bringen und gleichzeitig die besetzten Gebite entwickeln (besiedeln), keine territorialen Konzessionen machen, und gleichzeitig mit zusätzlicher Finanzhilfe aus Amerika und den qualifizierten Arbeitskräften aus Osteuropa die Wirtschaftskrise überwinden — klingen jetzt hohl und nicht mehr überzeugend, wenn die scharfen Differenzen mit Washington die Grundlage der Politik der herrschenden Partei ins Wanken bringen und so die langfristige Strategie des Likud zerstören. (Zu dieser Strategie gehören: demographische Veränderungen durch Masseneinwanderungen aus Rußland, Erweiterung der Siedlungen in den besetzten Gebieten und Schaffung ,,irreversibler Tatsachen'' dort, die die Zukunft *Groß-Israels* absichern).

Nur die Aufrechterhaltung dieser Mythen, die mit der Vormachtstellung Israels in der Region und der Militärallianz zwischen Amerika und Israel eng verknüpft sind, stützt die Macht des Likud im Staat. Der Nachfolgekrieg und die scharfe Rivalität der Diadochen innerhalb der Likudführung erschweren es Schamirs Partei zudem, ein Bild der Einheit, Kraft und Attraktivität von sich zu entwerfen. Die Gefahr besteht allerdings, daß der so gefährdete Likud einen Ausweg in spektakuläre militärische Abenteuer mit wenigstens kurzfristig beeindruckenden Erfolgen suchen wird, wenn der Wahltag näherrückt. In einem *wilden* nahen Osten bieten sich dafür stets zahlreiche Gelegenheiten, und Kommentatoren in israelischen Medien beschreiben z.B. das mögliche Projekt eines israelischen oder gemeinsam-israelischen Angriffs im Irak, um Saddam Hussein zu beseitigen und ein neues Regime einzusetzen. Man weist jetzt so oft als möglich auf den israelischen Luftangriff — kurz vor den Knessetwahlen im Jahre 1981 hin, der die Nuklearinstalltion, die Franzosen bei Bhagdad konstruierten, vernichtet hat. Jedenfalls gibt es kein Abenteuer, vor dem man zurückschrecken würde, wenns ,,um die Wurst'' geht, d.h. um die Machterhaltung und möglicherweise auch um die Umkehrung des gegenwärtigen Trends im Nahostraum, der vielen Politikern Israels einfach nicht annehmbar erscheint.

Man tut, was man kann. Mischen sich amerikanische Regierungskreise wenigstens indirekt in den Wahlkampf in Israel ein? Israel kann sich revanchieren. Minister in Schamirs Regierung beschuldigen Außenminister Baker des ,,Rassismus'', und der stellvertretende Minister im Ministerpräsidium, Benjamin Netanjahu behauptete sogar, das amerikanische Ziel sei es, Israel ,,zu den Grenzen von Auschwitz zurückzudrängen'' (*sic!*) — gemeint sind die Grenzen Israels vor den Eroberungen der nun besetzten Gebieten im Sechs-Tage-Krieg im Juni 1967.

Schließlich ist man auch so weit, Baker als ,,Antisemiten'' abzustempeln. Eine ,,jüdisch-amerikanische Persönlichkeit'' (der ehemalige Bürgermeister von New York, Ed Koch, ein Demokrat) will Bakers Bemerkung gehört haben: ,,Fuck the Jews. — Die Juden wählen sowieso nicht die Kandidaten der Republikaner.'' Aber nicht nur der amerikanische Außenminister wird des Antisemitismus beschuldigt und soll nun unter Beweis stellen, daß er ganz anders denkt und handelt. Die Tel Aviver Zeitung *Haarez* zitiert (am 9.3.) eine ,,bekannte amerikanisch-jüdische Persönlichkeit'', die gehört haben will, wie Präsident Bush noch im vergangenen September erklärte oder theoretisch fragte: ,,Wer glaubt denn dieser kleine *Fucker* Schamir zu sein?'' Ein führender liberaler Rabbiner in Amerika wird zitiert, der meint, solche Antisemitismus-Vorwürfe würden einer Kompromißlösung zugunsten der geforderten Kreditgarantien förderlich sein, ,,weil Bush zur Zeit des Wahlkampfes in Amerika und in Israel unbedingt demonstrieren muß, daß er *nicht* antisemitisch oder antiisraelisch ist.

Israelische Interessen im US-Wahlkampf

Parieren die Republikaner nicht, will man die Demokraten gegen sie ins Feld schicken. Bereits vor einigen Wochen beschuldigte der (Arbeiterpartei-)Abgeordnete Abraham Burg den Likud, daß er sich auf unerhörte Weise in den amerikanischen Wahlkampf einmische. ,,Schamirs Vertreter in Washington versuchen die jüdischen Gemeinden in Amerika in eine Revolte gegen Präsident Bush zu führen'', erklärte Burg. Als Beweis führt er an, daß Joram Ettinger der israelische Minister bei der israelischen Botschaft, der für amerikanische Kongreß-Angelegenheiten zuständig ist, an die verschiedenen israelischen Konsuln und sonstigen Vertreter ein Rundschreiben geschickt hat, mit dem Rat, den Einfluß der jüdischen Gemeinden auf Kongreßmitglieder und Wahlkampagnenleiter auf solche Weise geltend zu machen, daß die Haltung des Präsidenten entsprechend bestimmt wird — und gerade zu einem Zeitpunkt der Schwäche des Präsidenten, gemessen an den Resultaten der Meinungsumfrage. Andererseits droht man, sich hinter den ,,prozionistischen'' demokratischen Präsidentschaftskandidaten Bill Clinton, Gouverneur von Arkansas, zu stellen. D.h. man spielt ziemlich brutal, mit ,,offenen Karten'' und einer bisher nie dagewesenen Rücksichtslosigkeit.

Palästinensern und arabischen Delegationen bleibt da nicht viel anderes übrig als abzuwarten. Sie sind mit der Entwicklung in den Verhandlungsrunden bisher enttäuscht. Einen Ausweg aus der Sackgasse können sie nur erwarten, wenn sich Amerika einmischt oder die Wahlresultate in Israel eine Regierungsänderung und eine Neubewertung der Verhandlungen bringen. Israel hat es bisher strikt abgelehnt, irgendwelche eroberten Gebiete aufzugeben oder auch nur das Prinzip ,,Land für Frieden'' anzuerkennen. Der

Tausch von Territorien gegen Frieden ist die Grundlage für Fortschritt in den Verhandlungen, und die amerikanischen und russischen Schirmherren des Prozesses stimmen mit dieser (von Israel *nicht* akzeptierten) Interpretation der Resolution 242/338 überein. Andererseits haben die ,,Co-Sponsoren'' bisher nichts getan, um Israels Unnachgiebigkeit zu beeinflussen. So bleibt den arabischen (inkl. den palästinensischen) Verhandlungspartnern nur ,,bei der Stange'' zu bleiben und auf ,,besseres Wetter'' zu hoffen, wenn die Wahlen einmal vorüber sind.

Weder Israel noch die arabischen Delegationen wollen derzeit die Schuld oder das Odium auf sich nehmen, ,,Friedensverderber'' zu sein, indem sie die erfolglosen Verhandlungen abbrechen. Das Geplänkel geht also einstweilen auch um die Erhaltung des Prestiges in den eigenen Reihen.

Das von Israel vorgelegte Autonomie-Modell wird von den Palästinensern als *Plan für ein Apartheids-System* abgelehnt. Denn Israel behält sich vor, die Qulle aller Autorität in den besetzten Gebieten zu bleiben. Die Selbstverwaltungsbehörde die Israel vorschlägt, bezieht sich lediglich auf die arabischen Bewohner in einer Reihe von Enklaven in der Umgebung einiger arabischer Städte, die durch jüdische Siedlungszonen von einander getrennt sind (Ariel Scharon verlangt, daß die jüdischen Siedlungsgebiete in den besetzten Zonen von Israel annektiert werden, bevor den arabischen Enklaven beschränkte, lokale Selbstverwaltung ermöglicht werden kann). Die israelische Armee und die Sicherheitskräfte bleiben dort, wo Israel sie haben will. Die beschränkte lokale Selbstverwaltung, die Israel den Palästinensern vor Ort zugestehen will, geht nur minimal über das bereits vorhandene Selbstverwaltungsystem in Gebieten wie Gesundheits- und Erziehungswesen, Landwirtschaft, Zivilgerichtsbarkeit usf. hinaus.

Die Palästinenser lehnen dieses israelische Autonomiekonzept eindeutig ab. Andererseits will Israel nichts von einem palästinensischen Vorschlag hören, der dem israelischen Verhandlungsteam in Washington vorgelegt wurde. Dieser Plan beruht auf freien, demokratischen Wahlen einer 180-köpfigen Legislative für die von Israel festgelegte Übergangszeit von fünf Jahren (der Selbstverwaltung für Palästinenser). Diese parlamentsartige Behörde wäre — nach dem Palästinenser-Plan — für das gesamte (besetzte) Land und seine Bodenschätze zuständig. Voraussetzung für die Abhaltung ist allerdings der Siedlungsstop und die Befreiung der internierten und politischen Gefangenen. Die israelische Delegation will von einem solchen Konzept überhaupt nichts wissen, es ist indiskutabel und ,,zwecklos'', weil es die ,,vorbereitenden Schritte für einen zukünftigen selbständigen Palästinenserstaat in den besetzten Gebieten darstellt'' und palästinensische Unabhängigkeit und ein eigenes Staatsgebilde diesseits des Jordanflusses will Israel unter keinen Umständen zulassen. In Abwesenheit von Israels Zusage von Territorial-Konzessionen im Fall einer friedlichen Lösung, sind auch die Verhandlungen mit Libanon, Syrien und Jordanien völlig festgefahren. ■

HOLM-DETLEV KÖHLER

Der ,,heiße'' Draht für palästinensische ArbeiterInnen

Interview mit zwei VertreterInnen von Kav La'oved — Workers Hotline

Zwei Gründungsmitglieder der Kav La'oved, der freiwilligen Organisation zur Verteidigung der Rechte Palästinensischer Arbeiter in Israel, die Israelin Hannah Zohar (Tel Aviv) und der Palästinenser Sradi Rajub (Hebron, Westbank), absolvierten im März eine Informationsreise durch Westeuropa und besuchten dabei auch die *links*. Holm-Detlev Köhler führte mit beiden ein Gespräch.

Könnt Ihr kurz Entstehung und Entwicklung Eurer Organisation schildern?

Hannah Zohar: Wir begannen Ende 1989. Einige von uns waren vorher in Kav Adom (Red Light, Bürgerrechtsorganisation für Palästinenser, Red.) aktiv. Das war eine berühmte Telefonnummer, wo Palästinenser anriefen, um über Polizeiübergriffe zu berichten. Immer mehr berichteten uns dann über Verletzungen der Arbeiterrechte, z.B. über nicht ausgezahlte Löhne. So entschieden wir uns, diese Organisation zu gründen. Wir gingen zuerst zu den „Sklavenmärkten", früher gab es etliche davon in der Gegend von Tel Aviv. Morgens um sieben Uhr trafen wir dort vor allem Schwarzarbeiter ohne Arbeitserlaubnis. Diese Arbeiter werden von der Histadrut nicht aufgenommen und vertreten.

So entschieden wir, ihnen zu helfen, weil ihnen niemand sonst hilft. Zuerst hielten sie uns für Verrückte, doch nachdem wir regelmäßig kamen, erzählten sie uns ihre Beschwerden. Sie arbeiten für begrenzte Zeit, tages- oder wochenweise, ohne Vertrag, und manchmal am Wochenende erhalten sie noch nicht einmal ihren Lohn. Der Arbeitgeber sagt: kommt morgen wieder, nächste Woche..., doch sie zahlen nie. Vor Gericht können diese Arbeiter nicht, denn ein Anwalt verlangt mehr Geld als ihr Lohn.

Daraufhin begannen wir, die Fälle vor das Arbeitsgericht zu bringen, ohne Anwalt — das ist möglich in Israel. Einige hatten Erfolg und bekamen ihr Geld. Wir wurden dadurch sehr bekannt und erhielten starken Zulauf. Aber die Arbeiter erzählten uns von ihren Schwierigkeiten zu uns zu kommen und luden uns stattdessen in die besetzten Gebiete ein. Seit zwei Jahren fahren wir deshalb alle zwei Wochen in die Gebiete, in die Gewerkschaftsbüros dort.

Die Büros der palästinensischen Gewerkschaft?

Hannah Zohar: Ja. In Gaza sind sie vereinigt, in der Westbank nicht. Dort gehen wir manchmal morgens in ein Büro und nachmittags in das von der anderen Gewerkschaft. Viele kamen, oft zu viele.

Heute sind wir zwanzig, alles Freiwillige, mehrheitlich Israelis, einen Beschäftigten haben wir jetzt, einen Jura-Studenten im Büro in Tel Aviv, und arbeiten mit einem Anwalt zusammen. Ich weiß nicht warum, aber wir sind überwiegend Frauen.

Sradi Rajub: Ja, ja, eine Diktatur von Frau-

en ist das. Aber eine schöne Diktatur, keine leninistische.

Hannah Zohar: Das was wir machen, ist eigentlich die Sache von Professionellen, aber wir wissen, daß für die Betroffenen keine bessere Hilfe möglich ist. So arbeiten wir im Bewußtsein, auch Fehler zu machen. Immerhin: 90 % der Prozesse gewinnen wir.

Und ihr werdet von internationalen Stiftungen unterstützt?

Hannah Zohar: Ja, ohne solche Unterstützung ginge es nicht. Unser Mitgliedsbeitrag beträgt kein Geld sondern mindestens zehn Stunden Arbeit monatlich.

Eure Hauptarbeit besteht in individueller Rechtshilfe?

Hannah Zohar: Wir konzentrieren uns auf individuelle Rechtshilfe. Das entscheidende ist, daß die Arbeitsrechte für Israelis und Palästinenser dieselben sind. Die Schwierigkeit ist, daß die Palästinenser zu schwach sind, ihre Rechte einzufordern und dabei helfen wir ihnen. Die Arbeitgeber kennen uns jetzt. Zuerst schicken wir Ihnen einen Standardbrief zu, wo wir gerichtliche Schritte androhen. 20 % zahlen daraufhin sofort ohne Gerichtsprozeß.

Ich sagte, die Arbeitsrechte sind dieselben, nun mit einer Ausnahme, dem *National Insurance Law*. Die Palästinenser zahlen die gleichen Sozialversicherungsbeiträge wie wir, etwa 13 Prozent des Lohns, aber erhalten kaum Leistungen dafür. Rente und Arbeitslosengeld erhalten palästinensische ArbeiterInnen überhaupt nicht. Hier könnte die Histadrut ihre Macht einsetzen, um das Gesetz zu ändern. Doch nichts dergleichen geschieht. Wir versuchen jetzt über Parlamentsabgeordnete und den Obersten Gerichtshof Druck auf eine Gesetzesänderung auszuüben und erwarten von der Histadrut, daß sie etwas gegen diese Menschenrechtsverletzungen unternimmt.

Wie wirkten sich die jüngsten Ereignisse, der Golfkrieg, die Einwanderungswelle aus der ehemaligen SU, aus?

Hannah Zohar: Nach dem Golfkrieg wurde alles schwieriger. Es gab eine lange Ausgangssperre von vierzig Tagen und anschließend ein Einreiseverbot nach Israel für Palästinenser. Dadurch verloren viele, die teilweise zehn und mehr Jahre gearbeitet hatten, ihre Arbeit und darüberhinaus ihre Ansprüche. In Israel hat man nach einem Jahr Arbeit bei Arbeitsplatzverlust Anspruch auf eine Abfindung in Höhe eines Monatslohns pro Jahr. Diesen Anspruch verliert man nach dreimonatigem Nichterscheinen auf der Arbeit. Viele Arbeitgeber nutzten diese Gelegenheit, um sich dieser Verpflichtung zu entledigen. Hinzu kommt die Subventionierung des Staates, der 30 Prozent des Lohns übernimmt, für die Einstellung von neuen Immigranten. Das Einreiseverbot diente dazu, den neuen Immigranten die Jobs der Palästinenser zu geben. Es gab eine Welle von Forderungen nach „Arbeitsplätzen für Juden", bei der viele Palästinenser entlassen wurden. Ich bin dafür, daß sie den neuen Immigranten Arbeitsplätze beschaffen, aber nicht auf Kosten der Palästinenser. So löst man keine Probleme.

Dazu kommen die seither geltenden extremen Auflagen für Palästinenser. Sie dürfen nur für bestimmte Tageszeiten einreisen und ihren Arbeitsplatz auch nicht verlassen. Die Polizei nutzt diese Reglementierung zu massenhaften willkürlichen Verhaftungen. Etwa 10 000 palästinensische Arbeiter wurden bisher verhaftet und in überfüllten Zellen 48 Stunden festgehalten. Danach müssen sie 350 Shekel (ca. 250,— DM) Strafe zahlen. Wer sich weigert, dem gibt man die Arbeitserlaubnis nicht zurück. Auch hier haben wir schon während der Ausgangssperre die Histadrut zum Handeln aufgefordert. Bisher vergeblich.

Warum verhält sich die Histadrut Eurer Meinung nach so diskriminierend?

Hannah Zohar: Die Histadrut ist eine politische Institution ähnlich wie die Knesset. Die Politiker kümmern sich einfach nicht um Palästinenserrechte, auch wenn es Menschen- und Arbeiterrechte sind. Die Histadrut hat 20 Jahre lang von den Palästinensern Beiträge kassiert, ohne sie über ihre Rechte aufzuklären. Und das soll eine Arbeitergewerkschaft sein?

„Wir werden niemals aufgeben" — Protestierende Palästinenserinnen

Sradi Rajub: Die Histadrut ist in Israel auch Arbeitgeber. Geraten deren Unternehmen in Schwierigkeiten, sind die palästinensischen Arbeiter immer die ersten Opfer. Wir haben Beispiele von Arbeitern, die 20 Jahre lang in derselben Fabrik für den gleichen niedrigen Lohn arbeiten. Nach 20 Jahren stehen sie genauso wie am Anfang da. Ein anderes Beispiel aus einer großen Textilfabrik, die viele Palästinenser beschäftigte: das Management wollte die arabischen Arbeiter entlassen und der Belegschaftsvertreter — immer ein Israeli — stimmte zu, unterschrieb, daß diese Arbeiter entschädigungslos (!) entlassen wurden. Wir brachten den Fall vor Gericht und erreichten eine Abfindung. Ein anderer Fall aus einem Hotel: dort wurden auf einen Schlag alle Araber, Israelis wie Palästinenser entlassen. Wir zwangen die Histadrut mit öffentlichen Kampagnen, einzugreifen. Schließlich wurde eine Abfindung in doppelter Höhe gezahlt, aber nur an die Israelis, nicht an die Palästinenser.

Wie ist das Verhältnis der verschiedenen Gruppen am Arbeitsplatz?

Hannah Zohar: Sie sind separiert. Es gibt nur wenige Betriebe mit guten Beziehungen. Normalerweise sind sie streng voneinander getrennt. Palästinensische Arbeiter erhalten selbst bei hoher Qualifikation nur die unqualifizierten Jobs. Dies prägt auch deren Image, obwohl es wirklich gute Arbeiter sind. Übergreifende Arbeitersolidarität ist unter diesen Bedingungen so gut wie ausgeschlossen. Es gibt nur ganz vereinzelte Ausnahmen, wo Israelis ihre palästinensischen Kollegen zu uns brachten, um ihnen zu helfen. Auch hier trägt die Histadrut Verantwortung für diese Situation, anstatt ein gutes Beispiel für Solidarität zu geben.

Wie werdet Ihr in der israelischen Öffentlichkeit wahrgenommen?

Hannah Zohar: Wir haben viele Sympathien, nicht nur bei den Linken. Unsere Erfolge geben uns Mut und die Palästinenser sind sehr froh, daß es uns gibt. Wir definieren uns nicht als politische, sondern als Arbeiterrechtsorganisation. Wir sind strikt parteiunabhängig.

Sradi Rajub: Was wir tun, ist politisch, aber wir tun alles, um nicht als parteipolitisch zu gelten. Wir kümmern uns nicht um Staaten, sondern um gleiche Rechte. Wenn es zwei unabhängige Staaten geben sollte, werden wir die gleiche Arbeit weiter fortsetzen.

Aber Du persönlich hoffst auf einen Palästinenserstaat?

Sradi Rajub: Ja, aber ich glaube nicht, daß ein unabhängiger Staat in den besetzten Gebieten eine Lösung wäre. Es gibt keine Ökonomie in diesen Gebieten. Es wäre ein abhängiger Staat. Ich schlage deshalb vor, den Israelis unsere Gebiete, die sie mit aller Gewalt wollen, zu geben und wir gehen dafür nach Tel Aviv (lacht). Im Ernst, wenn es wirklich zum Frieden kommen sollte und die psychologischen Barrieren zwischen beiden Nationen verschwinden, dann liegt die Lösung in einer Föderation von drei Staaten: Israel, Palästina. Jordanien. Dazu ist aber erst einmal die palästinensische Unabhängigkeit nötig.

Wie sieht es zur Zeit in den besetzten Gebieten aus? Gibt es Hoffnung?

Sradi Rajub: Ich fange am Schluß an. Als die Friedensgespräche begannen, waren wir sehr froh. Ein neuer Prozeß beginnt, dachten wir. Wir überreichten sogar den israelischen Soldaten Olivenzweige und Blumen. Israel spricht aber von Frieden und gleichzeitig weitet es die Siedlungen immer mehr aus. Vor dem Golfkrieg arbeiteten 170 000 Palästinenser in Israel. Heute sind es bestenfalls 70 000. Dazu kehrten 50 000 Palästinenser aus der Golfregion zurück. In Gaza beträgt die Arbeitslosenrate 60 Prozent, in der Westbank 40 Prozent, alle diese haben kein Einkommen. 75 Prozent der Kinder leben in Armut.

Wir haben Wasserquellen gefunden, die Israelis haben sie uns genommen, haben das

Foto aus Palästina Info (Mai 1989)

Wasser zu ihren Siedlungen gebracht. In meinem Dorf bekommen die Bewohner manchmal nur einmal pro Woche Wasser aus dem Wasserleitungssystem. 80 Prozent des Wassers der besetzten Gebiete wird zu den Israelis geleitet. 30 Prozent des Landes im Gaza-Streifen nahmen sich die 2 000 dort lebenden Israelis. Im verbleibenden Rest leben über 700 000 Palästinenser im dichtbesiedeltsten Gebiet der Erde. Immer nach Steinwürfen auf israelische Autos und Militärfahrzeuge zerstören Israelis als Strafe Teile unserer Felder und Äcker. Alles wird sofort kollektiv bestraft.

Seit der Intifada gibt es auch eine neue Steuer, die im Volksmund „life-tax" heißt. Die Steuereintreiber kommen zu den Arbeitern und erklären ihnen, daß sie als Arbeiter in Israel viel Geld verdient hätten und nun eine geschätzte Steuersumme zu zahlen hätten. Das Durchschnittseinkommen eines palästinensischen Arbeiters in Israel beträgt 14 000 Shekel im Jahr, wovon man kaum leben kann. Um eine Familie zu ernähren, braucht man 2 500 Shekel im Monat. Und dann verlangen sie Steuern für ein vielfaches Einkommen von dem, was die erhalten haben. Aber wer die Steuer nicht bezahlt, bekommt keine Arbeitserlaubnis.

Das Beispiel eines Freundes: Er erhielt eine Vorladung vom Finanzamt. Wenn er nicht erscheint, wird er verhaftet. Sie sagten ihm, er hätte von 1980 - 1990 keine Steuern bezahlt. Er fragte: Wofür? Sie antworteten: Du hast in Israel gearbeitet. Er hatte zwei Monate in Israel gearbeitet in der gesamten Zeit. Bis 1987 hatte er studiert. Nach zwei Monaten Arbeit begann die Intifada. Seither unterliegt er der Polizeiüberwachung und hat keine Arbeitsgenehmigung. Wofür wollten sie also Steuern? Sie antworteten ihm: Weil wir Dich am Leben ließen, dich nicht abgeknallt haben.

Hannah Zohar: Ich muß hier erläutern, daß „life-tax" ein Ausdruck des Volkes ist. Die Offiziellen streiten all dies ab, aber viele Leute haben uns diese Erfahrungen mitgeteilt. Man muß bezahlen, weil man noch lebt. Deshalb haben die Leute angefangen, es „life-tax" zu nennen.

Ich möchte hinzufügen, daß die Situation in Gaza am schlimmsten ist, auch wegen des Magnetcardsystems. Gaza ist abgeriegelt. Die Grenze kann man nur mit einer Magnetkarte passieren und die wird nur erneuert, wenn man alle seine Steuern bezahlt hat. So können die Mehrheit der dort Lebenden nicht einmal ihr Gebiet verlassen, um Arbeit zu suchen. Israel treibt so erstens Geld ein und reduziert zweitens die Zahl der Arbeitssuchenden. Ein weiterer Punkt ist: aus Alternativlosigkeit arbeiten viele Palästinenser jetzt in den neuen Siedlungen. Hier gelten jedoch nicht die israelischen Arbeitsrechte, die Bedingungen sind dort viel schlechter. Dort treten wir jetzt für gleiche gesetzliche Bestimmungen ein. Die Situation verschlechtert sich also dramatisch und die einzige Lösung sehe ich in einer eigenen Ökonomie für diese Gebiete. Anders können sie kaum überleben. ■

Adresse und Spendenkonto:
Kav La'oved — Workers Hotline
78, Allenby st.
POB 2319, Tel Aviv 61022, Israel
Tel.: 03/66 66 37 54
Konto-Nr.: 35 77 70/38 — Echad Ha'Am St., Branch 811, Bank Leumi, Tel Aviv

Kav La'oved ist eine Freiwilligen-Organisation zur Verteidigung der Rechte palästinensischer Arbeiter in Israel und den besetzten Gebieten. Sie wird von Israelis und Palästinensern gemeinsam getragen und schon das ist im gegenwärtigen Israel eine Sensation. Obwohl in Israel alle ArbeiterInnen formal gleiche Rechte haben, bilden die palästinensischen ArbeiterInnen aus den besetzten Gebieten die unterste Kategorie in der Arbeitshierarchie. Der trotz vieler Krisenerscheinungen immer noch mächtige israelische Gewerkschaftsbund *Histadrut* kassiert zwar die obligatorisch zusammen mit der Sozialversicherung abgeführten Beiträge, weigert sich jedoch, deren Rechte zu vertreten. Begründung: die palästinensischen ArbeiterInnen seien beim israelischen Arbeitsamt nicht registriert. Dagegen ist der Histadrut oft an deren Diskriminierung direkt, über die Betriebsräte oder als einer der größten Arbeitgeber Israels (der gemeinwirtschaftliche Histadrut-Sektor produziert etwa 20 % des Sozialprodukts), beteiligt. Somit ist die kleine, überparteiliche *Kav La'oved* die einzige Anlaufstelle für die palästinensischen ArbeiterInnen, deren Lage sich durch die Intifada, die neue Einwanderungswelle aus der ehemaligen UDSSR und den Golfkrieg weiter verschlechtert hat.

Ersatzobjekt Jude

In die seit einiger Zeit mit neuem Engagement geführte theoretische Debatte über den Antisemitismus und die Vernichtung der europäischen Juden hat Ulrich Enderwitz mit einem materialistischen Versuch eingegriffen. Im Gegenzug zu allen Ansätzen, die nach den in den Juden selbst gelegenen Gründen des Antisemitismus suchen, faßt er das antisemitische Vorurteil in seiner ganzen symptomatischen Willkür ins Auge und will allein seinen allgemeinen gesellschaftlichen Grund erkennen.

Das Ergebnis dieses Versuches ist so erhellend wie provozierend. Enderwitz bindet die massenmörderische Zuspitzung des Antisemitismus im deutschen Faschismus zurück an die europäische Geschichte, die der Judenverfolgung seit dem Mittelalter die Aufgabe zuweist, in Krisenmomenten der Kapitalentwicklung für ein Ausagieren des jeweiligen Realkonflikts auf einem Nebenschauplatz zu sorgen. Im historischen Zusammenhang wird erkennbar, daß der nationalsozialistische Extremismus schon im 19. Jahrhundert, genauer: in der mit der Sicherung bürgerlich-kapitalistischer Machtverhältnisse beauftragten Staatsfunktion angelegt ist. In Deutschland sieht sich der Staat, anders als beim englischen oder französischen Modell, den Bedingungen eines ‚spätentwickelten' Bürgertums konfrontiert, für das er partiell in die Bresche springen muß. Aus dem Kurzschluß zwischen Staat und Kapital, mit dem die profitinteressierten Bürger um ihrer eigenen Ausbeutungsperspektive willen an die Kandare gesamtgesellschaftlicher Rücksichten gelegt werden sollen, entsteht deshalb hier ein förmliches Doppelspiel des Staates, das ihn zwangsläufig von der sozialfürsorgerischen Lenkung zur totalitären Ersatzrevolution treibt. Der Antisemitismus, der am Ersatzobjekt Jude die Kritik des liberalistischen Klassenegoismus exekutiert, wird dabei ebenso zwangsläufig zum blutigen Klassenkampfersatz.

Nicht nur tritt Enderwitz' Analyse aus dem Bannkreis eines trauernden Eingedenkens heraus; sie ist auch ein Schlag gegen die noch immer hartnäckig festgehaltene Hoffnung; das bürgerlich-demokratische Staatswesen, das hier als der wahre Initiator von Faschismus und Antisemitismus identifiziert wird, sei allein berufen, beides zu verhindern.

MONIKA NORL

Ulrich Enderwitz:
„Antisemitismus und Volksstaat. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung."
Ca-Ira-Verlag, Freiburg 1, Breisgau 1991, 156 Seiten, 18 DM

— *Anzeige* —

DIE AKTION

Zeitschrift für Politik, Literatur, Kunst

Gegen Kopflauheit und geistige Entropie!

No.86/88 = Stasi – Bleiche Mutter / Notizen für Antifaschisten / Israel und die deutsche Friedensbewegung / Italien: Rifondazione comunista / Gegen den Despotismus der Geschwindigkeit u.a.m. **Beilage:** »Der NARVA-Bericht«. 8,- DM Vorankündigung: N0. 89/92= **Christian Geissler:** Winterdeutsch. Zweite Flugschrift. Analyse, Strategie, Dichtung. Erscheint Ende April. 64 S., ca. 8.- DM Drei ältere Hefte zum Kennenlernen für 10.- DM(Vorauskasse) direkt vom Verlag.

verlegt bei Edition Nautilus
Am Brink 10 / W-2050 Hamburg 80

Dokument aus der Stalin-Ära

Auf den Aktendeckeln, die die Protokolle der stalinistischen Schauprozesse aus den Jahren 1936 — 38 enthalten, ist der Vermerk „Aufbewahren für alle Zeit" zu lesen. Diejenigen, die die Geständnisse der Angeklagten, wie z.B. von Nicolai Bucharin damals brutal erzwangen, waren der Überzeugung, diese Zeit werde erst bei der Vollendung des Kommunismus gekommen sein. Doch es kam anders. Nicht die Vollendung, sondern der Zusammenbruch des sozialistischen Systems öffnete die Türen zu den Archiven. Kein Rückgriff auf die Akten, sondern ein schon 1936 literarisch verfaßtes Gedächtnisprotokoll über die Machtkämpfe innerhalb der Partei und über die politischen Hintergründe der Schauprozesse ist der „Brief eines alten Bolschewiken" von Boris Nikolajewski. Die Quelle dieses Briefes war Bucharin, der 1936 zum letzten Mal ins Ausland reisen durfte. In Partis traf er mit dem dort im Exil lebenden russischen Historiker Nikolajewski zusammen. Unter dem Eindruck der schon eingeleiteten Ermittlungen wegen „antiparteilicher Aktivititäten" berichtete Bucharin, wie sich nach der Ermordung Sergej Kirows im Dezember 1934 die von Stalin befohlene Parteisäuberung vollzog.

Kirow, der Ende der zwanziger Jahre selbst an der Ausrottung der Kulaken beteiligt war, argumentierte öffentlich gegen die Zwangskollektivierung der Bauern, kritisierte die von Stalin weiterbetriebene Politik als Terror gegen das eigene Volk. Wegen angeblicher Beteiligung an der Ermordung Kirows wurde am 19. August 1936 der Prozeß gegen Sinowjew, Kamenew u.a. eröffnet. Zwei Tage später begannen die offiziellen Ermittlungen auch gegen Bucharin. Im März 1938 wurde das Todesurteil verkündet, das von den Angeklagten, scheinbar in „freiwilliger" Einsicht ihrer Schuld zusätzlich legitimiert wurde.

Nikolajewskis „Brief" und der hier ebenfalls zum erstenmal in deutscher Sprache vorliegende Text „Die Ermordung von Kirow", werden mit einem Essay von Detlev Claussen eingeleitet, das die historischen Zusammenhänge erläutert. Claussen verweist darauf, daß die politische Dimension des Archivmaterials ins Zentrum der Gegenwartsdiskussion gerückt werden sollte. Damit die Geschichte nach der Öffnung der Archive und Akten nicht wieder verschwindet, muß eine erneute ideologische Instrumentalisierung vermieden werden. Für diejenigen, die daran interessiert sind, bieten Nikolajews Zeitdokumente eine weitere Chance, über diese vergangene Epoche nachzudenken.

JAN SIBAR

Boris Nikolajewski
„Brief eines alten Bolschewiken." Aus dem Englischen von Walmot Möller-Falkenberg. Mit einem Essay von Detlev Claussen
Verlag Neue Kriktik 1992, 106 S., DM 22,—

Der alte Maulwurf

Der Anschluß der DDR hat mit der in Yankee-Attitüde vollzogenen Abwicklung endlich wieder einmal Fachkompetenz in dieses Hinterland gebracht; so recht das westliche Anliegen hinübergerettet aus alter echter Betroffenheit. Natürlich sollten in diesem Bravourfeldzug auch die Begründer des Historischen Materialismus gleich mit zur Strecke gebracht werden. Nun hatte ja die Bedeutung namentlich Marxens wenig mit jenen Parteien zu tun, die sich seiner annahmen, — das war so bei den Bolschewisten, den Maoisten, wie den Sozialdemokraten. Die als Marxismus zusammengeschnürten Allerweltssentenzen figurierten zwar als Zuckerbäckereien der jeweiligen Dogmenaufgüsse; allein bei Lichte besehen verblieben öde Richtstätten von Rachekampagnen aller Fraktionen der Arbeiterbewegung gegeneinander. Am Busen der Parteien konnte man den erbarmungslosen Kritiker der bürgerlichen Ökonomie gewiß nicht erhaschen. Hierfür läßt sich leicht das Alltagsleben des sozialdemokratischen Fortschritts herzitieren; bezeichnender ist allerdings, daß er genausowenig in dessen Theorie- und Geschichtsproduktion selber paßt. Denn diese war noch bestes Anhängsel des neunzehnten Jahrhunderts, der Aufstieg vom Urknall zum Sozialismus, möglichst noch ohne die Revolution. Darin haben sich die ABC-Büchlein der verschiedenen Versionen des Stalinismus und der parteimäßige historische Materialismus immer noch umarmt. Würze, Sprengkraft und Hebel der eigenen Marxschen Kritik gehen in diesen verbiederten Katechetiken zugrunde. Gottlob verhilft uns der Kollaps zumal der DDR endlich wieder dazu, mit den Marxschen Schriften als Vernunftbesen durch die Lande zu fegen. Denn der in seiner emanzipatorischen Dürftigkeit giganteske Anschluß hat wenigstens den Zertrümmerer der natürlichen Festigkeit des bürgerlichen Warenhimmels aus seinem Schrein im Herrgottswinkelchen herausgeholt ins Offene. Und da gibt es ja genug zu graben für den alten Maulwurf.

So sieht es auch Barbara Sichtermann und sammelt deshalb Texte, die genug über die Schläge anzeigen, die ein solcher Kritiker noch nach über einhundertfünfzig Jahren auszuteilen vermag. Eigentümlich hinwiederum die Unendlichkeit des Kapitalismus, mit der das Vorwort endet. Das ist dann doch eine eigene Metaphysik und Andacht: „Nur wenn wir wissen, wie der Kapitalismus funktioniert, können wir ihn reformieren. Und nur dann können wir ihn retten. Auch die Konservativen stehen ‚auf den Schultern von Marx'. Und so gibt es keine politische Couleur, die einen interessierten Zeitgenossen daran hindern dürfte, Marx neu zu lesen." (S. 43)

Der Gesamtschlag liegt natürlich immer noch in der Luft, der kritische Enthusiast wird sich deshalb nicht mit einer Auswahl begnügen; er wird aufs Ganze gehen wollen und in den Ramschläden die MEW (Marx-Engels-Werke) einclaimen.

So könnte man hoffen. Nun ist aber nicht nur die Revolution ver-

Fortsetzung auf Seite 38.

HENNING SCHRÖDER

Das Ende einer Militärmacht

Seit dem 1. Januar 1992 besteht die ,,Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken'' — ‚die andere Supermacht' nicht mehr. Der Alptraum vom ‚großen Krieg' zwischen den Blöcken ist nicht Wirklichkeit geworden. Die Welt ist schöner und sicherer — jedenfalls für Deutsche, Westeuropäer, Amerikaner. Nicht aber für die Völker Osteuropas. Sie sind mit einer neuen und sehr viel realeren Bedrohung konfrontiert — mit sozialer Verelendung, dem Aufbrechen nationaler Konflikte, dem ‚gewöhnlichen' Pogrom, mit der Verfolgung von Minoritäten und mit Bürgerkrieg. Nicht die militärischen Probleme sind deshalb die Gefahren, sondern die inneren Instabilitäten der GUS-Staaten.

Die ,,Gemeinschaft unabhängiger Staaten'' GUS — ein loser Staatenverbund, der die UdSSR ablöste — hat keine Perspektive. Sie wird sich in absehbarer Zeit auflösen. Es ist nicht einmal klar, ob Rußland der größte der Nachfolgestaaten, in der gegenwärtigen Form bestehen bleibt oder ob es in seine regionalen und ethnischen Bestandteile zerfällt. Gerade auch wegen der Risiken, die aus dieser möglichen Entwicklung erwachsen, ist eine der wichtigsten Aufgaben im Rahmen der ‚Abwicklungsgemeinschaft' GUS die Regelung der militärpolitischen Probleme: die Aufrechterhaltung der Kontrolle über Waffenarsenale — nicht nur der nuklearen, sondern vor allem auch der konventionellen und der B- und C-Waffen —, die Aufteilung der Streitkräfte unter den Republiken, die Einbindung der Nachfolgestaaten in europäische und interkontinentale Sicherheitssysteme. All das muß rasch — womöglich innerhalb des nächsten halben Jahres — durchgesetzt werden, ehe sich die GUS vollends auflöst.

Die einzige sowjetische Institution, die das Ende der Sowjetunion überlebt hat, die gewissermaßen aus Trägheit fortexistiert, ist die Armee. Formal haben sich die ,,Streitkräfte der Sowjetunion'' in ,,Vereinigte Streitkräfte'' verwandelt, an deren Spitze der ehemalige Verteidigungsminister Schopschnikow als kommissarischer Oberbefehlshaber steht. Doch der Status der Verbände, die auf dem Territorium der Republiken stationiert sind, ist rechtlich ungeklärt. Die Schiffe der Seekriegsflotte führten noch wochenlang die sowjetische Marineflagge mit Hammer und Sichel, Symbol eines nicht mehr existenten Staatswesens, ehe sie es durch das Andreaskreuz, die Flagge der zaristischen Kriegsmarine, ersetzten. Ein Wehrbudget für das Jahr 1992 existiert nicht, Offiziere und Soldaten leben gewissermaßen von der Hand in den Mund, mit einer Übergangsfinanzierung von Quartal zu Quartal, die weitgehend von der Russischen Föderation bestritten wird. Eine politische Kontrollinstanz für die bewaffnete Macht besteht nicht mehr — denn die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten besitzt kein funktionierendes, politisch legitimiertes Führungsgremium. Die vormals sowjetischen Streitkräfte sind heute eine Armee ohne Staat, vorläufig im Zaum gehalten durch ein politisch moderates Kommando, das sich um den ehemaligen Verteidigungsminister Schaposchnikow gruppiert.

Zugleich sind die Vereinigten Streitkräfte starkem Druck aus den Republiken und Re-

aus: Moskau News

Der Trikolore Rußlands im Westwind, die Sowjet-Flagge im Ostwind — der Konflikt spitzt sich zu.

gionen ausgesetzt. Zwar scheint die Kontrolle über die Atomwaffen technisch bisher weitgehend intakt zu sein — in diesem Bereich funktionieren die Kommandostränge noch — doch steht es offenbar kaum noch in der Macht des zentralen Oberbefehls, den Zugriff von nationalen Milizen, paramilitärischen Verbänden und regionalen Selbstschutzeinheiten auf die Arsenale konventioneller Waffen zu verhindern. Das geschieht stellenweise in Form von gewaltsamer ,,Selbstbedienung", wenn etwa in Georgien Kampfpanzer von Transportzügen gestohlen oder Panzerreparaturbetriebe besetzt werden. Aber das wird auch ganz offiziell vollzogen wie in der Ukraine, wo die Regierung sich die Truppen der Wehrkreise Kiew, Odessa und Karpaten, samt Gerät und Liegenschaften unterstellt hat, um auf dieser Basis die ukrainische Armee aufzubauen.

Die Ukraine ist hier am weitesten vorgeprellt — sie hat ein Verteidigungsministerium und einen Stab aufgestellt, die Mehrheit der in der Ukraine stationierten Einheiten hat den Eid auf die Republik geleistet, ukrainische Wehrpflichtige, die außerhalb der Ukraine stationiert sind und aus den dortigen Truppenteilen desertieren, werden aufgenommen und in die ukrainischen Streitkräfte eingegliedert. Gleichzeitig laufen Verhandlungen zwischen dem ukrainischen Verteidigungsministerium und dem Oberkommando der Vereinigten Streitkräfte um die Modalitäten der Aufteilung im einzelnen zu regeln.

▶ Die Stunde lokaler ,,war lords" ◀

Andere Republiken gehen weniger rasch vor. In Belarus' hat man sich eine Übergangszeit von zwei Jahren gegeben, in deren Verlauf die Truppen des belorussischen Wehrkreises, der sich mit dem Territorium der Republik deckt, in eine belorussische Armee umgewandelt werden sollen. In den mittelasiatischen Republiken hat man zwar nationale Verteidigungsministerien geschaffen, doch strebt man dort bisher nicht die Aufstellung eigener Truppen an. Andererseits werden Wehrpflichtige seit Herbst 1991 in der Regel ‚heimatnah' einberufen, d.h. sie dienen auf dem Boden der Heimatrepublik. So kommt es schrittweise zu einer ‚Nationalisierung' des Mannschaftsbestandes — ein Vorgang, der dem überwiegend russischen Offizierskorps Probleme macht, daneben aber auch die Voraussetzungen für die künftige Aufstellung nationaler Truppen schafft. Die Vielzahl von regionalen Nationalgarden, Selbstschutzverbänden und paramilitärischen Gruppen jeglicher Couleur ist kaum noch zu übersehen — beginnend mit Kosakenvereinen, die sich der slawischen Minderheit in Moldowa gegen die dortige Republikgarden zur Verfügung stellen, über südossetische Kampfgruppen, die das nationale Siedlungsgebiet gegen georgische Nationalgarden und Parteimilizen verteidigen, bis hin zu der Nationalgarde, die in der Tschetscheno-Inguschetischen Republik nach deren Unabhängigkeitserklärung aufgestellt und aus Arsenalen der sowjetischen Streitkräfte bewaffnet wurden. In einer Reihe von Regionen hat jetzt die Stunde der ,,war lords" geschlagen — lokaler Kriegsherren, deren Macht nicht durch eine zentrale politische oder militärische Gwalt eingedämmt wird.

Die Russische Föderation, die größte Teilrepublik, hat bisher nominell keine eigene Armee. Sie hat Mitte März lediglich ein Verteidigungsministerium geschaffen, an dessen Spitze vorläufig Boris Jelzin getreten ist. Doch da die Mehrheit des Offzierskorps russisch ist und Rußland den Löwenanteil der Militärausgaben trägt, verfügt es faktisch über die Masse der Vereinigten Streitkräfte: ,,Wer zahlt, der bestellt auch die Musik", lautet das russische Sprichwort. So ist es nur eine Frage der Zeit, bis die russische Führung sich die in Rußland stationierten Verbände und die Streitkräftegruppen in Deutschland, Polen und dem Baltikum unterstellt. Eine Ausnahme werden lediglich die ,,strategischen Truppen" machen — jene Verbände, die nuklear bewaffnet sind und bis 1994 noch auf Basis von Abmachungen zwischen den vier ,,Atommächten" Kasachstan, Belarus, Ukraine und Rußland einheitlich kontrolliert werden. Nach 1994, nach der Denuklearisierung von Belarus und der Ukraine (Kasachstan hat diesen ,,bargaining chip" bisher nicht aus der Hand gegeben und schweigt sich über seine Ansichten aus), wird Rußland Alleinerbe der sowjetischen Atomwaffen sein. Dies scheint für die strategischen Systeme gesichert, Probleme treten allerdings bei den taktischen auf. Da deren Rückführung und Vernichtung nicht internationaler Kontrolle unterliegt, wie dies für die strategischen im Rahmen der START-Verhandlungen festgelegt worden ist, fordern die Ukraine und Belarus eine nationale Kontrolle über ihren Verbleib. Ein weiterer Streitpunkt zwischen Rußland und den beiden anderen slawischen Republiken.

Daß vor diesem Hintergrund im Offiziers- und Unteroffizierskorps der Vereinigten Streitkräfte Unzufriedenheit und Sorge wachsen, ist verständlich. Von den etwa dreieinhalb Millionen Soldaten sind an die dreißig Prozent — grob gerechnet eine Million — Berufssoldaten. Die Unsicherheit über die unmittelbare Zukunft — infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise sind nicht einmal die Auszahlung von Gehältern und die Versorgung mit Wohnungen und Lebensmitteln garantiert — der dramatische Rückgang des öffentlichen Ansehens, die fehlende berufliche Perspektive könnte leicht dazu führen, daß große Offziersgruppen radikalen Parolen folgen. Ansätze zu einer Selbstorganisation der Offziere hat es schon im Januar 1992 gegeben, als in Moskau die Gesamtarmeeoffiziersversammlung zusammentrat und die Delegierten ihrem Unmut verbal Luft machten. Zwar gelang es Schaposchnikow, die Versammlung in ein ruhigeres Fahrwasser zu steuern, doch wurde ein Koordinationsrat gewählt, der unter Umständen versuchen könnte, den Interessen des Offizierskorps durch politischen Druck Gehör zu verschaffen.

Die militär- und sicherheitspolitische Entwicklung hat dazu geführt, daß innerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten heute Ängste ganz anderer Art vorherrschen als sie die sowjetische Führung noch vor einem Jahr pflegte. Von einer strategischen Bedrohung durch den Westen — durch die USA oder durch ein vereinigtes Deutschland — ist nicht mehr die Rede. Gefahren werden heute vor allem im Innern gesehen.

Dabei haben die politischen Eliten nicht so sehr das Risiko von Kriegen zwischen den großen Republiken im Auge. Zwar wird die GUS in absehbarer Zeit verschwinden, doch sind die politischen Kräfte in den drei slawischen Republiken offenbar bereit, sich in europäische Strukturen zu integrieren und hier westlichen Vorgaben auch weit entgegenzukommen. Fragen der Abrüstung und der Kontrolle atomarer Systeme scheinen daher lösbar — auch wenn die notwendigen bilateralen Absprachen zwischen den Staaten der ehemaligen Sowjetunion den Verhandlungs- und Umsetzungsprozeß komplizieren und verlangsamen.

Erhebliche Gefahren gehen aber von anderer Seite aus:

- von der schweren Wirtschaftskrise, die zu einer Verschärfung der sozialen Spannungen führt und die Herausbildung stabiler politischer Strukturen behindert;
- von interethnischen Konflikten, die im Gefolge sozialer Spannungen entstehen werden. Dabei sind bewaffnete Konflikte zwischen den großen Republiken eher unwahrscheinlich, gerechnet werden muß aber mit einer Vielzahl lokaler Auseinandersetzungen nach dem Modell der Konflikte um Südossetien oder in Moldowa;

● von einer Politisierung des Militärs. Denn vor dem Hintergrund wachsender sozialer Spannungen ist es denkbar, daß Teile des Offizierskorps nach einer politischen Rolle streben und dabei auch den Einsatz von Gewalt in ihre Überlegungen einbeziehen. Dies würde die Entwicklung eines stabilen politischen Systems gefährden;
● von der Herausbildung autoritärer Regime, die wenigstens in einem Teil der Republiken wahrscheinlich ist. Dabei kann es sich durchaus um Regimestrukturen handeln, die auf Konsens mit den Regierten angelegt sind und die oppositionellen Kräfte einbinden, demokratische Mechanismen aber außer Kraft setzen. Doch es sind auch Herrschaftsformen möglich, die sich auf die alten Gewaltapparate stützen;
● in der Folge sind massive Menschenrechtsverletzungen vorstellbar, denkbar ist auch Genozid an Minderheiten, Massenvertreibungen in bestimmten Regionen;
● von dem Bestreben der Republiken, durch Verkauf von Waffen und Rüstungstechnologie Devisen zu erwerben. Dies ist erklärte politische Absicht und kann regional durchaus unerwünschte Folgen haben;
● vom ,,brain drain" hochqualifizierter Rüstungsexperten, die in die Rüstungsindustrie dritter Staaten abwandern.

▶ Bürgerkriege drohen ◀

Auf absehbare Zeit wird es nicht nur in Europa, auch auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR Regionen mit ungleichen Sicherheitsrisiken geben. Während sich in einige Republiken relativ stabile Regime mehr oder weniger autoritären Charakters installieren, werden möglicherweise eine Reihe ökonomisch schwacher Regionen mit großen Minderheitengruppen in einen über lange Jahre fortschwelenden Bürgerkrieg hineingezogen. Sollte die Russische Föderation zerfallen — sollte es zu einem russischen ,,bunt" kommen, zum Ausbruch elementarer Zerstörungswut und sinnloser Gewalt (und die politischen Eliten in der Ukraine und Belarus' malen diese Gefahr gern an die Wand) — dann würde die Krise wohl rasch auf das Territorium aller Nachfolgestaaten übergreifen. Diese Bedrohung richtet sich vor allem gegen die Bevölkerung auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion selbst.

Dagegen sind die sicherheitspolitischen Risiken für die USA und Westeuropa gering. Eine strategische Bedrohung besteht nicht mehr. Damit hat auch die NATO ihre Ratio verloren. Es besteht jedoch die Gefahr des Abwanderns von Spezialisten aus der GUS, eine Bewegung, die nicht durch punktuelle Programme verhindert werden kann — sondern nur dadurch, daß es gelingt, Wirtschaft und Wissenschaftsentwicklung in diesem Raum eine echte Perspektive zu geben.

Drastisch spürbar wird gewiß auch die Flüchtlingsbewegung werden. Bei Verschärfung der ökonomischen Krise, bei Ausweitung der bewaffneten Konflikte muß mit verstärkter Migration gerechnet werden. Ohnehin kann man davon ausgehen, daß große Bevölkerungsgruppen (etwa die Mehrheit der Rußlanddeutschen) schon jetzt Emigration als einzigen Ausweg betrachten.

Im Vergleich mit den Risiken für die Nachfolgeländer der Union selbst sind die Risiken für die USA und Westeuropa aber minimal. Vielleicht ist das der Grund, warum die politischen Eliten in diesen Ländern gegenüber den Entwicklungen in Osteuropa eine derart an Unverschämtheit grenzende Indolenz an den Tag legen. ■

BARBARA MEIER

Gibt die GUS Rußland den Todesstoß?

Ob sich aus der ,,Erbengemeinschaft" der GUS eine konstruktive politische und ökonomische Zusammenarbeit entwickelt, hängt wesentlich vom Verhältnis der beiden ,,Mächtigen" der GUS, von Rußland und der Ukraine ab, wobei Rußland bedrohlichen innerpolitischen Konflikten ausgesetzt ist.

Vor gut zwei Monaten ist die GUS in einem wenig feierlich anmutenden Akt aus der Taufe gehoben und die UdSSR in einer Manier, die man eigentlich nur noch als verschämt bezeichnen kann, zu Grabe getragen worden. Seit dieser Zeit ist immer noch nicht so ganz klar geworden, welcher Art denn nun eigentlich dieses Gebilde ist, das in Alma Ata die Bühne der internationalen Politik betreten hat. Unterschiedlichste Interpretationen bewegen sich zwischen zwei Extrempunkten. Den einen erscheint die GUS als ein transitorisches Organ zur Abwicklung von Unionsstrukturen, das irgendwann in gar nicht allzu ferner Zukunft mit der Erledigung dieser Aufgabe seine Existenzberechtigung verlieren wird. Den anderen gilt sie als Ansatzpunkt für suprastaatliche Integration vielleicht nach dem Vorbild der EG. Hinter der ersten Lesart wird man unschwer die Position der Ukraine entdecken. Die zweite Option kommt eher den russischen Interessen entgegen. Damit ist auch schon ein ganz zentraler Punkt benannt, der sich künftig zu einer Zerreißprobe für die fragile Struktur der GUS gestalten dürfte. Es wird zu fragen sein, inwieweit die neue Gemeinschaft den Balanceakt meistern und gleichzeitig elastisch und effektiv genug sein kann, um den gegensätzlichen Motiven gerecht zu werden, die ihre beiden Protagonisten — die Ukraine und die RSFSR — mit ihrer Mitgliedschaft verbinden.

Nach dem in dieser eindeutigen Form wohl nicht erwarteten Unabhängigkeitsvotum in der Ukraine, sah Rußland darin den derzeit einzig gangbaren Weg für den Erhalt wenigsten rudimentärer Unionsstrukturen. Gleichzeitig hat es die russische Regierung aber zu keinem Zeitpunkt an deutlichen Äußerungen fehlen lassen, daß sie an der Etablierung eines dauerhaften Beziehungsgeflechtes zwischen den Republiken der auseinanderfallenden Union interessiert ist. Stellvertretend für andere sei hier nur der Jelzin-Berater und stellvertretende russische Ministerpräsident Gennadij Burbulis zitiert, der klipp und klar jegliche Form von Konföderation als Mythos, als liberale Illusion abqualifiziert hat, die entweder nur zu der dauerhafteren Struktur einer Föderation oder zu Krieg führen könnte. An dieses Statement — das vorsichtig formuliert, in einem gewissen Spannungsverhältnis zum Geist von Alma Ata steht, wo ja gerade auf Drängen der Ukraine konstatiert wurde, daß dem neuen Staatenbund keinerlei genuin staatliche Qualitäten eigen sein sollen

Karikatur: Harald Goldhahn

Geben Sie mir bitte erstmal ein Kilo!

— an diese politisch zumindest umstrittene Äußerung des prominenten russischen Politikers schloß sich dann die selbstbewußte Prophezeiung an, daß sich die Koordinationsgremien der Gemeinschaft auf lange Sicht unweigerlich in administrative, mithin staatliche Strukturen verwandeln würden. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß ca. 25 Millionen Russen außerhalb der staatlichen Grenzen Rußlands in den anderen Republiken der ehemaligen Union leben, ist diese Position sicherlich verständlich. Damit wird aber ein nahezu unüberbrückbarer Gegensatz zur Haltung der Ukraine aufgerissen wird. Diese betrachtet ihre Mitgliedschaft in der GUS nämlich sehr viel pragmatischer als eine zwar unumgängliche, nichtsdestotrotz aber zeitlich begrenzte Notwendigkeit. Der Ukraine geht es einerseits um einen Zeitgewinn für die Umstellung der bislang auf die Sowjetunion orientierten Wirtschaft, andererseits um die Beruhigung der westlichen Öffentlichkeit, die u.a. in der Gestalt des amerikanischen Präsidenten Bush ihre Bereitschaft zur Anerkennung der ukrainischen Unabhängigkeit immer wieder von wirksamen Garantien für eine Kontrolle der auf ukrainischem Territorium stationierten Nuklearwaffen abhängig gemacht hat.

Vor dem Hintergrund dieser doch recht eindeutigen Interessenlage hat die ukrainische Regierung mehrfach erklärt, daß sie ihre Mitgliedschaft in der GUS nur als Erscheinung einer Übergangsetappe betrachtet, die in dem Moment beendet ist, in dem der Prozeß der Umorientierung der ukrainischen Wirtschaft abgeschlossen ist und sämtliche Atomwaffen vernichtet worden sind. Wir können also feststellen, daß einerseits der Schlüssel für den Erfolg der GUS in guten Beziehungen zwischen der Ukraine und Rußland liegt, die sowohl unter demographischen Aspekten als auch hinsichtlich ihres ökonomischen Potentials die beiden gewichtigsten Nachfolgestaaten sind; daß aber andererseits genau das derjenige Bereich ist, in dem die meisten Spannungen zu verzeichnen sind. So sind in der letzten Zeit dringliche Entscheidungen in zentralen Fragen immer wieder an gegensätzlichen Zielvorstellungen der Ukraine und der RSFSR gescheitert.

Das betrifft sowohl die aus der Presse sattsam bekannten Auseinandersetzungen um die Schwarzmeerflotte — ein Problem, das Moskau vor allem auch durch Verknüpfung mit der heiklen Frage russischer Ansprüche auf die 1954 an die Ukraine abgetretene Krim erst in dem Moment politisch hochgespielt und als Druckmittel gegen die Ukraine instrumentalisiert hat, in dem die von Jelzin favorisierten Pläne zur Erhaltung einheitlicher konventioneller Streitkräfte am ukrainischen Einspruch endgültig gescheitert sind.

Nicht anders sieht es aus in Bezug auf die Chancen zur Konservierung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes. Auch hier ist es das ukrainische Beharren auf Einführung einer eigenen Währung, was diese Pläne von vorneherein zum Scheitern verurteilt. Ich will mich hier nicht an dem in der westlichen Presse beliebten Spiel der gegenseitigen Schuldzuweisungen beteiligen. Was hier zum Ausdruck kommt, gibt meines Erachtens ein Anfang Januar des Jahres in der Istwestija erschienener Kommentar sehr gut wieder, der die GUS als ein Zwangsbündnis bezeichnet hat, dessen raison d'être eher in der Unmöglichkeit sich voneinander zu trennen, als in dem Wunsch miteinander zu leben, besteht.

Eine weitere wichtige Funktion der GUS liegt in der Garantie der bestehenden Grenzen, die sowohl in Folge einer traditionellen ethnischen Gemengelage, als auch im Ergebnis einer recht willkürlichen sowjetischen Nationalitätenpolitik recht selten in Übereinstimmung mit ethnischen Kriterien stehen und von daher umso dringlicher auf politische Bestätigung angewiesen sind.

Wer übernimmt Verantwortung für sowjetische Erblast

D.h., die Auflösung der Sowjetunion, die mit der Eleminierung der KPdSU als ihrer einzigen tragenden Säule sicherlich unvermeidlich geworden ist, hinterläßt den Nachfolgestaaten ein immenses Konfliktpotential, daß eigentlich dringend politischer Regelungskapazitäten bedürfte. Die GUS — die bislang eigentlich nur auf recht vage formulierten politischen Absichtserklärungen beruht — müßte unbedingt mit Koordinierungsmechanismen und funktionierenden Entscheidungsstrukturen nachgerüstet werden, um diesen Funktionen auch nur annähernd gerecht werden zu können. Die beiden existierenden Gremien, der Rat der Regierungs- bzw. Staatschefs, sind dem Konsensprinzip verpflichtet und öffnen damit Tür und Tor für Obstruktionspolitik einzelner Mitgliedsstaaten.

Notwendige Korrekturen in diesem Bereich hätten aber in der heutigen Situation nur zur Folge, daß das ganze Unternehmen damit für die Ukraine inakzeptabel würde. Klar ist aber auch, daß die russische Führung nur wenig Neigung verspürt, ohne ukrainische Rückendeckung Verantwortung für die sowjetische Erblast zu übernehmen — zudem sich das Gravitationszentrum dann unweigerlich vom slavisch-orthodoxen auf den asiatisch-islamischen Teil der ehemaligen UdSSR verlagern würde.

Es stellt sich jetzt natürlich die Frage, warum diese ganzen Widersprüche nicht in einem rationalen Diskurs gelöst werden können. An objektiven Interessensgegensätzen allein kann das nicht liegen. Denn beiden, sowohl der Ukraine als auch der RSFSR, müßte eigentlich an der Etablierung von politischen Strukturen gelegen sein, die einen Beitrag zur Zivilisierung und Verrechtlichung von unvermeidlichen Konflikten leisten könnten — erinnert sei hier nur an den Armenien-Azerbaidschan-Konflikt oder die mittlerweile auch schon mit militärischen Mitteln ausgetragenen Auseinandersetzung zwischen Gagauzen und Russen auf der einen und Moldaviern auf der anderen Seite.

Im letzten Fall könnte sich die Ukraine durch moldavische Gebietsforderungen an ihre Adresse sogar relativ unmittelbar betroffen fühlen. Hoffnungen auf die KSZE dürften hier wenig Trost bieten, denn die ist mit der Verantwortung für 60 potentielle Territorialkonflikte, wie sie nach vorsichtigen Schätzungen sowjetischer Wissenschaftler zu erwarten sind, hoffnungslos überfordert . Die Antworten sind auf verschiedenen Ebenen zu suchen:

Zum einen ist durch ein typisches Aktions-Reaktions-Schema eine mittlerweile schwer

zu durchbrechende Eskalationsspirale in Gang gesetzt. Verschiedene Maßnahmen der russischen Regierung, die sich mittlerweile ganz selbstverständlich als einziger legitimer Erbe der Sowjetuinion geriert und die von der internationalen Weltöffentlichkeit in dieser Rolle fast ausnahmslos unterstützt wird, müssen in der Ukraine unausweichlich Ängste vor einem russischen Diktat schüren, die auf Grund der rein numerischen Überlegenheit der RSFSR latent ohnehin schon lange vorhanden sind.

Innere Stabilität ist hohen Belastungen ausgesetzt

Darüberhinaus spielen auch innenpolitische Aspekte eine Rolle. Die innere Stabilität, sowohl der Ukraine als auch der RSFSR wird auf Grund unvermeidlicher sozialer Härten im wirtschaftlichen Transformationsprozeß in der nächsten Zeit immer wieder harten Belastungsproben ausgesetzt sein.

Nationalismus also als Rettungsanker und stabilisierendes Integrationsmoment in einer Umbruchsgesellschafft, die sich durch eine griffige Ideologie gegen die drohenden Gefahren sozialer Desintegration zu immunisieren sucht — diesen Verführungen ist die RSFSR in ganz besonderer Weise ausgesetzt. Denn wenn in der Wahrnehmung Moskau die Interessen der russischen Minderheit in der Ukraine oder auch in anderen Republiken unter Druck geraten, kann sich die demokratische Jelzin-Regierung durchaus gezwungen sehen, dem undemokratischen russischen Nationalismus Konzessionen zu machen.

Gleichzeitig sind die Artikulationsmöglichkeiten eines in gewisser Hinsicht vielleicht unvermeidlichen Nationalismus in Rußland aber sehr viel reduzierter als dies anderswo der Fall ist. Die hat mit der tiefen Identitätskrise zu tun, in die Rußland seit dem Untergang der UdSSR geraten ist. Von vorneherein eignet dem russischen Nationalismus die Attitüde des Frustriertseins und tendenziell auch der rückwärtsgewandten Sentmentalität, die seiner Domestizierbarkeit durch demokratische Kräfte enge Grenzen zu setzen droht. Diese Grenzen wird man wohl nur in dem Maße überschreiten können, in dem es gelingt, russisches Nationalbewußtsein erstmals außerhalb eines imperialen Kontextes zu formulieren.

Wenn wir uns der Vorgeschichte erinnern, die letztendlich im Dezember 1991 zum Scheitern des Projektes Sowjetunion geführt hat, so werden wir auf den 12.Juni 1990 als ein ganz zentrales Datum stoßen. An diesem Tag hat das russische Parlament sich für souverän erklärt und damit analoge Entwicklungen in der Ukraine, in Belorußland und schließlich sogar in den konservativen mittelasiatischen Republiken ausgelöst. Selbstbewußtes Unabhängigkeitsstreben der Republiken, das sich 1988 erstmals in Estland artikuliert hatte, drang damit endgültig aus der Peripherie in das Kerngebiet des sowjetischen Imperiums vor.

In der Folgezeit war es immer wieder Boris Jelzin, der an vorderster Front die Unonsregierung unter Gorbatschow herausforderte und sich als Fürsprecher Republikanischer Eigenständigkeit profilierte — sei es, daß er massiven Protest gegen die sowjetische Intervention in Litauen einlegte, die Abführung russischer Steuern an das Unionsbudget verweigerte oder daß er Gorbatschows Föderationspläne durch den Vorschlag einer Konföderation von unten am Zentrum vorbei torpedierte.

Neuerwachtes russisches Selbstbewußtsein artikulierte sich ganz dezidiert in deutlicher Distanzierung vom Zentrum — was auch immer das sein mochte — und als dessen ausgebeutete Kolonie sich nun — frei nach Solschenyzin — auch Rußland sich nun empfand.

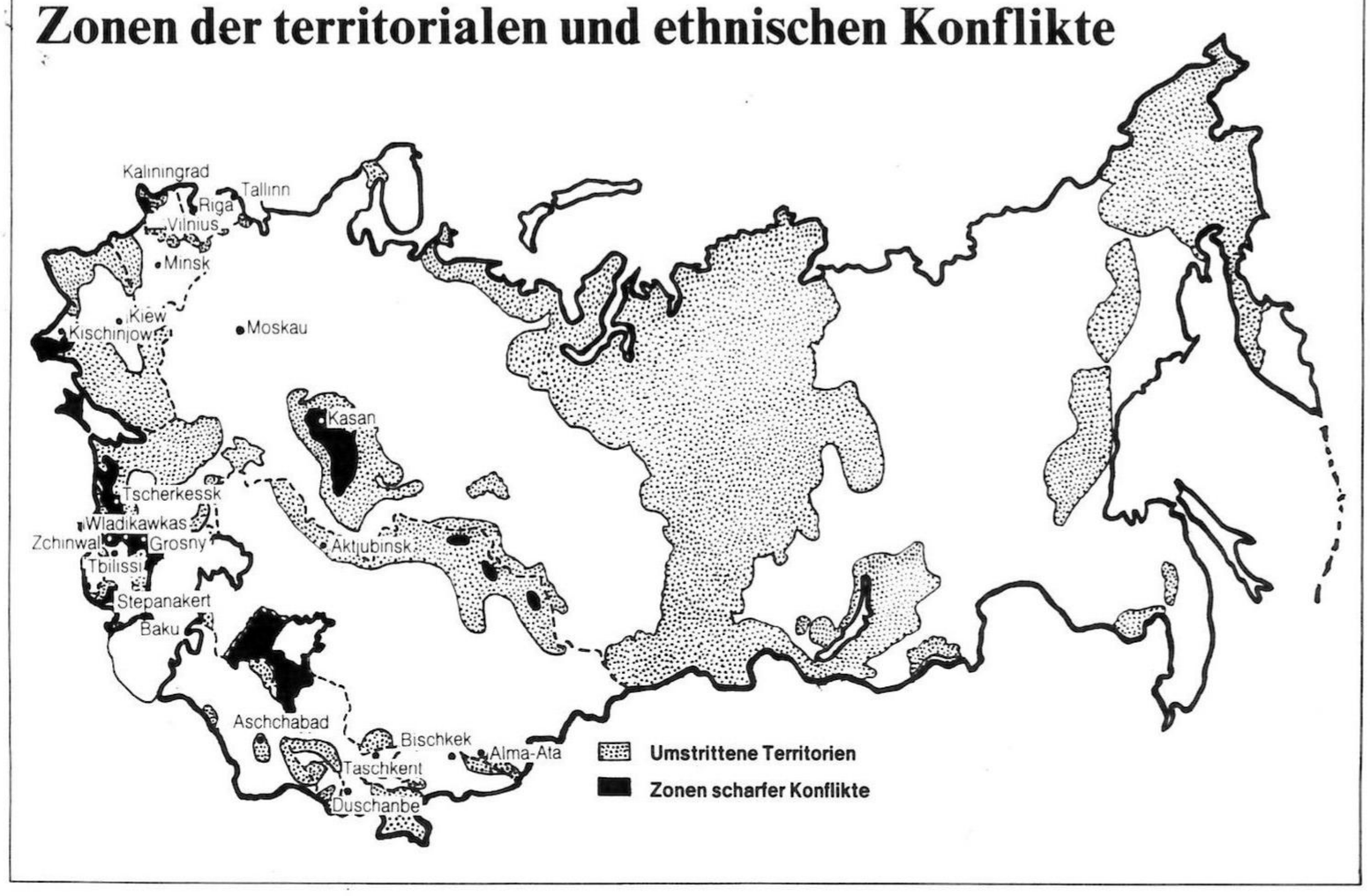
Es mag paradox erscheinen — aber in dieser neuen Rolle wurde Rußland auch von den meisten nationalen Republiken akzeptiert, obwohl sie in einem anderen Kontext die Sowjetunion doch gerade als Zwangsrahmen für Russifizierungsmaßnahmen erlebten und ablehnten, ja manchmal sogar ihre eigenen russischen Minderheiten als Agenten des imperialen Zentrums mißtrauisch beäugten. Rußland einmal nicht als Profiteur des letzten anachronistischen Imperiums, sondern ebenso wie die baltischen Republiken oder die Ukraine als in seiner nationalen Eigenart bedrohtes Opfer imperial-sowjetischer Unifizierungspolitik — diese Interpretation hatte ja auch einiges für sich. Denn während alle anderen als Titularnationen anerkannten Ethnien der Sowjetunion über ein administrativ organisiertes Territorium verfügten, dem zumindest auf der Ebene von Autonomen und Unionsrepubliken nominell staatlicher Charakter zugesprochen wurde, konnten die Russen nicht einmal einen solchen dekorativen Rechtstitel vorweisen. Für die Russen gab es nur die als Föderation organisierte RSFSR, in der zudem nur die nichtrussischen Völker in national-territorialen Einheiten organisiert und föderiert waren. Die Russen waren sozusagen die Restsumme, die übrig bleibt, wenn man alles andere wegstreicht, verfügten also nicht einmal über einen staatlich organisierten territorialen Rahmen, an dem sich wiedererwachendes nationales Selbstbewußtsein hätte orientieren können.

Unterdrückung russischer Identität durch das SU-System

Vor diesem Hintergrund wird dann auch die Ausdehnung einer traditionellen Imperiumsvorstellung auf die Sowjetunion fragwürdig, wie sie heute wieder einmal Konjunktur hat. Nicht nur das man Rußland schwerlich als nationales Bollwerk eines sowjetischen Imperiums bezeichnen kann. Russische Natönalisten behaupten schon lange nicht ohne Berechtigung, daß auch Rußland als das vermeintliche Zentrum eines vermeintlichen Imperiums mindestens ebenso wie die Peripherie, sowohl in ökonomischer als auch in sprachlich-kultureller Hinsicht durch das sowjetische Herrschaftssystem unterdrückt worden sei. Letzteres spielt darauf an, daß die russische Sprache durch eine bürokratisch forcierte Russifizierung zu einem technokratischen Idiom zu verkommen drohe. Problematisch wird der Imperiumsbegriff aber auch da, wo er nicht mehr erklären kann, daß bei aller zweifellos gegebenen russischen Hegemonie die nationalen Kulturen in der Sowjetunion eben auch gleichzeitig staatlich gefördert worden sind.

Vor dem August 1991 waren Stimmen, wie diejenige des linksliberalen Literaturkritikers Burtin, der schon im März davor warnte, daß Rußland die Abspaltung von einem imaginären Zentrum nicht überleben

Zonen der territorialen und ethnischen Konflikte



aus: Moskau News

würde und mit dem Verlust der eigenen Identität bezahlen müßte, zumindest im demokratischen Lager in der absoluten Minderheit. Heute hingegen zeichnet sich in dieser Frage ein totaler Bruch in der von linksliberalen Intellektuellen dominierten öffentlichen Meinung ab, die sich lange als Vorkämpfer für die Zerstörung des Zentrums verstanden haben. Angefangen hat es damit, daß man in der auf die Initiative der drei slawischen Republiken zurückgehenden Auflösung der Union einen gefährlichen Präzedenzfall für Rußland gesehen hat und die Befürchtung äußerte, daß Tatarstan, Tschetschenien und Baskirien sich zu einem analogen Schritt entschließen und damit die Existenz der RSFSR zur Disposition stellen könnten. Schon im Dezember 1991 haben Differenzen in der Frage, wie man sich gegenüber dem Souveränitätsbegehren innerhalb der RSFSR zu verhalten habe, zu einer Spaltung der Bewegung Demokratisches Rußland geführt — der entscheidenden politischen Kraft, auf die sich die Jelzin-Regierung stützt. Mittlerweile greift dieser Paradigmenwechsel in der öffentlichen Meinung auch auf andere Themenbereiche über.

Die Gründung der GUS, die ursprünglich als endgültiger Triumph der russischen Integrationsfigur Jelzin über seinen ewigen Widersacher Gorbatschow emphatisch begrüßt wurde, wird nunmehr immer deutlicher als Todesstoß für Rußland interpretiert, von dem lediglich die Ukraine profitiere. Solche Töne, die bislang das Repertoire einer nur im Westen paradox anmutenden Koalition von Altkommunisten bis Monarchisten prägte — sind mittlerweile gar bis in die *Nesavisimaja Gaseta* — ein exponiertes Reformblatt vorgedrungen. In der Auseinandersetzung mit der Ukraine um die Schwarzmeerflotte setzte dann Jelzin selbst russische Reichsgeschichte ganz selbstverständlich mit der der Sowjetunion gleich, indem er die Flotte nicht etwa für die GUS, sondern für Rußland reklamierte und sich dabei auf bis zu Peter dem Großen reichende Traditionen berief. Trotz aller Opposition gegen das Sowjetsystem scheint er sich damit in eine Kontinuitätslinie einzureihen, die bruchlos vom russischen Reich über die Sowjetunion zum neuen Rußland reicht.

Da war es dann nur konsequent, daß Sobtschak, der Bürgermeister von St. Petersburg, die Ukraine gleich zur russischen Provinz degradierte. Daß es sich dabei nicht um chauvinistisch motivierte Fehlleistungen einzelner Politiker handelt, der Wahnsinn vielmehr System hat, illustriert die Argumentation des Herausgebers der liberalen *Moskau-News* Lew Karpinski. Er wirbt um Verständnis für die Haltung vieler Russen, für die ohne die Ukraine nicht nur Großrußland undenkbar, sondern jede Rußlandvorstellung schlechthin ad absurdum geführt sei. Schließlich wurzele die russische Geschichte nicht in Moskau, sondern in Kiew, das schon in frühesten Chroniken als *Mutter* aller russischen Städte beschrieben werde.

So gefährlich eine derartige Perspektive politisch auch sein mag, so spiegelt sie doch einige historische Besonderheiten der russischen Entwicklung wieder, die man nicht einfach ignorieren kann. Die Konstituierung russischer Staatlichkeit im 16. Jahrhundert verläuft nahezu zeitgleich mit kolonialer Expansion. Und da die Formierung dessen, was man als russische Nation bezeichnen könnte, der Etablierung russischer Staatlichkeit zeitlich erst sehr viel später nachfolgte, ist heute kein historisch gewachsenes russisches Selbstverständnis vorstellbar, das frei von imperialen Zügen wäre. Dies müßte erst geschaffen werden.

Dieser komplizierte Tatbestand findet auch auf der linguistischen Ebene seine Entsprechung. In der russischen Sprache gibt es für das deutsche Adjektiv russisch zwei Äquivalente mit jeweils unterschiedlichen Implikationen. *Russkij* bezeichnet die ethnisch geprägte Identität, für die es in der Realität weder eine staatliche, noch eine territoriale Entsprechung in Form eines zusammenhängenden Siedlungsgebietes gibt, noch jemals gegeben hat. Im Gegensatz dazu bezeichnet *rossijskij*, das man im Deutschen wohl am besten durch das sperrige *rußländisch* wiedergeben könnte, so etwas wie eine staatsnationale Identität. In diesem Begriff schwingt auch die im Laufe der letzten drei- bis vierhundert Jahren geschaffene Synthese von slawischen und türkisch-tatarischen Traditionen mit.

Ethno — oder staatsnational?

Es ist noch nicht ausgemacht, ob sich in Rußland letztendlich ein *ethnonationales* oder ein *staatsnationales* Rußlandbild durchsetzen wird. Davon hängt aber ganz entscheidend auch die Zukunft der GUS ab.

Ein nahezu auswegloses Dilemma besteht aber darin, daß beide Optionen, egal wie die Entscheidung ausfällt, unwägbare Risiken bergen, etwas Drittes aber bislang nicht in Sicht ist. Die Entscheidung für einen staatsnationalen Rußlandbegriff, wie er zur Zeit scheinbar noch von der Jelzin-Regierung favorisiert wird, muß zwangsläufig auf Ignoranz gegenüber der ethnischen Differenziertheit der Bevölkerung der RSFSR hinauslaufen und dürfte damit unweigerlich ethnonationalistische Reaktionen der nichtrussischen Völker provozieren. Tatarstan und Tschetschenien haben damit sicherlich nur den Anfang gemacht.

Ein ethnonationales Rußlandbild wirft hingegen implizit die Frage nach der Verantwortlichkeit für die 25 Mill. ethnischen Russen auf, die außerhalb der RSFSR siedeln und stellt damit ganz massiv die Stabilität der bestehenden Grenzen in Frage. Für derartig weitreichende Ambitionen der russischen Regierung gibt es bislang wenig Anzeichen. Obwohl die Haltung in der Krim-Frage ein erster Vorbote für einen gewissen Sinneswandel sein könnte. Zudem kann eine Empörung über die Diskriminierung russischer Minderheiten — wo auch immer — jederzeit die Lage ändern. ■

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Armut: kein Thema? (Heft 41)
Hanesch: Armut in Deutschland. Politische und strategische Antworten ● *Bäcker:* Gespaltene Gesellschaft. Soziale Probleme und sozialpolitische Herausforderungen ● *Albrecht:* Aus der Not eine Tugend machen? Von der Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Armut zum neuen ganzheitlichen Modell ● *Wacker:* Massenarbeitslosigkeit und nichts rührt sich ● *Chassé:* Armutsforschung in der (alten) Bundesrepublik. Ein kritischer Literaturbericht ● *BAG:* Gegen ausgrenzende Wohnungspolitik. Positionspapier zur Wohnungsversorgung ● *Störch:* Zum Stand der Literatur zum Problem junger ,,Nichtseßhafter" ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

Frauen heute: Neue Ansprüche — neue Konflikte (Heft 40)
Windaus-Walser: Der offene Konflikt ist mir lieber. Gisela Wölbert interviewte Karin Windaus-Walser zum Geschlechterverhältnis ● *Frommel:* Gleichheit und Differenz. Männliche Gerechtigkeitsmathematik versus weiblicher Kontextualismus ● *Pfarr / Fuchsloch:* Frauenquoten, ein juristisches Problem ● *Stein-Hilbers:* Die sogenannten ‚Neuen Väter': Veränderungen und Überhöhungen eines Eltern-Kind-Verhältnisses ● *Wölbert:* Emanzipation zurechtgestutzt — oder: Wie aus dem Wunsch eine Last werden kann ● Magazin ● Rezensionen
100 Seiten, DM 14,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach

LUDI LODOVICO

Antisemitismus und „Antisemitismus“

Oder wie die baltische Republik Lettland mit ihrer jüngsten Vergangenheit umgeht

Begriffe kann man durch sinn- und kopflosen Gebrauch verschleißen. In den 70er Jahren ist es dem Begriff „Faschismus“ so ergangen, weil praktisch alles, was einem nicht paßte, als „faschistisch“ oder „präfaschistisch“ etikettiert werden konnte. Es ist dies, wie Marx ungefähr sagte, der Grobianismus in der Theorie, der glaubt, eine Sache erklärt und abgetan zu haben, wenn er ihr nur eine schrill klingende Schelle umhängt.

Begriffsverschleiß

Der Begriff „Antisemitismus“ ist auf dem besten Wege, dasselbe zu erleben wie der Begriff „Faschismus“ vor zwanzig Jahren: Entleerung durch völlig willkürlichen Gebrauch. Das begann spätestens 1985 mit der Debatte um die Frankfurter Aufführung von R.W. Fassbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod“; ein ästhetisches und intellektuelles Banausentum, das ein Drama mit der gesellschaftlichen Realität verwechselte, agitierte im Verein mit dem neudeutschen „scheinheiligen Philosemitismus“ (Iring Fetscher) und den beinharten Interessenten, die „Antisemitismus“ rufen, weil ihnen die Diskussion über Grundstücks- und Häuserspekulation nicht paßt, — diese breite Front des „gesunden Menschenverstandes“ fuchtelte also mit der Parole „antisemitisch“ herum und verhinderte prompt die Aufführung des Stücks und die Debatte darüber. Die 90er Jahre bringen nun offenbar — wie auf anderen Gebieten auch — die Normalisierung der Ausnahme: „alles klar, alles geht“. Der „Antisemitismus“-Vorwurf als argumentativer Joker wird beliebig ziehbar und rutscht unaufhaltsam hinab auf das Reflexionsniveau im intellektuellen Ödland der Leserbriefspalten, wo bekanntlich jeder mal ablassen darf, wann, was, wie und worauf er will.

In dieser Situation erscheint es als ebenso riskant wie nutzlos, auf den praktizierenden Antisemitismus hinzuweisen. Man erweckt schnell den Eindruck, dem demagogisch-populistischen Geschrei Tribut zu zollen, das sich als berufsmäßiger Anti-„Antisemitismus“ ausbreitet. — Anläßlich einer Reise in die damalige SU und nach Lettland besuchte ich zusammen mit einer Reisegruppe auch die Gedenkstätte im Wald von Rumbula bei Riga. Dort wurden am 30. November 1941 15 000 Einwohner des jüdischen Ghettos Riga von Hitlers Truppen, die im Sommer 1941 — nach der Eröffnung des Krieges gegen die Sowjetunion — ins Land einmarschiert waren, erschossen. Fade bleibt die Erinnerung an die Darstellung der offiziellen Reiseleitung: ob und was die Letten mit dem ziemlich monumental-fürchterlichen Denkmal zu tun gehabt haben könnten und wer hauptsächlich die Opfer waren, konnte man nach den trockenen Ausführungen kaum ahnen, geschweige denn hören.

Das Verbrechen ist undenkbar ohne eine innige Kollaboration von Letten und deutscher Besatzungsmacht — auf Kosten der jüdischen Bevölkerung. Davon wollte und will bis heute kaum jemand etwas hören und wissen. — Historische Kurzfassung: Die Juden waren im noch unbesetzten Lettland nach 1918 Bürger zweiter Klasse, erst die Annexion Lettlands durch die Sowjetunion 1940 machte aus Letten und Juden im Unrecht wie im Recht gleichgestellte stalinistische Untertanen (immerhin: unter lettischer Herrschaft konnten Juden gar nicht in den Staatsdienst gelangen — unter Stalin wurde es möglich, allerdings mit dem tödlichen Risiko als „Abweichler“ deportiert zu werden).

Ein heller Jude hat den trostlosen, aber entscheidenden Unterschied festgehalten: „Es ist besser, bei Stalin unsere Ladenschlüssel abzuliefern als bei Hitler unseren Kopf“. Solche Differenzierung, die mitnichten auf eine Verharmlosung oder gar Rechtfertigung stalinistischer Vernichtungspraxis hinausläuft, verschwindet im Westen zugunsten von flachen Totalitarismus-Plattitüden, und im Osten sprießt der alte Antisemitismus hemmungs- und reflektionslos förmlich aus dem Boden.

Abermals Opfer des lettischen Nationalismus

50 Jahre nach dem Verbrechen im Wald von Rumbula gedachten Letten und Juden erstmals öffentlich aller Opfer. Bisher trug das Mahnmal nur den verschleiernden Hinweis „auf sowjetische Bürger, politische Häftlinge, Kriegsgefangene und andere Opfer des Faschismus“, keinen expliziten Hinweis auf die Tatsache, daß die überwiegende Mehrzahl der Opfer Juden waren. Das entsprach stalinistischer und nachstalinistischer Lesart von „Antifaschismus“.

Am ersten Gedenktag für alle Opfer wurden nun die namenlosen jüdischen Opfer abermals Opfer lettisch-nationalistischer Verleumdung. Anatolis Gorbunovs, Parlamentspräsident der Republik Lettland, ist 1991 der Meinung, die lettischen Juden hätten ihren Tod 1941 selbst verschuldet, weil sie nach der Annexion 1940 Stalins Apparat gegenüber zu wenig nationales Rückgrat gezeigt hätten — wohlverstanden: „Einsatz“ für einen Staat, in dem sie Bürger minderen Rechts und zweiter Klasse waren. Es ging darum, einen Genozid der Verdrängung und dem Vergessen zu entreißen. Und der stramm-lettische Parlamentspräsident sagte nach ein paar ziemlich unverbindlichen Floskeln über die lettische „Mitschuld“ am Judenmord wörtlich: „Auch das jüdische Volk hat Anlaß, selbstkritisch auf die Rolle zurückzublicken, die einzelne Persönlichkeiten vorangegangener Generationen in der Geschichte gespielt haben, vor allem während der Revolution von 1917 und der Ereignisse des Jahres 1940 in Lettland“ (NZZ 14.2.92). Der geschmacklose Hinweis auf „1917“ bezieht sich auf die Oktoberrevolution in Rußland und das damit verbundene Cliché von der „internationalistisch-marxistisch-jüdischen Verschwörung“ gegen alles Brav-National-Christliche. Die alte Leier: „Die Trotzkis haben die Revolution gemacht — und die Bronsteins sind jetzt schuld daran, daß sie so große Probleme hat“.

Die Rede des lettischen Parlamentspräsidenten ergänzte zwar ein Volksfront-Redner, der die Auseinandersetzung mit der schlichten Tatsache von „235 000 registrierten faschistischen Kollaboranten“, die nach dem Krieg ins Exil gegangen sind, anmahnte. Aber derlei dringt weniger tief ein als die antisemitisch eingefärbte, nationalistische Rhetorik. Beide Reden zusammen zeigen die zweifache Problemlage: die Not einer historischen Aufarbeitung und die Virulenz des praktizierenden Antisemitismus im Prozeß der Entstehung oder Wiedererrichtung von Staaten zwischen dem Baltikum und dem Kaukasus. Der Antisemitismus soll dem Nationalismus auf die Beine helfen. Wie gehabt. ■

links-REDAKTION

„Wir können nicht mehr aus geborgter Realität politisch leben“

Interview mit Oskar Negt

„Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren!“, hieß die für das Sozialistische Büro geradezu konstitutive Parole vom Anfang der 70er Jahre. Sie stammte von Oskar Negt. Er setzt heute unsere Sozialismus-Debatte fort mit einem Gespräch, das Ludi Lodovico für die *links* führte. In diesen Tagen erscheint auch das neue Buch von Alexander Kluge und Oskar Negt: „Maßverhältnisse des Politischen“ bei S. Fischer.

Der französische Staatspräsident François Mitterrand antwortete kürzlich auf die Frage, was es heute bedeute, Sozialist zu sein, mit einer Gegenfrage. „Wieso heute?“ Und dann fügte er wörtlich hinzu: „Dasselbe wie gestern. Die Abenteuer des Marxismus-Leninismus berühren uns doch nicht. Das ist nun wirklich nicht unsere Sache.“ Soweit Mitterrand. Wie siehst du die Dinge?

O. Negt: Nicht so eindeutig, wie Mitterrand sie sieht, aber richtig ist daran, daß die Vermischung verschiedener Ansätze und verschiedener Formen des Sozialismus und Marxismus und Leninismus alles trübt und verfälscht. Da wird die ganze Landschaft einer Tradition sozialistischer Bewegungen von Marx bis heute integriert in einen Begriff von Sozialismus, der angeblich jetzt durch die Auflösung der Ostblockländer ausgestanden ist. Dieser Grundirrtum zerstört jede Form der differenzierten Zugangsweise zu den verschiedenen Positionen des Sozialismus, die z.B. auch gar nichts mit der Marx'schen Tradition zu tun haben. Ich meine damit sozialistische Traditionen vom Zuschnitt des Anarcho-Syndikalismus, des Anarchismus, auch Formen des demokratischen Sozialismus, meinetwegen des ethischen Sozialismus von Leonard Nelson und verschiedene andere Formen. Mit anderen Worten, ich glaube, Mitterrand trifft den entscheidenden Punkt, daß er sagt, man muß differenzieren, man muß unterscheiden zwischen den verschiedenen Traditionen. Und einzelne Quellen des Sozialismus sind so verschieden von dem, was dann Marxismus-Leninismus geworden ist, daß man gar nicht vorsichtig genug sein kann. Sonst entsteht jene berühmte Nacht, in der alle Kühe grau sind, wie Hegel das ausdrückt; das ist eine wirkliche Verödung und Verlotterung auch linken Denkens, wenn es sich darauf einläßt.

Glaubst Du, daß es genügt, daß man die bisher nicht angezapften Quellen des Sozialismus öffnet, oder daß man das Ganze neu denken muß?

O. Negt: Das letztere. Selbst wenn wir uns nicht identifiziert haben mit dem, was im Ostblock gelaufen ist, so ist es für uns nicht gleichgütlig, was im Namen der Idee gemacht wurde, mit der wir uns identifizierten. Die moralische Gleichgültigkeit vertrete ich nicht. Ich vertrete eine Art kollektiver Haftung, die Ereignisse, Gegebenheiten und auch Verbrechen, die im Namen einer Idee, mit der ich mich identifziere, begangen wurden, aufarbeiten muß. Wie die Idee mißbraucht wurde, das ist die eine Seite. Was mit der Sowjetunion abgelaufen ist — das ist doch gar nicht der Sozialismus, mit dem wir es zu tun haben. Das ist richtig, und gleichwohl würde ich von einem Christen auch verlangen, daß er Auskunft darüber gibt, was mit der Inquisition, was mit der Völkervernichtung passiert ist im Namen des Christentums, wie das mit den Ideen des Christentums zusammenhängt oder zu ihnen in Widerspruch steht. Wenigstens möchte ich von den Menschen eine Art kollektiver Haftung für das haben, was im Namen dieser Ideen — sei es Christentum, sei es Sozialismus — getan wurde, selbst wenn sie unschuldig an deren Verbrechen sind.

Kannst Du das theoretisch etwas konkretisieren? Ein Kapitel im neuen Buch von Dir und Alexander Kluge trägt den Titel: „Karl Marx 1991. Wie es um sein Bürgerrecht in der wissenschaftlichen Kultur bestellt ist.“ Dort stellt ihr Marx, was das Verhältnis von Theorie und Praxis betrifft, in die sokratische Tradition, das heißt in eine Tradition, in der die Selbstansprüche einer auf die Verwircklichung drängenden Philosophie zentral sind. Was bedeutet dieser Anspruch für Marx und die Marx'sche Theorie heute vor dem Hintergrund der offiziösen Denkerei unter dem Titel „Marxismus-Leninismus“. Ist Marx davon betroffen, und wenn ja, wie? Ihr zitiert in diesem Zusammenhang Heine, der metaphorisch die Guillotine als ständigen Schatten und Begleiter der revolutionären Ideen sieht. Ist zugespitzt gefragt, Stalin und der staatssozialistische Terror der ständige Begleiter der Marx'schen Theorie?

O. Negt: Die Doppelnatur, von der Heine spricht, dieser Liktor, der bei den Konsuren das Beil voran trägt, der jetzt, wie Heine meint, die vollendete Tat, die vollzogene Tat bekundet — diese Doppelnatur ist seit der Marx'schen Theorie ein Problem dieser Welt.

Seit die Philosophie darauf aus ist, sich zu verwirklichen, ist es nicht mehr nur ein Problemzusammenhang, der mit dem Marx'schen Denken zu tun hat: die Vollendung einer Philosophie, die Praxis einschließt, bei

Hegel, und jetzt das Drängen der Philosophie zur Wirklichkeit bilden diesen Zusammenhang. Es ist alles in der Philosophie drin, was Emanzipationsmöglichkeiten darstellt. Wir haben von Platon bis Hegel alles aufgesammelt, was schön und gut und gerecht ist. Sokrates beginnt mit dieser Tradition. Und jetzt sagt Marx: das ist eine Tradition, die an ihr Ende gekommen ist. Und übrigens nicht nur Marx, sondern auch Hannah Arendt u.a. bestätigen das, indem sie sagen, mit Marx beginnt eigentlich eine neue Weltauffassung des Politischen und der Philosophie. Die Philosophie will Wirklichkeit werden.

Dieses Programm setzt sich den verschiedenen Verwicklungen dieser Wirklichkeit aus, und das gilt nicht nur für die Marx' sche Philosophie, sondern das gilt auch für die konservative Philosophie, das gilt auch für die Philosophie Heideggers, die Wirklichkeit werden wollte. Das heißt, es ist ein Problem einer Welt, in der genügend Vorrat an Denken da ist, aber der Widerspruch zwischen dem Denken und dem Sein immer größer geworden ist. Und Marx bricht radikal mit einer europäischen Philosophietradition und begründet gleichzeitig eine neue. Was die Philosophie betrifft, einen Endpunkt, was die neue Welt anbetrifft, einen Ansatzpunkt, indem er sagt, es kommt darauf an, sie zu verändern. Aber er selber hat im Grunde genommen nichts weiter geschrieben, dort wo es differenziert, wo es wissenschaftlich ist, als eine Interpretation der Welt. Deshalb kann man die Problemlage sehr wohl auf Marx zurückführen, aber nicht die Folgen dieser Probleme. Stalin ist nicht der beste Kenner von Marx. In verschiedenen Punkten läßt sich das eindeutig beweisen. Der Marx'sche Begriff des Staates ist einer vom Absterben, der Staat soll zurückgenommen werden in die Gesellschaft, die Pariser Kommune definiert sich als ihr eigenes arbeitendes Dasein. „Der Staat ist die übernatürliche Mißgeburt der Gesellschaft."

Im Marxismus-Leninismus, schon in „Staat und Revolution" von Lenin, aber dann stärker in den Assimilationsprodukten zwischen despotischem, russischem Staat und Stalininismus, wird gleichsam der Staat zur allgewaltigen Substanz der Gesellschaft aufgewertet. Was hat das mit Marx' Staatsbegriff zu tun? Hier sind Trennungen und Unterscheidungen nötig.

Der zweite Gesichtspunkt, unter dem betrachtet Marx und Stalinismus nichts miteinander zu tun haben, betrifft die Offenheit des Denkens. Der Geschichtsmaterialismus, die materialistische Geschichtsauffassung ist eine in ihrer Struktur offene Auffassung der Welt. Der Stalinismus-Leninismus hat diese Weltauffassung zu einem System von Gesetzen geschlossen, wobei die Naturgesetze gleichsam zu ontologischen Modellen für die gesellschaftlichen Gesetze werden. Der dialektische Materialismus ist das Modell für den historischen Materialismus. Auch hier kann man sagen, das hat nichts miteinander zu tun, in dieses Analogien-Gebilde sind Sätze und Fragmente aufgenommen worden, die zu einem Legitimationssytem führten.

Und der dritte Punkt, den ich anführen möchte: das Marx'sche Werk lebt von der Kritik des Bestehenden; wenn man die Kritik als Bewegung aus der Marx'schen Theorie herausnimmt und damit auch die Radikalität der Kritik an den Verhältnissen, wobei Radikalität dann heißt, die Übel an der Wurzel packen, wenn man das rausnimmt, die Marxsche Theorie zu einer affirmativen Theorie macht, verändert man nicht Nuancen, sondern verdreht einen ganzen Theoriezusammenhang.

In allen diesen drei Teilen würde ich unter dem Zusammenhang, den ich vorher dargelegt habe, die Auseinandersetzung mit Marx und dem realexistierenden sozialistischen Systemen führen. Und das ist immer auch eine moralische Frage der kollektiven Haftung. Unter dieser Haftung beginnt für mich überhaupt erst eine differenzierte Aufarbeitung von Sozialismus-Marxismus und Stalinismus.

Oskar Negt in jüngeren Jahren...

Aber eines geht nicht, daß die Täter sich für ihre Taten hier aus ihrer Verantwortung stehlen, indem sie sich auf Marx berufen.

O. Negt: Nein.

Das haben sie jedoch getan, und etwas, was mich bewegt an der jetzigen Marxdiskussion ist, daß noch die plattesten Verabschiedungen von Marx diesen als Theoretiker für das ganze reale Elend verantwortlich machen. Die wie auch immer motivierte Verabschiedung kostümiert sich theoretisch als Marx-Kritik.

O. Negt: Aber schau mal, da tritt ein anderer Zusammenhang jetzt noch mal auf. Dieses zwanzigste Jahrhundert ist ein blutiges Jahrhundert. Es ist das blutigste der Geschichte, wenn man die fünfzig, sechzig, siebzig Millionen nimmt, die umgekommen sind. Dieses Jahrhundert ist geschüttelt von Krisen, Erosionen der Gesellschaft. Wenn jetzt gesagt wird, nicht nur von Konservativen, auch von ehemaligen linken Leuten, an all dem ist eine einzige Theorie, nämlich die von Marx schuld: sie hat die universelle Machbarkeit der Welt in diese Welt gebracht, sie hat den technokratischen Impetus reingebracht, sie hat die Umgestaltbarkeit des Menschen mitreingebracht, also, wenn man jetzt so argumentiert und die „Schuld" verteilt, dann ist das natürlich eine Kompensation, eine Art Personalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, deren Strukturen man dann nicht mehr untersuchen muß. So als ob gestern das zwanzigste Jahrhundert von Marx geprägt worden wäre, was — aus ganz anderer Perspektive — in vielfacher Hinsicht zutrifft, aber nicht in den Ursachen der Misere dieses Jahrhunderts.

Hat diese Sicht der Dinge nicht in der Staatsfixiertheit vieler Linker ihr reales Fundament?

O. Negt: Nach meiner Auffassung ist das eine völlige Verdrehung der Marx'schen Theorie. Ob Du die Schrift über die Pariser Commune oder jene über den achtzehnten Brumaire nimmst, die Staatskritik gehört zu den wenigen wirklich unzweifelhaften Kritikpunkten bei Marx. Die Sozialdemokratie ist staatsorientiert. Die Sozialdemokratie, die zweite, die dritte Internationale haben ihre jeweiligen Linien in der Staatsorientierung.

In Eurem neuen Buch unterscheiden Kluge und Du zwischenn Marxtötern, denjenigen, die zurück zu Marx wollen und den Verabschiedungstheoretikern. Was hat man darunter zu verstehen?

O. Negt: Die Verabschiedungstheoretiker sind alle diejenigen, die glauben, die Marxsche Theorie sei als ganze entweder wahr oder falsch. Ich habe das schon in den siebziger Jahren einmal so genannt, daß dieses Unvermögen, bei Marx unrealisierte Programme zu sehen, die historischen Schranken bei Marx zu sehen, daß er selber eine geschichtliche Theorie vorführt, daß also dieses Unvermögen zu unterscheiden dazu führt, daß entweder alles wahr oder alles falsch ist. Zunächst einmal in den siebziger Jahren war es ja so, daß alles wahr war. Es wurde zehn Jahre in dieser Marx-Logik geredet, was insofern schiefgehen mußte, als Marx ja gar nicht als lebendige Theorie der Erkenntnis der Wirklichkeit benutzt wurde, sondern als eine Art idealistische Legitimationshalde, auf die man zurückgriff, wenn man etwas erklären wollte. Also was Marx an Hegel, an den Junghegelianern kritisiert, daß die immer, wenn sie einen Hegelschen Begriff gefunden hatten, die Sache für erklärt hielten. Das haben jetzt die Marxisten ganzer Generationen genauso gemacht. Immer wenn sie einen Marx'schen Begriff fanden für einen Sachverhalt, hielten sie ihn für erklärt. Und für mich ist die Aufarbeitung des Marxismus verknüpft mit der Aufarbeitung der Ausgrenzungsgeschichte des Marxismus. Die Ausgrenzungsgeschichte von politischen Positionen, Kategorien und Denkweisen beginnt in der Tat bei Marx.

Schon bei Marx wird die Utopie ausgegrenzt, wird der Anarchismus ausgegrenzt, obwohl Marx die Forderung des Anarchismus übernimmt. Es werden diese Positionen als nichtwissenschaftlich ausgegrenzt, Proudhon und Bakunin und andere, die sich alle als Sozialisten verstanden. Diese Ausgrenzungsgeschichte setzt sich nach Marx' und Engels' Tod fort in der Ausgrenzung ganzer Erkenntnisteile. Zum Beispiel gibt es im Marxschen Kapital durchaus die Grundlage einer materialistischen Industriesoziologie. Das ist eine großartige Analyse der industriellen Prozesse, aber im Marxismus erscheint der Betrieb als Realisierung des Kapitalverhältnisses, nicht als eigene Realität. Die Wissenschaft der Industriesoziologie entwickelt sich parallel und praktisch unbeachtet vom Marxismus der II. Internationale genauso wie der III. Internationale.

Etwas ähnliches gilt für die Ausgrenzung dessen, was Marx als ,,inneres Gemeinwesen'' bezeichnet. Das ,,innere Gemeinwesen'' ist bei ihm das Individuum in seiner ganzen Komplexität. Und er sagt, das innere Gemeinwesen ist nicht weniger komplex als das äußere Gemeinwesen, aber Marx findet keine entwickelte Wissenschaft für die Subjektivität vor. Er hat sich an allen entwickelten Wissenschaften orientiert. Die politische Ökonomie war eine entwickelte Wissenschaft, die er kritisieren konnte. Die ganze Frage der Subjektivität, der Bildung des psychischen Apparates, die ganze Psychoanalyse, die sehr viel in der Methode gemeinsam hat mit der politischen Ökonomie, weil sie auch mikrologisch arbeitet, ist unterbelichtet bzw. wird ausgegrenzt. So gibt es hier eine ganze Ausgrenzungsgeschichte der Subjektivität bis zum heutigen Tage, und das hatte natürlich fatale Folgen auch für die politische Arbeit. Wenn der Mensch zum ,,subjektiven Faktor'' wird, also auf die Objektseite gebracht wird, wird er auch entsprechend behandelt. Als ,,Faktor'', der eingesetzt wird, als wäre er ein unzuverlässiges Element, wie wir jetzt aus den Stasiakten wissen. Die Marxsche Theorie selbst bietet gleichzeitig Ansatzpunkte für eine solche Weiterentwicklung und für die Blockierung dieser Weiterentwicklung; wenn man die Marxsche Theorie als einen dogmatischen Zusammenhang auffaßt, gibt es keine Weiterentwicklung. Wo es Weiterentwicklungen gab, und die gab es, die Formen des westlichen Marxismus, Merleau-Ponty, Sartre, auch die Frankfurter Schule, haben dieses subjektive Element durchaus verknüpft in einer Subjekt-Objekt-Dialektik, die ganz andere Folgen hat. Und ich kann hier nur wieder sagen, daß die Entwicklung des analytischen Vermögens, dieses Unterscheidungsvermögens zentral ist für jedes linke Denken und Handeln. Das Unterscheidungsvermögen fehlt im Grunde bei den Verabschiedungslogikern, die wütend werden, wenn Marx auch nur erwähnt wird.

Früher hätte man wahrscheinlich an dieser Stelle die Frage nach dem revolutionären Subjekt gestellt, aber das führt ins Abseits. Als Theoretiker in der Marxschen Tradition muß man jedoch Hinweise auf die Frage geben können, ob und wie die Vorstellung einer radikalen Gesellschaftsveränderung, d.h. die Transformtion wesentlicher Merkmale kapitalistischer Gesellschaften, denkbar und theoretisch begründbar ist.

O. Negt: Ich glaube, daß diese Vorstellung von Revolution, mit der ja Marx und Engels schon ihre Schwierigkeiten hatten, heute sich noch einmal ziemlich radikal verändert hat. Eine der letzten schriftlichen Äußerungen von Engels, die Vorrede zu den Klassenkämpfen in Frankreich von 1895, enthält Hinweise darauf, daß die traditionellen Revolutionen überholt sind. Wir haben das Modell der großen französischen Revolution und eines Jahrhunderts ähnlicher Revolutionen. Die Barrikaden sind nur noch Symbole — bei dieser Hochrüstung, bei diesen Kanonen, bei dieser Mordtechnik, sagt Engels, ist nicht mehr sicher, ob ein offener Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie wirklich erfolgreich sein kann; das beste für uns wäre, die herrschenden Klassen würden die Legalität verletzen, und wir stellen sie her, wir kämpfen für die Legalität und realisieren dabei die Revolution. Das ist das letzte Wort von Engels zur Revolution und zum Revolutionsbegriff.

Er hat gesehen, daß revolutionäre Veränderungen der komplexen kapitalistischen Gesellschaften nicht mehr nach dem Schema der Erstürmung der Bastille verlaufen, sondern daß das ein Modell ist, das so am Ende seines Jahrhunderts nicht mehr existiert — da hat er Recht. Die Revolutionen, die dann abgelaufen sind — die Oktoberrevolution, der lange Marsch — haben andere Strukturen. Die Oktoberrevolution besaß noch das Erstürmen des Winterpalais als Symbol, aber das war ja nicht die Revolution gewesen. Und jetzt vollzieht sich noch einmal eine Änderung, es wird nicht mehr so sein, daß in Machtzentren die zentrale Veränderung stattfindet, das gilt z.B. schon nicht mehr für die chinesische Revolution. Der Lange Marsch ist im Grunde so etwas wie der Marsch durch die Institutionen, wie das Dutschke genannt hat. D.h., es muß die Revolution im ganzen Land stattfinden: Rebellionen, Besetzungen von Telegrafenämtern, Eisenbahnen. Revolutionen haben nun eher so etwas an sich wie große Bürgerbewegungen. Ich glaube, was in dieser Leipziger und Dresdener Bewegung, was in der DDR insgesamt, in der Tschecheslowakei, abgelaufen ist, wenn auch mit jeweils anderen Folgen, die Politisierung der Bevölkerung, das hat einen Widerstand, eine Verbreiterung von symbolischen Aktionen hervorgebracht, die zur Lähmung von Herrschaft führten. Bürgerbewegungen also erreichten diese Lähmung der Herrschaftssysteme, weil die Bevölkerung zeigte, daß sie nicht mehr wollte. Benjamin hat von der Revolution als von der Notbremse gesprochen. Die Notbremse im Zuge des Fortschritts. Das mitfahrende Volk bremst den Zug, um zu zeigen, daß es so nicht weitergehen kann

express

die Zeitung der undogmatischen Gewerkschaftslinken

In der **April-Ausgabe** des *express*:

Transportabenteuer in Madrid — zum Busfahrerstreik in Spanien ● Zwei Jahre Kita-Streik in Berlin — eine Nachlese ● Kav La'oved — der heiße Draht für palestinensische ArbeiterInnen ● Europäische Autozulieferer — eine Branche unter Druck ● lean production — Chancen für neue Produktionskonzepte? ● Bericht von einer Veranstaltung zu Betriebsbesetzungen in der Ex-DDR ● Ungarn: Gewerkschaften im Musterland der Privatisierung...

Einzelheft DM 5,50
Abonnement DM 59,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** ,,express'' zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1, Tel. 069/88 50 06**

und darf — da liegt für mich die Frage nach der revolutionären Aktion. Wir müssen zurück zu diesen Alltagsproblemen der Veränderung im Kleinen.

Die fundamentalen Veränderungen in der DDR, in der Tschecheslowakei, in der Sowjetunion kann man bestimmt als demokratische Revolutionen bezeichnen. Aber waren sie denn nicht auch antisozialistische Revolutionen?

O. Negt: Ja, sie waren antisozialistische Revolutionen, in dem Sinne, daß der Sozialismus für sie selber so wenig konkrete Inhalte hatte, daß sie in der Tat darauf ausgegangen sind, etwas herzustellen, was ihnen verweigert wurde. Da muß ich jetzt etwas sagen, über die Marxsche Vorstellung von Revolution.

Marx ist davon ausgegangen, daß der überreife Kapitalismus die Grundlage für den Sozialismus ist. Daß der Kapitalismus seinen eigenen, von ihm produzierten gesellschaftlichen Reichtum nicht mehr für die Menschen einbringen kann, sondern verschleudert und zerstört. Und er ist davon ausgegangen, daß der Sozialismus die einzige für die Alltagsmenschen konkret anschaubare Alternative zu diesem System darstellt, das objektiv reich ist, aber subjektiv diesen Reichtum nicht verwenden kann, für die Mehrheit der Menschen. Marx hat nie geglaubt, daß ein unterentwickeltes, armes Land den Sozialismus aufbauen könnte, ohne daß es im Grunde nur eine gerechte Verteilung der Armut produziert. D.h. der volle, reichhaltige Mensch ist die Grundlage für den Sozialismus.

Der durch die Privatheit hindurchgegangene Mensch, der mehr will als das Private, aber nicht weniger, der nicht seiner Privatheit beraubt wird, bildet die Grundlage für den Sozialismus. Ich habe diese Stellen alle noch einmal durchgelesen, es fällt einem wie Schuppen von den Augen, wenn man liest, wie deutlich Marx macht, daß nur ein reicher Kapitalismus, eine reiche Gesellschaft die Basis für den Sozialismus abgeben kann.

Wie man sich Sozialismus auch immer vorstellt, er war immer eine Zielsetzung, ein Ideal, wenn man will. Er hatte eine politische Theorie als Grundlage, eine ökonomische, eine Gesellschaftstheorie und eine politische Bewegung, die das angestrebte Ziel bzw. Ideal verwirklichen sollte.

Die beiden ersten Teile, Zielsetzung und Theorie sind diskreditiert, und die politische Bewegung existiert schon fast nicht mehr. Was bedeutet das für eine linke Organisation?

O. Negt: Für die linke Organisation bedeutet das, daß man den Begriff Sozialismus ganz neu ausfüllen muß. D.h., daß sie die diesen Begriff überlagernden Realitäten und erdrückende Realitäten abräumen muß. Das bedeutet auch, daß eine linke Organisation die Ursprungsquellen des Sozialismus sichtbarmachen muß; daß sie vor allem auch Irrtümer, die mit dem Sozialismus verknüpft gewesen sind, benennen muß. Wenn der Sozialismus weniger ist als die Erfüllung des Privaten, dann kann er nicht gelingen. Dann ist er nicht befestigt im Interesse der Menschen. Erst wenn die Menschen in ihren Privatverhältnissen befriedigt sind, aber mehr wollen, nach mehr streben, daß ihnen das nicht ausreicht, daß der Mensch dem Menschen ein Bedürfnis ist, ein gesellschaftliches Bedürfnis, erst dann rückt das Private in der Hierarchie der Interessen etwas runter. Wo Sozialismus stattfindet als eine Enteignung des Privaten, auch des Privateigentums, wo nicht mehr darauf gerechnet wird, daß die Pfleglichkeit des Umgangs mit dem Privaten die Grundlage des Sozialismus ist, herrschen Zerstörung und Vernichtung. Ich erinnere mich daran, wie mein Vater auf einem kleinen Grundstück wohnend, 60 Morgen und sieben Kinder, wie der pfleglich mit jedem Gerät umgegangen ist; die absolut pflegliche Umgangsweise mit dem wenigen Gerät, kontrastiert mit der Herrschaft der Sorglosigkeit in verrotteten Maschinenausleihstationen unter einem sogenannten Gemeineigentum. Der Sozialismusbegriff, und so hat ihn Marx ursprünglich verstanden, meint ein Mehr gegenüber dem Privaten und nicht ein Weniger. Wo das Private enteignet wird, tritt das Private als einzige Alternative auf. Und das Schreckliche dieser Gesellschaftsordnung — der östlichen — und im Grunde auch ein bißchen der früheren DDR-Gesellschaft wird sein, es wird eine lange Phase der Privatsierung sein, der Privatisierung des Denkens, der Privatisierung der Ökonomie, auch des räuberischen Konkurrenzverhaltens im Privaten insgesamt. Die Kollektivität, Sozialismus und alle diese Ideen wurden in einer Weise abgewertet wie noch nicht einmal hier. Aber Marx würde sagen, was nicht wirklich aufgearbeitet ist, was nicht ausgestanden ist, das bleibt als bohrende, und bedrohlich weiterarbeitende Kraft da.

Ob man das noch Sozialismus nennt, wenn wir das jetzt weiterverfolgen, da würde ich nicht zögern zu sagen: ist ein anderer attraktiverer geschichtlicher Begriff zu haben, setzen wir den an dessen Stelle. Daß die Sache des Sozialismus nicht ausgestanden ist, das ist für mich völlig evident. Der Kapitalismus hat nicht die Probleme gelöst, die er hätte lösen können. Die Alternativen sind für mich nicht pessimistisch zu beurteilen, was die objektive Situation anbetrifft.

Hat die linke Theorie den Vorstellungen von Individualisierung und Pluralisierung, wie sie in der sozialwissenschaftlichen und politischen Diskussion eine Rolle spielen, nichts entgegen zu setzen?

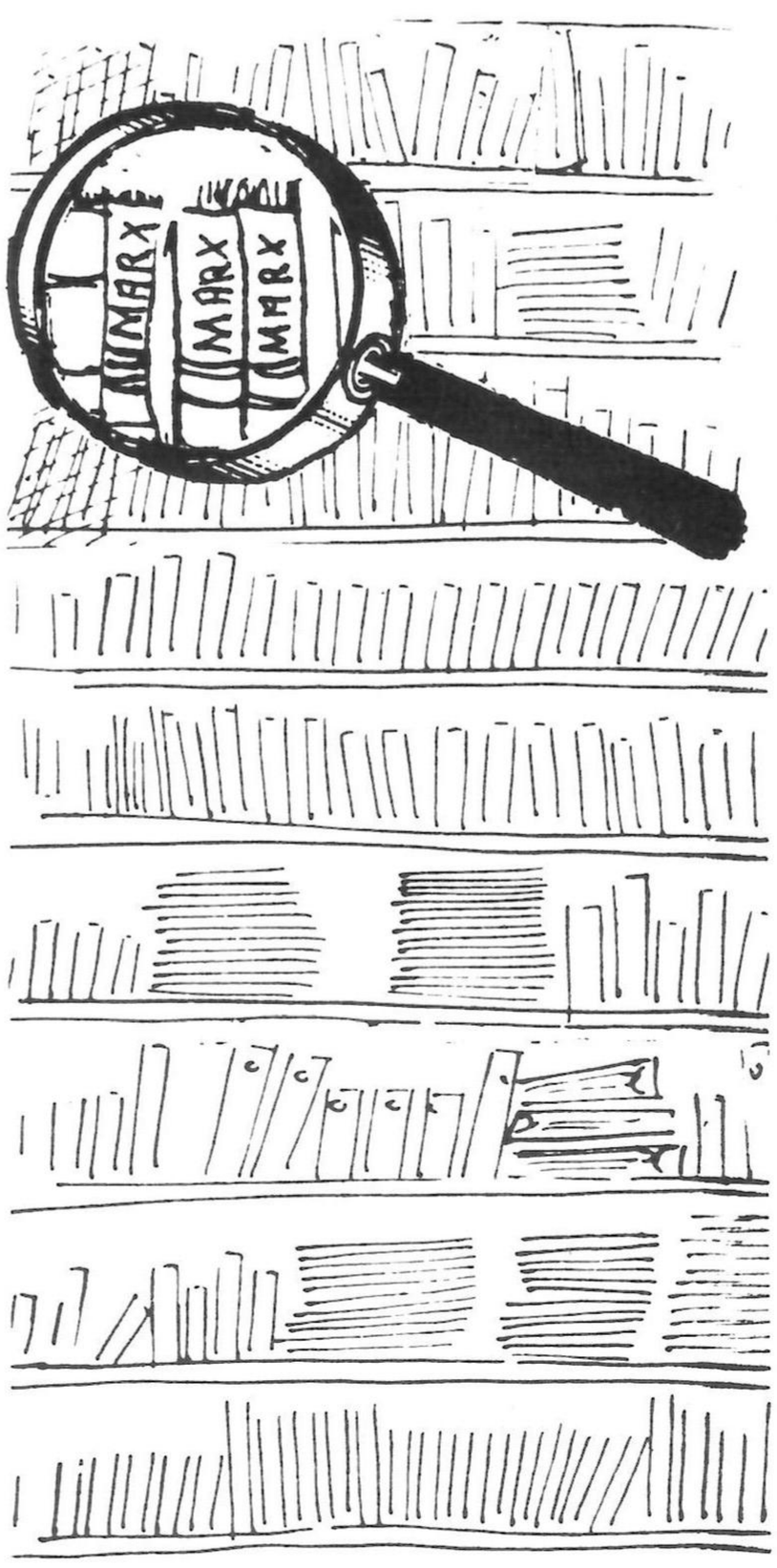
O. Negt: Sie ist ohnmächtig, weil sie keinen Begriff vom Allgemeinen entwickelt hat, in den diese Individualisierung eingeht, im Besonderem und Allgemeinen hat sie keine neue Dialektik zwischen Individuum und Gesellschaft entwickelt und ist deshalb ohnmächtig und zerbricht im Grunde in zwei Teile: der eine Teil verteidigt die Tradition und sagt, es sei ja gar nicht alles kaputtgegangen, es stehe ja noch vieles und selbst wenn es kaputtgegangen sei, so sei schon vieles in diesem Jahrhundert kaputtgegangen und wieder auferstanden — das ist die eine Position. Die andere springt auf den Idealisierungszug. Sie sagt, das Scheitern komme unvermeidlich, das sei die moderne Form. Beide Positionen halte ich für verkehrt, weil das Aufarbeiten der gegenwärtigen geschichtlichen Situation, mit der wir es zu tun haben, eine ungeheuer arbeitsaufwendige Sache ist, und erneute Reflexion aller Kategorien, mit denen wir bisher gearbeitet haben, selbst wenn wir uns kritisch dazu verhalten haben, nötig ist. Ich meine, selbst wenn wir uns kritisch verhalten haben, so sind doch zwei Ereignisse in den letzten zwanzig Jahren passiert, die uns nachdenklicher stimmen müssen. Erstens die Utopiezerstörung: die Identifikation mit den Revolutionen der Dritten Welt (Nicaragua, Kambodscha, Vietnam, Iran, Portugal) ist Stück für Stück weggebrochen.

Also auf der einen Seite ist in den siebziger Jahren die positive Identifikation mit den sozialen Revolutionen der Dritten Welt deshalb verloren gegangen, weil die Resultate dieser siegreichen Revolutionen nicht dem entsprachen, was wir erwartet hatten. Wir sind enttäuscht, oder jedenfalls viele sind enttäuscht, was z.B. aus der Nelkenrevolution in Portugal geworden ist. Ein Utopieverlust hat sich real vollzogen.

Der zweite Punkt — und ich glaube, Mitte der achtziger Jahre hat das begonnen — ist die Auflösung der Sowjetunion und der Ostblockländer. Das hat zu einer ganz anderen Art von Realitätsentzug geführt. Viele unserer Kategorien und Begriffe und Vorstellungen sind in einem einigermaßen intakten Zweifrontensystem gebildet worden. Das sorgte für Übersichtlichkeit. Der antiimperialistische Aspekt hatte Sinn in dem Maße, wie man ihn auf die Vereinigten Staaten, auch die Sowjetunion richten konnte. Wir hatten uns in einem dualistischen Weltsystem eingerichtet und konnten unsere kleine Politik auch danach ausrichten, wie diese Frontstellungen verliefen. Die Friedens-, die Ökologiebewegung, viele Dinge waren in diesem Zwischenbereich angesiedelt, auch positiv, mit neuartig positiven Aspekten. Ich stelle bei vielen Linken fest, ich will mich selber gar nicht ausnehmen, daß da ein Stück Realität der Abgrenzung verlorengegangen ist.

Die Erosion dieses zweigeteilten Weltsystems müßte jetzt die (Links-)Intellektuellen mit ganz anderen Anforderungen konfrontieren, um eine autonome Politik zu entwickeln. Da ist eine Leerstelle. Da ist eine Leerstelle insoweit, als wir dieses Problem der Alltagsaktivität, dessen, was Veränderungen, was Alternativen sind, jetzt nicht mehr aus Abgrenzungen zu einer falschen Realität gewinnen können und nicht aus Identifikationen mit einer Fremdwirklichkeit. *Wir können nicht mehr aus geborgter Realität politisch leben.* Weder in der positi-

ven noch in der negativen Form. Wir sind jetzt im Stadium eines Neuverständnisses der Links-Intellektuellen, nachdem es, nach meiner Auffassung, vier Phasen eines solchen Selbstverständnisses in diesem Jahrhundert gegeben hat:
— die Linksintellektuellen der 20er Jahre, in denen ein ungeheurer theoretischer Vorrat produziert wurde an Begriffen, Erkenntnissen, Weltbildern;
— die Zeit nach 45, mit den Diskussionen um Merleau-Ponty und Sartre, als sich die Intellektuellen immer stärkter abtrennen von einer substantialisierten Arbeiterbewegung, als ob die Arbeiterbewegung das Subjekt wäre; das ist im Dritten Reich erfahren worden, daß die Arbeiterbewegung nicht durch ein bloßes Versehen den Ersten Weltkrieg nicht verhindern konnte; das ist der erste Enttäuschungsschub, aber sie konnte auch den Faschismus nicht verhindern;
— die 68er-Bewegung hat eine Reflexion gebracht, die nach wie vor sehr bedeutend ist, auch was private Interessen und Politik angeht: Privatisierung des Politischen, Politisierung des Privaten. D.h. eine Verbindung zwischen den Bedürfnissen und Interessen und Politik der Menschen;
— und wir sind heute in einem vierten Selbstverständigungsstadium, bei dem wir noch nicht richtig wissen, was die neue Funktion der Intellektuellen ist. Wir wissen, daß die Verantwortung der Intellektuellen gewachsen ist, nicht zuletzt über ihre Beteiligung bei der Produktion von Zerstörungstechnologie, an der Produktion von Ideologie in den Medien. Heute ist für die Intellektuellen diese Spannung zwischen Privatheit und Weltgesellschaft zentral. Es gibt nichts mehr in dieser Weltgesellschaft, was uns nicht unmittelbar berühren könnte. Wenn die Kernkraftwerke in Pakistan oder in Indien explodieren, hat das hier unmittelbare Folgen. Nichts, was in dieser Welt passiert, läßt sich von diesem Zusammenhang trennen. Diese Spannung zwischen Weltgesellschaft und Privatem aufrechtzuerhalten, bewußt zu machen, zu reflektieren und die Verantwortung für das zu übernehmen, was in der Ferne passiert, ist für mich der zweite Punkt einer Veränderung auch der Ethik. Die bisherige Ethik ist eine Nähe-Ethik gewesen. Also, Du sollst nicht töten, konkrete Menschen. Immer stärker wird für uns das Problem, daß wir Verantwortung übernehmen müssen für das, was in der Ferne passiert, mit dem, was wir gemacht haben. Da ändern sich sehr entscheidende Dimensionen.



Das Sozialistische Büro ist vor zwanzig Jahren angetreten mit dem Anspruch, linke Menschen in diesem Lande nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen zu organisieren.. Wenn es auch richtig war, erfolgreich war es bestimmt nicht. Das Sozialistische Büro und seine drei Zeitungen kämpfen jetzt ums Überleben, angesichts von Desinteresse, Entpolitisierung, Rückzügen, Verabschiedungen und Passivismus. Die Realitäten im politischen und publizistischen Alltag sperren sich gegen Deine Hoffnung auf das „Soviel Anfang war nie". Organisationen machen dicht, Gewerkschaften treten auf der Stelle, linke Blätter gehen reihenweise ein. Was tun?

O. Negt: Erstens bin ich nicht Deiner Auffassung, daß das Sozialistische Büro keine Wirkung hatte. Ich glaube, das Problem liegt auf einer verteufelt komplizierten Ebene. Die Erfahrung, nach Interessen, nicht nach Köpfen zu organisieren, hat sich so tief eingesenkt in verschiedenartige Zusammenhänge, daß es nicht mehr als politisches Problem erscheint. Ich bin der Auffassung, das war ein radikaler Angriff auf jede Form des Dogmatismus. Ich habe diese Parole 1972 formuliert gegenüber den K-Gruppen. Die sind alle von der Bildfläche verschwunden. Das kann ich nicht als Mißerfolg werten. Selbst wenn man jetzt sagen kann, das ist nicht der Erfolg einer solchen Parole. Das ist es bestimmt nicht. Aber viele Dinge, die wir im Sozialistischen Büro 1972 machen wollten und die Kristallisationspunkt für politische Orientierung waren, hatten auch eine Stoßrichtung, also einen politischen Gegner. Den zu identifizieren ist für das Sozialistische Büro gerade aus Erfolgsgründen schwieriger geworden. Das macht die Sache nicht einfacher. Ich trat ein und trete ein für das Einlassen auf unmittelbare Interessen. Heute ist es ja so, daß die These von Interessen überholt erscheint. Ich bin vielen zu traditionalistisch, weil ich am Allgemeinen festhalte, weil ich sage, das kippt jetzt um in eine individuelle Zerfaserung von Interessen. Was ich mit Interessen gemeint habe, ist, daß das ein selbstverständlicher kritischer Ausgangspunkt der über menschliche Bedürfnisse und Interessen Verfügenden darstellt. Das war ein kritischer Ausgangspunkt, nicht die These, daß es außerhalb dieser Interessen nichts gäbe. Ich glaube, daß die Kollektivitäten, das Allgemeine heute gerade bei dieser Zerfaserung der Interessen, durchschlagen. Und dies bewußt zu machen, das ist heute komplizierter als in den 70er Jahren. Deshalb ist für mich die Lösung, wie ist es mit dem Sozialistischen Büro, wie mit *links*, wie können wir etwas machen, was wieder mehr Attraktivität gewinnt, sehr kompliziert. Wäre es nur die Tatsache, daß eine richtige Konzeption abgekoppelt wird, wäre es viel leichter zu sagen, nein, wir halten daran fest, wir halten das durch, das ist richtig. Aber für Organisationsformen, die dadurch in Schwierigkeiten geraten, daß Teile dessen, wofür sie eintreten, sogar selbstverständlich geworden sind, wird die Lage viel komplizierter. Da eine Organisationsform zu finden, die tatsächlich die Substanz noch festhält, daran müssen wir, daran würde ich gerne mitarbeiten, mitdiskutieren bis man an den Punkt kommt, wo man sagt: Also wir müssen es einfach aufgeben, auf dieser Ebene ist nichts mehr zu machen. Oder aber man sagt dann: Wir spezifizieren, wir organisieren das um, wir machen etwas Neues daraus. Beides ist möglich. ■

VOLKER HEINS

Max Weber, ein linker Antisozialist

Vom Osten lernen kann manchmal heißen: nachdenken lernen. Rainer Weisshuhn hat in dieser Zeitschrift die für Westler paradoxe Behauptung aufgestellt, daß man durchaus auf eine anti-sozialistische Art links sein könne („Der Spatz in der Hand", *links* 10/91). Es ist noch nicht ganz klar, wie eine solche Haltung konkret aussieht. Daß das Etikett eine unmögliche Identität zu bezeichnen scheint, macht es in meinen Augen eher attraktiv. Die Linke wird nicht wiederzuerkennen sein (so wie jemand, der sich von schwerer Krankheit prima erholt hat).

Im folgenden werde ich etwas zu dem Hintergrund sagen, vor dem ein Anti-Sozialismus von links Sinn machen könnte. Ich stütze mich dabei hauptsächlich auf eine Neulektüre Max Webers, der im Juni 1918 in Wien vor österreichischen Offizieren einen Vortrag mit dem Titel „Der Sozialismus" gehalten hat.

Was ist falsch am Kapitalismus?

Thomas Nipperdey hat in seiner „Deutschen Geschichte" Weber auf der politischen Linken des frühen 20. Jahrhunderts verortet. Diese Einordnung ist zutreffend, was u.a. daran zu sehen ist, daß Weber keineswegs das kapitalistische „System" direkt gegen seine linksgerichteten Kritiker verteidigt. Vielmehr identifiziert und brandmarkt er jene sozialen Kräfte, die den liberalen „Geist" des Kapitalismus auszuhöhlen drohen. Es stellt sich heraus, daß der moderne Kapitalismus selbst eine dieser Kräfte ist, insofern er die Bürokratisierung und Kartellierung von Unternehmen, die Schließung von Märkten, den Staatsinterventionismus und die Überwachung der Bürger fördert.

Der liberale „Geist" des Kapitalismus beruht auf bestimmten Prinzipien der Selbsterziehung, die historisch erstmals die fatalistische „Selbstverständlichkeit der Sklaverei und der Hörigkeit" (einschließlich der traditionellen „Art der Frauenverachtung und — domestikation") beendet haben. Der Maßstab von Webers Zeitkritik sind jene ethisch-organisatorischen Prämissen, die es großen Bevölkerungsgruppen im Okzident grundsätzlich erlauben, ein, wie er sagt, „waches bewußtes helles Leben führen zu können". Wenn wir diesen impliziten Maßstab zugrundelegen, ergibt sich, daß Weber sowohl von klassischen Apologeten wie auch von Kritikern des Kapitalismus abweicht. Er verteidigt den modernen Kapitalismus weder durch den Rückgriff auf Prinzipien, etwa auf das Eigentumsrecht, noch durch utilitaristische Gründe: In seiner frühen Arbeit über die Transformation der ostelbischen Agrarverhältnisse kritisiert er sogar ausdrücklich die marktwirtschaftlichen Optimisten, für die der Kapitalismus automatisch bessere Lebensbedingungen und Wohlstand für alle einschließt. Das implizite Argument Webers für den modernen Kapitalismus be-

aus: rororo Monographien, Ffm. 1991

Max Weber, 1919

ruht vielmehr allein auf der Wahlverwandtschaft, die diese Ordnung (vorübergehend?) mit bestimmten nachtraditionalen, aktivistischen Lebensstilen eingeht; sowie mit den in diesen Lebensstilen enthaltenen anti-despotischen politischen Potentialen.

Dieses Argument richtet sich nicht in erster Linie gegen die politische Linke, sondern gegen den weitverbreiteten sozialmoralischen „Antikapitalismus der Bildungsschicht" (Nipperdey). Im Gegensatz zu diesem Bourgeois-Sozialismus zeigt Weber zunächst wenig Sinn für die nostalgische Verteidigung von Lebenswelten gegen das Vordringen technisch-ökonomischer Rationalisierungsprozesse, wie z.B. seine Präferenz für die Versorgung durch Großküchen im Vergleich zur „dilettantischen Einzelkocherei" in patriarchalen Familienzellen bezeugt. Webers Kritik setzt erst da an, wo die Wahlverwandtschaft des betriebsförmigen und marktorientierten Kapitalismus mit bestimmten dominanten Subjektprägungen aufgelöst wird und der Kapitalismus sich zu einem subjektindifferenten System verhärtet. Der Kapitalismus wird Gegenstand einer indirekten Kritik, insofern er eine bürokratische Dynamik freisetzt, die seine eigenen ethischen Ressourcen untergräbt. Weber kritisiert eine soziale Ökologie, die passives Anpassungsverhalten prämiiert. Er prognostiziert eine langfristig unaufhaltsame Sklerose des Kapitalismus, der in Gestalt selbsterzeugter bürokratischer „Ordnungsmenschen" sowie antriebsschwacher „Genußmenschen" seine eigenen Totengräber produziert.

Geist des Antikapitalismus

Während Marx glaubt, daß der Kapitalismus handlungswirksame Voraussetzungen für eine globale historische Alternative schafft, welche die dynamischen und freiheitlichen Elemente der kapitalistischen Gesellschaft bewahrt, rechnet Weber mit einer schleichenden Verkümmerung der kapitalistischen Dynamik und einer partiellen Wiederkehr von längst überwunden geglaubten, quasi-feudalen und hochbürokratisierten

Formen der ökonomischen Organisation („Gehäuse der Hörigkeit"). Vor diesem Hintergrund unterscheidet er moralistische und rationalistische Formen der Kritik am Erwerbskapitalismus.

Die moralistische Kritik zielt auf die Anonymität der Marktwirtschaft und des Staates. Sozialistische Schriftsteller wie Jack London haben zu Beginn des Jahrhunderts diese Kritik in kräftigen literarischen Bildern ausgestaltet. Von J. London stammt auch die Metapher der „Eisernen Ferse" des kommenden bürokratisch-oligarchischen Sicherheitsstaates, die Leute wie Nikolai Bucharin übernommen haben, um den westlichen Militarismus zu kritisieren. Diese Formel ist offensichtlich verwandt mit dem Wortbild vom „stahlharten Gehäuse". Die syndikalistische Romantik des Generalstreiks gilt ihm als Beispiel für die moderne Suche nach weltlichen Surrogaten für die verlorengegangene „Brüderlichkeitsethik", die das ältere Christentum ebenso verkörperte wie auch noch der vorbürgerliche Kapitalismus, dessen Arbeitsethik wesentlich auf Verbrüderungen beruhte.

Eine erfolgreiche und anhaltende Wiederkehr brüderlichkeitsethischer Sozialbewegungen hält Weber „unter den technischen und sozialen Bedingungen" der kapitalistischen Gesellschaft für ausgeschlossen. Unabhängig von objektiven Erfolgsaussichten rechnet er jedoch damit, daß auch die „unpolitische Brüderlichkeitsethik" immer wieder „emporschießen" und spezifische politische Wirkungen erzielen wird (neue soziale Bewegungen?). Obwohl Weber das sozialrevolutionäre Projekt einer Produzenten-Demokratie auf der Basis freier, geschwisterlicher Assoziationen für undurchführbar hält, zollt er dessen Anhängern, ähnlich wie den Tolstoischen Pazifisten, einen gewissen Respekt. Er zeigt sich verschiedentlich beeindruckt vom Pathos der Solidarität und der syndikalistischen „Kameradschaft" innerhalb der Arbeiterbewegung. In Analogie zur protestantischen Ethik und zum unternehmerischen Pioniergeist kann man sogar von einem ethischen Geist des Antikapitalismus sprechen, der, solange er von Arbeitern und nicht von „Literaten" getragen wird, eine nicht unerhebliche Rolle in Webers politischer Kritik spielt.

Neben der moralistischen identifiziert Weber eine rationalistische Variante des antikapitalistischen Geistes, verkörpert z.B. in der Sozialdemokratie Karl Kautskys. Während die Moralisten primär die autoritären Verhältnisse innerhalb der Fabrik (und anderer Institutionen) kritisieren, attackieren die klassischen Sozialisten die konkurrentielle „Anarchie der Produktion", also die spezifisch marktwirtschaftlichen Außenbeziehungen der kapitalistischen Betriebe. Diese marktförmigen Außenbeziehungen sollen durch kollektiv geplante ersetzt werden, wobei man davon ausgeht, daß der Kapitalismus einer Planwirtschaft dadurch in die Hände spielt, daß er Kapital und Produktion immer stärker konzentriert und die Kontrollbefugnisse von den Eigentümern auf gehaltsabhängige Manager überträgt. Die Kritik am objektivistischen Gesellschaftsbild und der schalen Revolutionsrhetorik rationalistischer Sozialisten rückt Weber in mancher Hinsicht in die Nähe Eduard Bernsteins und des sozialdemokratischen Revisionismus. Auch bei den Revisionisten irritiert ihn allerdings die Ansicht, „daß im Wege einer allmählichen Evolutionierung, also der allgemeinen Durchkartellierung, Standardisierung und Verbeamtung" der Wirtschaft ein Sozialismus vorbereitet werde, der das Los der Arbeiter tatsächlich verbessere und universalistische Ideale verwirkliche.

Der Hauptvorwurf an die Adresse der zeitgenössischen Sozialisten lautet, zusammengefaßt, daß sie es vermieden, „vor ihren eigenen Anhängern Farbe zu bekennen." Weber hält es für redlicherweise vorhersehbar, daß jede sozialrevolutionäre Moralisierung der bürgerlichen Gesellschaft zu „wirtschaftlich reaktionären Folgen" führen muß. Alle Formen des Sozialismus, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des jeweiligen Landes erhalten möchten und auf eine allmähliche und friedliche Ausschaltung der Marktwirtschaft setzen, führen dagegen zu politisch reaktionären Folgen, nämlich zur Alleinherrschaft staatlicher und parastaatlicher Bürokratien mit entsprechenden Konsequenzen für den Status der Bürger, die rechtlos würden wie einst „die Fellachen im altägyptischen Staat". Der Kapitalismus selbst treibt freiheitswidrige Tendenzen aus sich hervor, und der rationalistische Sozialismus verstärkt diese Tendenzen.

Die schärfste, paradox anmutende Pointe von Webers Sozialismuskritik ist also, daß es sich in Wahrheit garnicht um ein oppositionelles Projekt handele, weil der Sozialismus nichts gegen die dominante soziale Tendenz der Bürokratisierung des Lebens ausrichte. Weber ist auf der Suche nach charakterbildenden Instanzen und Wertsphären, die der „Zunahme der zwangsmäßigen Schematisierung der Lebensführung" widerstehen können. Antikörper gegen die bürokratische Mentalität! Das Paradox besteht darin, daß diejenigen Sozialisten, die zu einer solchen „Impfung" beitragen, alles mögliche verwirklichen, nur nicht den von ihnen imaginierten Sozialismus, während jene, die sich an einem rationalen, also machbaren Sozialismus orientieren, die bürokratische Unterwerfung der Bürger komplett machen.

Während Weber zentrale Merkmale sozialistischer Bewegungen und Systeme vorhersieht, lädt das Ende des Staatssozialismus, das begleitet wird von Krisenzuständen auch innerhalb westlicher Sozialdemokratien, zu einer Überprüfung seiner Kritik ein. Weber hat richtig gesehen, daß der Angriff auf „Kapitalismus" und/oder „Parlamentarismus" die Streuung und die Balance bisher

Kein oppositionelles Projekt

getrennter wirtschaftlicher und politischer Bürokratien aufhebt, nicht jedoch die bürokratische Herrschaft selbst. Diese realisiere nämlich „eine praktisch so gut wie unzerbrechliche Form der Herrschaftsbeziehungen". Das unerwartet frühe Hinscheiden des Realsozialismus zeigt nun aber, daß die Annahme einer Hyperstabilität und gleichsam unbegrenzten Haltbarkeit bürokratischer Herrschaftssysteme fragwürdig ist. Bürgerferne Bürokratien müssen sich oftmals gegen selbstproduzierte externe Turbulenzen und Widerstände durchsetzen. Zugleich sind sie anfällig für interne Korrosionserscheinungen und für ein Auseinandertreten von „Rationalität" und „Effizienz".

Kurz: Weber hat die Brüchigkeit und die Risiken des Leerlaufs angesichts hyperstabiler Herrschaftsgebilde unterschätzt. Die geschichtspessimistisch überzogene Bürokratisierungsthese hat ihn dazu verleitet, die Fähigkeit des Kapitalismus zur Selbstrevolutionierung und zur Herausbildung neuer Produktions- und Organisationsmethoden zu vernachlässigen. Ironischerweise ist es gerade diese Fehleinschätzung der Regenerationskraft des Kapitalismus, die Weber mit seinen sozialistischen Zeitgenossen teilt. Wenn man erstmal auf der Höhe Webers angelangt ist, kann man also sehr wohl einen Schritt über ihn hinaus machen. ■

Eine ausführliche Fassung dieses Beitrags erscheint in der „Zeitschrift für Politik". Dort finden sich auch Nachweise von Zitaten und Literaturhinweise.

Auf Burg Lauenstein, Max Weber, rechts hinter ihm Ernst Toller.

PETER KARRER

Allah ist mit den Ungerechten

Pakistan und die neue Weltordnung

Allah ist nicht immer auf seiten der Rechtgläubigen — jedenfalls nicht in Pakistan. Kismet? Warum das so ist, beschreibt Peter Karrer in seiner ironisch distanzierten Schilderung der diversen innenpolitischen und regionalen Konflikte Pakistans sowie seiner gespannten Situation zum Nachbar Indien.

Bekanntlich sind die Ratschlüsse der Götter unerforschlich und Allah macht in dieser Hinsicht, so scheint es wenigstens, keine Ausnahme. Denn anders nämlich läßt sich nicht erklären, daß Pakistan — das Land, in dem die Reinen und Rechtgläubigen das Sagen haben und damit eigentlich auch Allah — in letzter Zeit so schlecht behandelt wird. Selbst die kürzliche Wiedereinführung einiger, dem islamischen Recht entsprechender Maßnahmen — der Shariah —, so etwa das Zinsverbot, haben, so scheints, nichts genützt: Allah ist den Pakistanis gegenwärtig nicht sonderlich gewogen.

Dabei hatte sich eigentlich alles ziemlich gut angelassen: das langgediente Reich des Bösen — die Sowjetunion — ist Anfang dieses Jahres endgültig in der Versenkung verschwunden und gleichzeitig durften — endlich, endlich! — die jahrzehntelang geknechteten moslemischen Brüder, die unter der sozialistischen Knute geächzt hatten, wieder frei aufatmen und sich in eigenen Staaten offen zu ihrem Glauben bekennen. Bei den vom Joch des irakischen Bösewichts Saddam Hussein befreiten Kuwaitis meinte man einen dicken Stein im Brett zu haben, denn schließlich hatte man geholfen bei der Befreiung, auch wenn das pakistanische Kontingent ziemlich mickig war und nur zum Schutz der heiligen Stätten in Mekka und Medina entsandt wurde, doch immerhin! Und sogar einer der Dauerbrenner in der Region, nämlich der Afghanistan-Konflikt, schien sich, nachdem die aus dem damals noch existierenden Reich des Bösen einmarschierte Rote Armee unter Schimpf und Schande ihre Beute wieder hatte hergeben müssen, in Wohlgefallen aufzulösen — sprich: in der Etablierung einer moslemischen Regierung. Es passierte sogar etwas, wovon man in Pakistan jahrzehntelang nicht zu träumen gewagt hätte: das pakistanisch-indische Dauergerangel um Kashmir — weswegen man schon drei Kriege miteinander geführt hatte — wurde wieder zu einem Thema, das internationale Aufmerksamkeit erlangte.

Die Namen Gottes und Muhammeds.

▶ Das „Ärgernis" Indien ◀

Aber offenbar hat Allah in seiner Unerforschlichkeit beschlossen, Pakistan gegenwärtig einer ausführlichen Prüfung in Sachen Glaubensfestigkeit zu unterwerfen. Die neuen moslemischen Republiken Zentralasiens, die sich nach dem Zerfall der Sowjetunion gebildet haben, orientieren sich — trotz heftigen Werbens von seiten Pakistans — lieber in Richtung Iran oder gar, fast schlimmer noch, hin zur laizistischen Türkei — anstatt zum Land der „Reinen". Damit gehen auch die Aussichten Pakistans, auf vergleichsweise einfachem Wege in den Besitz einer „islamischen" Atombombe zu gelangen, ziemlich gegen Null und so sieht sich das pakistanische Militär zu seinem Bedauern gezwungen, mit eigenen — d.h. überall auf der Welt zusammengesuchten — Mitteln an der Bombe zu basteln. Dabei hätte es so gut gepaßt, den Indern nicht nur mit der Verlautbarung zu drohen, man habe die Mittel, um Atombomben zu bauen, sondern auch damit, daß man sie tatsächlich hat.

Überhaupt, Indien: die reichen Kuwaitis überlassen die devisenbringenden Aufräumarbeiten ihres kriegszerstörten und ölverschmierten Landes auch lieber den kuh- und götzenverehrenden Indern anstatt die heißbegehrten Jobs ihren pakistanischen Glaubensbrüdern und heldenhaften Verteidigern der Ka'aba zuzuschanzen. Darüber hinaus noch scheinen die Kuwaitis nicht nur eine Verbesserung ihrer Handelsbeziehungen mit Indien anzustreben, sondern zeigen sich auch sonst bemüht, den Indern nicht auf die Füße zu treten: der Kashmir-Konflikt müsse, so der kuwaitische Außenminister kürzlich in Dehli, zwischen Indien und Pakistan geregelt werden, Kuwait wolle sich nicht weiter einmischen.

Bis vor kurzem konnte man sich im Kachmir-Konflikt des internationalen Bei-

standes — wenn auch nur verbal — sicher sein, weil die von der indischen Armee in Kaschmir verübten Brutalitäten gar zu dreist geworden waren.

Weder law noch order

Der von Hindu-Fanatikern im Januar angezettelte ,,Eka Yatra''-Marsch nach Srinagar, der Hauptstadt Kaschmirs, der aller Welt beweisen sollte, das Kaschmir zu Indien gehört und in einem veritablen Desaster endete — der Führer der radikalen Hindus konnte die indische Fahne nur unter massiven Polizei- und Militärschutz in Srinagar hissen, wurde aber trotzdem von der absolut nicht erbauten Bevölkerung mit Steinen beworfen —, hatte sicherlich ebenfalls dazu beigetragen, den indischen Standpunkt in dieser Angelegenheit international zu diskreditieren. Doch nun, nachdem sich die militanten Kämpfer für die Freiheit Kaschmirs Anfang Februar 1992 von Pakistan aus auf ihren selbstmörderischen Marsch begeben hatten — gewissermaßen als Gegendemonstration zur fundamentalistischen Hindu ,,Eka Yatra'' —, um die von UN-Truppen kontrollierte Waffenstillstandslinie zwischen dem indischen und dem pakistanischen Teil Kaschmirs zu überschreiten, droht sich das Blatt in dieser Auseinandersetzung wieder zu wenden.

Die oben erwähnte Verlautbarung des kuwaitischen Außenministers dürfte nur der Anfang gewesen sein, denn schon hat die ,,Jammu and Kashmir Liberation Front'' (JKLF) für Ende März eine Neuauflage des Marsches angekündigt, nachdem die letzte von den pakistanischen Sicherheitskräften gerade noch mit Mühe und Not und unter kräftiger Mithilfe der Wetterbedingungen kurz vor der Waffenstillstandslinie gestoppt werden konnte. Dabei haben die Aktivisten der JKLF eigentlich nur die seit Jahren in der pakistanischen Öffentlichkeit in Sachen Kaschmir gepflegte Verbalradikalität beim Wort genommen — kaum ein Tag, an dem nicht in der Presse oder den elektronischen Medien eine Meldung über das Leiden der Kashmiris unter der Herrschaft der indischen Besatzer — so die offizielle pakistanische Terminologie — zu finden ist, verbunden mit dem stets gleichen Aufruf, dieser Unterdrückung endlich mit aller Macht ein Ende zu bereiten. Immerhin haben die Marschierer der JKLF eins zustande gebracht, was bisher trotz aller offiziellen Bemühungen nur sehr rudimentär gelungen ist, nämlich eine engere Zusammenarbeit der pakistanischen und indischen Sicherheitskräfte, denn suspekt sind sie beiden Lagern.

Politischer Kampf um Kaschmir

Die Aktivisten der JKLF fordern ein freies, sowohl von Indien als auch von Pakistan unabhängiges Kaschmir unter Einschluß von ,,Azad Jammu and Kashmir'', dem pakistanischen Teil. Diese Forderung bringt keineswegs nur die Inder in eine mißliche Lage, sondern auch die Pakistanis. Diese sehen sich seit jeher als Anwälte der unterdrückten Kashmiris, verweigern aber gleichzeitig den sogenannten ,,Northern Areas'', den Provinzstatus und damit gleichzeitig die politische Mitbestimmung im Innern weitestgehend und zwar mit dem Hinweis, daß Indien zuvor in Kaschmir ein Referendum gemäß dem 1974 in Shimla getroffenen Abkommen erlauben müsse, mit dem sowohl über das Schicksal Kaschmirs als auch der Bevölkerung im Karakorum entschieden werde und was — so jedenfalls die Wunschvorstellung pakistanischer Offizieller — auf die Bildung einer neuen, zu Pakistan gehörenden Provinz hinauslaufen würde. Daß die aus vielfältigen Ethnien bestehende Bevölkerung des Karakorums aus guten Gründen nicht viel von den Kashmiris hält, selbst unter britischer Herrschaft plünderten Kashmiri-Maharajas wiederholt das Wenige, was in den bergigen Regionen zu holen ist, zählt bei dieser Art von Faustpfand-Politik offenbar nicht. Die Forderung der JKLF mag daher auf zunehmende Sympathie bei den Kashmiris stoßen, sie beglückt aber weder die Inder noch die Pakistanis und der Bevölkerung des Karakorums ist es sowieso egal, was in Kaschmir passiert, Hauptsache, sie werden von dort nicht in irgendeiner Art und Weise vereinnahmt.

Schmuggler an die Macht!

Nicht viel besser sieht es in den Grenzregionen zu Afghanistan, der sogenannten ,,North Western Frontier Province'' (NWFP) und Baluchistan aus. Nicht nur, daß die dort angesiedelten afghanischen Flüchtlinge mittlerweile große Teile des regionalen Wirtschaftslebens kontrollieren, auch die politische Herschaft Pakistans ist in umfangreichen Gebieten der NWFP und Baluchistans höchstens als nominell zu bezeichnen. Kurz hinter Peschawar beginnt im alten Stammesgebiet der Pathanen die Herrschaft der sogenannten ,,Kalaschnikow-Culture'' und in Baluchistan dürfte bestenfalls die Hauptstadt Quetta fest in pakistanischer Hand sein. Die pakistanische Staatsmacht existiert in diesen Gebieten — wenn überhaupt — nur auf den wenigen vorhandenen Straßen und vielleicht noch auf einem Streifen von je zehn Metern rechts und links davon — und das auch nur tagsüber. Ansonsten werden weite Gebiete der NWFP sowie der größte Teil des sowieso ziemlich unwirtlichen Baluchistans von zahlreichen stockkonservativen islamischen Pathanen-Clans kontrolliert, die sich vermutlich nur deswegen bisher noch nicht zu einer Forderung nach einem eigenen Staat haben zusammenraufen können — die sie aller Wahrscheinlichkeit mit Leichtigkeit durchsetzen könnten —, weil sie unter sich ständig in lebhaften Blutfehden verwickelt sind.

Allerdings spielen diese im Grenzgebiet zwischen Afghanistan und Pakistan lebenden Pathanen nicht nur im regionalen, sondern auch im allgemeinen pakistanischen Wirtschaftsleben eine nicht unerhebliche Rolle: die schicken Läden in Islamabad oder Lahore könnten ihren verwöhnten Kunden aus der pakistanischen Oberschicht und aus der diplomatischen Gemeinde wohl kaum ein solches breitgefächertes Warenangebot bieten, wären da nicht die wahrhaft begabten Pathanen-Schmuggler, die offenbar alles herbeizuschaffen in der Lage sind — Staubsauger, Haarshampoo, Boden-Luft-Raketen, Badewannen und natürlich auch, wie es scheint, jede nur gewünschte Menge Haschisch und Heroin. Daß an diesem Handel nicht nur die Pathanen, sondern auch so manch ein pakistanischer Politiker gut verdient — ganz zu schweigen von subalternen Beamten, die schließlich vor Ort ein Auge zudrücken müssen —, steht außer Frage. Pakistan ist inzwischen dabei, einen der ersten Ränge im internationalen Rauschgiftgeschäft einzunehmen. Immerhin aber ist auf die pathanischen Stämme insofern Verlaß, als durch sie eine gewisse Stabilität, in den von ihnen kontrollierten Gebieten gewährleistet ist, wenn auch keinesfalls im Sinne pakistanischer Gesetze oder gar im Sinne von nationaler Integrität.

Der Sindh: eine abtrünnige Provinz?

Ganz finster aber sieht es in der südlichsten Provinz des Landes, dem *Sindh*, aus. Nicht

Bandenvergewaltigungen an Töchtern sind, besonders in der pakistanischen Region Sindh, an der Tagesordnung.

DAS **FORUM**
IST **DIE ZEITSCHRIFT**
DES BUNDESKONGRESSES
ENTWICKLUNGSPOLITISCHER
AKTIONSGRUPPEN

Unsere Schwerpunktthemen:
153 Manney-Mythos
Feministische Ökonomie
154/5 500 Jahre Kolonialismus
156 Nationale Befreiung?
157 Asyldebatte und
Nationale Befreiung?
158 Linker Rassismus
159 Solidaritätsbewegung
- wohin?
160 Hilfe zur Selbsthilfe
-am Beispiel
Entwicklungshilfe-

Normalabo 40,-DM pro Jahr, Institutionen 55,-DM
Probeabo - 3x Forum 10,-DM, Geld beilegen.

Bestelladresse:
Redaktion FORUM
Buchtstr. 14/15
2800 Bremen 1

nur, daß sich die Regierung des Sindh — die de facto bestenfalls die Region um die Millionenstadt Karatschi kontrolliert — meist einen Dreck um die Beschlüsse der in Islamabad sitzenden Zentralregierung schert. Auch ansonsten gilt die pakistanische Staatsmacht in dieser Region nicht viel. Wo auf dem ,,platten Land'' nicht die alten Feudalherren das Sagen haben, regieren Banditenbanden und nicht selten dürften die einen mit den anderen Hand in Hand arbeiten. ,,Banden''-Vergewaltigungen, Entführungen und Fememorde sind in dieser Region an der Tagesordnung: erst kürzlich ließ ein berühmter *Dacoit* — so die Lokalbezeichnung für Bandit — verkünden, er könne jederzeit Jam Sadiq, den Ministerpräsidenten des Sindh entführen, wenn er nur wolle. Das Gesetz darf man als eine kleine Kabbelei unter ansonsten durchaus seelenverwandten ,,Ehrenmännern'' ansehen, hatte doch besagter Ministerpräsident kurz vorher verkündet, der notorische Gangster sei in einer veritablen Straßenschlacht zwischen Polizei und Banditenhorde ums Leben gekommen. Da es die Polizei unterließ — wie ansonsten üblich — ein Foto der kugeldurchsiebten Leiche des Dacoits zu veröffentlichen, wurde dieser Meldung von vornherein nicht besondern viel Wert beigelegt und so hatte man schon halbwegs erwarten dürfen, daß sich die ,,Leiche'' mit einer gleichwertigen Ankündigung wieder zu Wort melden würde.

Jam Sadiq genießt zudem in Pakistan den in der Tat wohl gerechtfertigten Ruf eines skrupellosen Machtpolitikers und mehr als einmal hat die von Benazir Bhutto geführte Oppositionspartei seinen Rücktritt gefordert. Eine Forderung, der die amtierende Regierung unter dem Premierminister Nawaz Sharif vermutlich liebend gerne nachkommen würde, hätte sie die Mittel dazu in der Hand. Gegenwärtig jedenfalls sucht man von seiten der Zentralregierung eine schwerere Erkrankung Jam Sadiqs zu nutzen, um zumindest eine gewisse Schwächung seiner Position zu erreichen. Ob allerdings der Kommission, die im Auftrag der Zentralregierung im Sindh die Geschäfte führen soll, Erfolg beschieden sein wird, ist ziemlich unwahrscheinlich. Zumal da auch noch eine Gerichtsverhandlung in Sachen Bandenvergewaltigung der Tochter eines prominenten Mitstreiters des ,,Vater des Vaterlandes'' — Muhammad Ali Jinnah — anhängig ist, die, falls sie nicht vorher abgewürgt wird, mit Sicherheit für mehr als einen prominenten pakistanischen Politiker zum Stolperstein werden dürfte.

Solche Massenvergewaltigungen sind insbesondere im Sindh aber auch anderweitig in Pakistan ein beliebtes Mittel, um Politik zu betreiben und politische Widersacher auszuschalten, denn schließlich hängt die Ehre zumindest des männlichen Teils des Clans daran, daß die Töchter unversehrt bleiben. Es ist gewiß nicht übertrieben zu behaupten, daß der Sindh sich gegenwärtig mehr und mehr zu einem Eldorado für Banditen aller Couleur entwickelt — solche, die lediglich auf ,,private''' Rechnung plündern, solche, die im Auftrag der immer noch mächtigen Großgrundbesitzer handeln und solche, die ,,nur'' politisch ein wenig mitmischen wollen. Aufforderungen von seiten der Islamabader Zentralregierung, hier endlich einmal hart durchzugreifen, haben Jam Sadiq und seine Getreuen schon mehr als einmal mit der Drohung hintertrieben, daß sich die Provinz auch durchaus von der pakistanischen Zentralregierung unabhängig machen könnte. Eine Drohung, die bisher noch immer die gewünschte Wirkung erzielte und den Sindh noch heute zu einer Region macht, wo anderweitig längst abgeschaffte Feudalstrukturen fröhliche Urständ feiern. Aber eigentlich sollte man meinen, daß Allah über solche Kleinigkeiten ruhig mal hinweggucken könnte, denn anderweitig — bei den indischen Kuhanbetern und Steinewaschern beispielsweise — sieht es im Innern auch nicht besser aus. Alle möglichen Sezessionsbewegungen versuchen sich dort Gehör und Platz zu schaffen, zumindest eine davon, nämlich die zur Befreiung Kaschmirs, wird von Pakistan direkt unterstützt — d.h. mit Waffen und Ausbildungsmöglichkeiten. Andere, wie die Bodos in Assam oder die Sikhs im Punjab werden mit kaum verhohlener Sympathie und einem stets bereiten Zeigefinder betrachtet, um die Weltöffentlichkeit jederzeit auf die Unmenschlichkeit des indischen Erzfeindes aufmerksam machen zu können. Auch daß die Inder seit dem Zerfall der Sowjetunion noch mehr Probleme mit ihrer nationalen Integrität als vorher haben, wird in Pakistan ganz sicher nicht bedauert. Weniger enthusiastisch aber wird wohl die daraus entstehende Konsequenz begrüßt werden, daß, sollte der indische Staat tatsächlich kollabieren, die Tage Pakistans dann ebenfalls gezählt sein dürften. Die militanten Sikhs melden heute schon — ebenso wie die militanten Kashmiris für ,,ihre'' Gebiete — Ansprüche auf weite Teile des pakistanischen Teils des Punjabs an, um dort dereinst ihr unabhängiges Khalistan zu gründen.

Aber bevor es soweit kommt, wird Allah sicherlich ein Erbarmen mit den Pakistanis haben und dem Militär, das in Pakistan im Zweifelsfall ja immer recht hat, eine schöne funkelnagelneue islamische Atombombe schenken. Vor kurzem hat man sie ja schon bewundern dürfen, die natürlich zuallererst Indien zugedachte ,,islamic bomb'' nämlich anläßlich einer Solidaritätsdemonstration für die Kashmiris in Rawalpindi. ,,With Love to India'' hatten die Demonstranten draufgeschrieben — warum auch soll man hinter dem Humor anderer Großmächte zurückfallen? Noch aber war es nur eine Attrappe, doch der Tag wird kommen, da Allah wieder mit den Gerechten sein wird. Dann, das steht jetzt schon fest, werden die Ungerechten vor Pakistan erzittern. ■

TERRE DES FEMMES

Frauen werden überall auf der Welt in ihren Menschenrechten verletzt:
um ihre Freiheit durch Vorschriften, Tabus, Schleier und die guten Sitten
um ihre Entwicklung durch Benachteiligung in Ausbildung und Beruf
um ihre Individualität durch Erziehung zur Unmündigkeit und Unterwerfung
um ihre körperliche Integrität durch die Verstümmelung der Geschlechtsorgane
um ihre Würde durch die Darstellungen in den Medien.
Wir arbeiten dagegen.
Unterstützen Sie uns durch Ihre Mitarbeit, Spende oder Fördermitgliedschaft.
Postgiro Hamburg
Kontonummer 15 10 60 - 204
BLZ 200 100 20
Spenden sind steuerlich absetzbar.
Nähere Informationen bei:

TERRE DES FEMMES e.V.,
Menschenrechte für die Frau
Postf. 2531, 7400 Tübingen
Telefon 070 71/ 242 89

HANS FÜCHTNER

Lateinamerikas „zweite Emanzipation“

Oder unsere erste allgemeine Verunsicherung?

In der Januar-*links* (Nr. 260/92) publizierten wir Heinz Dieterichs Beitrag über „Lateinamerikas zweite Emanzipation — Tendenzen der Neuen Weltordnung“. Der optimistische revolutionäre Impetus seines Beitrages sowie der alte Anti-Imperialismusbegriff, auf den er rekrutiert, stieß auch auf kritische Gegenstimmen. Hans Füchtner, selbst Brasilien-Spezialist, schreibt jetzt eine Replik auf Dieterich, in der er illusionslos die politische und soziale Wirklichkeit Brasiliens zu charakterisieren versucht.

Was sich gegenwärtig in Lateinamerika abspielt, ist schlimm. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die letzten zehn/zwölf Jahre entwicklungspolitisch und sozial einen katastrophalen Verlauf genommen haben. Hätte es nicht in einigen Ländern nach Jahren der Diktatur auch eine Rückkehr zu formaldemokratischen Verhältnissen gegeben, ließe sich nichts Erfreuliches von Bedeutung feststellen. Mit diesem Sachverhalt umzugehen, scheint auch wissenschaftlichen Beobachtern Schwierigkeiten zu bereiten. Ich will dies am Beispiel Brasiliens kurz illustrieren, da ich mich selbst schon seit mehr als 25 Jahren für Brasilien interessiere, Brasilien quasi ein Kontinent im südamerikanischen Kontinent ist und ich schon oft feststellen mußte, daß allgemeine Aussagen über ganz Lateinamerika entweder falsch sind oder so abstrakt, daß sie für das Verständnis aktueller Ereignisse wenig nützen.

Zu den Konstanten in vielen sozialwissenschaftlichen Arbeiten, in denen die sozialen und politischen Probleme überhaupt berücksichtigt werden, gehört seit vielen Jahren die optimistische Auffassung, daß Brasilien als Land der Zukunft gesehen wird, als erwachender Riese, als ein Land, das zwar mit erheblichen Problemen zu kämpfen hat, diese aber doch irgendwann überwinden wird, weil es im Grunde die typischen Probleme eines Entwicklungslandes sind, das sich zum hochindustrialisierten Land entwickelt.

Vor allem in brasilianischen sozialwissenschaftlichen Veröffentlichungen findet sich ebenfalls seit Jahren auch eine andere, nicht weniger optimistische Variante der Beurteilung von Brasiliens Zukunft, die man „naiv-marxistisch“ nennen könnte. Im Anschluß an eine Darlegung von Grundlagen marxistischer Theorie, der Zusammenhänge zwischen Imperialismus, kapitalistischer Ausbeutung, Entfremdung, Klassenverhältnisse u.a. werden die zur Debatte stehenden Probleme dann im Lichte der skizzierten theoretischen Orientierung diskutiert. Zum Schluß ist dann klar, daß eine revolutionäre Veränderung der Verhältnisse nötig wäre und daß eine solche eigentlich auch gar nicht zu vermeiden wäre, hätten bereits alle Unterdrückten die Probleme so durchschaut, wie es der/die Autor(in) tut. Die bessere Zukunft ist somit nur eine Frage der Zeit und der Aufklärung.

In manchen anderen wissenschaftlichen

Wahlkampf der PT in Brasilien.

Publikationen über Brasilien, mir fallen dazu besonders deutsche ein, findet sich eine weitere Variante des Bewahrens von Hoffnung. Es sind durchaus fortschrittliche, kritische Arbeiten guter Qualität, die auf genauen Kenntnissen der Probleme beruhen. Soweit sie Tatsachen feststellen, enthalten diese Veröffentlichungen dementsprechend keine sehr erfreulichen Informationen. Besonders da, wo soziale Probleme der Massen der armen Bevölkerung beschrieben werden, die Politik der Herrschenden und die üblen Mechanismen, mit deren Hilfe diese und wir aus den sozioökonomischen und politischen Gegebenheiten Kapital schlagen, wirkt das Bild unvermeidlich niederschmetternd. In solchen Arbeiten kommt der Optimismus dann aber darin zum Ausdruck, daß spätestens am Schluß danach gefragt wird, ob nicht irgendwelche Tendenzen und Kräfte erkennbar sind, die die notwendigen Veränderungen bewirken könnten.

Die Frage stellen, heißt sie bejahen und so enden solche Publikationen mit einigen

Unbegründeter Optimismus

Ausführungen, die zu Hoffnung Anlaß geben. Gerade auch deswegen ist die zynische Kritik an Bestandsaufnahmen dieser Art, es handle sich um „science affliction", nicht zutreffend. Letzteres wären ohnehin pessimistisch-düstere Schilderungen von Zuständen, die so schlimm eigentlich gar nicht sind. Ob davon gegenwärtig überhaupt die Rede sein kann, mag dahingestellt bleiben. Was sich jedenfalls gerade nicht findet, sind realistische sozialwissenschaftliche Diagnosen, die sich damit begnügen, daß die beschriebenen Verhältnisse insofern tatsächliche trostlos sind, als es derzeit keinen triftigen Grund zur Annahme gibt, daß es in absehbarer Zeit irgendjemandem gelingen könnte, etwas wesentliches zu verändern.

Vielleicht täusche ich mich und urteile vorschnell, da ich mich nur auf den Artikel von Heinz Dieterich über „Lateinamerikas zweite Emanzipation" im Januarheft von „Links" beziehen kann und die Literatur zum Thema nicht kenne, auf die am Ende des Artikels hingewiesen wird, aber ich habe den Eindruck, es handle sich hier um eine weitere Variante des unbegründeten Optimismus, um den es mir hier geht, die mehrere Mängel miteinander vereint.

Um nicht mißverstanden zu werden, will ich meiner Kritik daran vorausschicken, daß ich nicht in Frage stelle, daß es auch heute noch so etwas wie Imperialismus gibt und was die Ausrottung der Indianer angeht, könnte ich mich auch darauf einlassen, von einer fünfhundertjährigen Tradition zu sprechen. Ansonsten erinnert mich dieser Artikel aber auch daran, daß sehr unterschiedliche Ursachen zu vergleichbaren Wahrnehmungsschwierigkeiten führen können. In der geistigen Nacht z.B. derer, die von Entwicklungsproblemen und deren Überwindung durch Entwicklungshilfe faseln, sind alle Katzen grau, aber auch da, wo im Licht durchaus zutreffender Erkenntnisse über Abhängigkeit und Unterdrückung beobachtet wird, kann es mit der Wahrnehmung schwierig werden, nämlich dann, wenn das Licht zu grell ist und alle Konturen verflimmern.

Stilisierung zum 500jährigen Reich

In Bezug auf ganz Lateinamerika von einem „fünfhundertjährigen Reich" zu sprechen, erscheint mir, was das Verständnis von Entwicklungen und aktuellen Problemen anbelangt nicht ergiebiger zu sein, als wenn man von der fünfhundertjährigen Ausbeutung des germanischen Arbeiters spräche und damit z.B. Werftarbeiterstreiks der Gegenwart in ihrer aktuellen politischen Bedeutung einschätzen wollte. Wenn man das, was im Laufe der Zeit zu dem geworden ist, was wir Lateinamerika nennen, zu einem „fünfhundertjährigen Reich" stilisiert, führt von dieser Abstraktion kein Weg mehr zurück zu realen, historisch-konkreten, inhaltlichen Bestimmungen, die die Entwicklung ausmachen und die wesentlichen Verschiedenheiten in der Einheit. Eine solche Abstraktion hat nichts „Verständiges" mehr im Marxschen Sinne an sich.

Das „Machtzentrum" dieses kontinentalen Herrschaftszentrums „lag früher in Madrid, heute ist es Washington" schreibt Dieterich. Das wird die Brasilianer wundern, denn für die war, abgesehen von der Zeit der Personalunion Portugals mit Spanien (1580 - 1640), Lissabon das Machtzentrum und danach bis ins 20. Jahrhundert London, bevor von Washington die Rede sein konnte. In einer solch verkürzten Sicht sind bloß Verschiebungen des Machtzentrums, was für die Großmacht Portugal den Abstieg zum „Armenhaus" Westeuropas bedeutete. In dieser Vorstellung von einer vielhundertjährigen Herrschaft über „die größte Machtagglomeration der Geschichte" klingen Allmachtsphantasien an. Diese erweisen sich später als projektiven Charakters, denn sie führen nicht zu den skeptischen Einschätzungen über mögliche Veränderungen, die angesichts einer solch dauerhaften Machtkonzentration zu erwarten wären, auch nicht zu optimistischen Einschätzungen auf der Grundlage des Nachweises neuer, unlösbarer Systemprobleme, -widersprüche und Konflikte, sondern zu den alten Vorstellungen, „die beschleunigte Integration unserer Länder und die zunehmende Missere, die ihr auf dem Fuß folgt", lasse „treibhausmäßig" die „materiellen Integrationsbedingungen" und die „bewußtseinsmäßigen Voraussetzungen für ein kontinentales Befreiungsprojekt bolivianischer Dimension und (z.T.) Intention ‚heranreifen'. Und da gibt es dann auch wieder die alten Vorstellungen von den „neuen Avantgarden lateinamerikanischer Befreiung", die alles klug erkannt haben und die sich dieser Titanenaufgabe der „zweiten Emanzipation Lateinamerikas" annehmen, die ohnehin „untrennbar (mit) der Emanzipation der Gattung" verknüpft ist.

Da bin ich doch sehr froh, daß ich mit Dieterich wenigstens darin übereinstimmen kann, daß der brasilianische PT, die Partido dos Trabahadores (Arbeiterpartei) keine Avantgarde darstellt, und ich hoffe sehr, daß er auch weiterhin dem Entstehen von Gruppierungen, die sich für Avantgarden halten, entgegenwirkt und basisdemokratisch orientiert bleibt.

Wenn die schlimmen Jahre zwischen 1964 und 1985 in Brasilien politisch auch zu etwas gut waren, dann dazu, daß man einsah, daß es ein Irrtum war, zu glauben, das Massenelend habe als solches einen politischen Bildungswert und es bedürfe nur einer entschlossenen Avantgarde, um revolutionäre Veränderungen herbeizuführen.

In einer viele hundert Jahre übergreifenden Perspektive mag das ja nicht so interessant sein, aber in bezug auf die politischen Chancen fortschrittlicher Kräfte, wie den PT, wäre es sehr wichtig zu klären, wie es

WIDERSPRUCH
Beiträge zur sozialistischen Politik 21

Neuer Rassismus

Europa, Nationalstaat, Klassenrassismus; 'Ausländerin' und Geteilter Feminismus; Islam und Machismo; Jüdischer Antisemitismus? Ethnische Toleranz; Multikulturalismus und Antirassismus; Kulturrevolution von rechts? Neonazis und Bürgerblock; Armut und Fremdenhass; Antirassismus-Gesetze

E. Balibar, W. Elfferding, A. Kalpaka, S. Boos, B. Rothschild, J. Müller, H. Siegfried, H.U. Jost, J. Frischknecht, U. Mäder, B. Koprio, B. Leuthardt

Diskussion

Golfkrieg und Krise der neokolonialen Weltordnung: G. Hischier
Was heisst Zivilgesellschaft? H. Kleger
Zivilgesellschaft und Nation: G. Fülberth
Gramsci und die Religion: J. Rehmann

Rezensionen / Zeitschriftenschau

2. Auflage

11. Jg./Heft 21 – Juni 1991

208 Seiten, Fr. 15.--

WIDERSPRUCH
Beiträge zur sozialistischen Politik 22

Neo-Kolonialismus

1492 - 1992: Unterdrückung, Ausbeutung und Widerstand; Menschen- und Minderheitenrechte; Bilder Afrikas in Europa; Ökofeminismus, Frauen und Landrechte; Self-Reliance, Weltmarkt, IWF/Weltbank; Kapitalflucht, alternative Entwicklungspolitik

E.Dussel, G.Hauck, R.Kössler, H.Melber, Ch.P.Scherrer, G.Hischier, Ch.Radtke, E.Märke, C.Wacker, T.Locher, H.Furrer, Al Imfeld, Ch.Neugebauer, U.Hänsenberger, R.Strehle, C.Knöpfel

Diskussion

Moralische Vernunft und praktische Solidarität: M.Wicki
Angriff der neoliberalen Ordnungspolitik: H.Schäppi

Rezensionen / Zeitschriftenschau

11. Jg./Heft 22 – Dezember 1991

188 Seiten, Fr. 15.--
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, 8026 Zurich

möglich war, seit dem Ende der 70er Jahre die brasilianische Diktatur allmählich in eine formale Demokratie zu verwandeln, ohne daß die ökonomischen und sozialen Strukturen hätten angetastet werden müssen, obwohl dieser Prozeß der politischen Umwandlung gleichzeitig von einer unglaublichen Verschlechterung der Lebensbedingungen der Massen der armen Bevölkerung und zunehmend auch der Mittelklasse begleitet war. Das Elend hat neue, bisher unerhörte Formen angenommen, wie z.B. die Morde an Straßenkindern, der Verkauf von Körperteilen für Organtransplatationen, die wachsende Macht der Drogenmaffia usw..

Neue Formen des Elends

Gleichzeitig ist nicht zu erkennen, auf welche Weise die „Diktatur der Auslandsverschuldung“ gestürzt, wie Stagflation, Korruption, Nepotismus und Bürokratismus wirksam bekämpft werden könnten. Allenthalben ist eine dumpfe Wut auf die politische Klasse und eine immer stärkere Staatsverdrossenheit spürbar. Ein solches Ausmaß an Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit war noch nie da. So ist es leicht zu verstehen, daß immer mehr Menschen regelmäßig aus der Realität fliehen, sich irgendeiner der unzähligen Sekten anschließen oder, das gilt vor allem für die Mittelklasse — soweit sie sich nicht mit Fernsehen u.ä. betäubt, immer abstrusere Varianten von Aberglauben, Esoterik, asiatischen Psychotechniken usw. aufgreifen.

Und doch gibt es immer wieder welche, im PT und anderswo, die sich der Realitätsflucht verweigern, die ohne illusionäre Gewißheiten über künftige revolutionäre Veränderungen den unerträglichen Zustand ertragen, d.h. politisch nicht resignieren, ohne dabei die Gewißheit zu haben, daß das, was sie tun, auch wirklich etwas nützt und den erwünschten Veränderungen näherbringt. Symptomatisch für eine solche Einstellung scheint mir der Name zu sein, den sich in Sao Paulo eine neue Gruppierung gegeben hat, die sich in Anspielung auf die „Anonymen Alkoholiker“ ‘‘Anonyme Demokraten“ nennt.

Überleben durch Hartnäckigkeit

Die Verunsicherung auszuhalten, die mit dem Mangel an realistisch begründbaren Zukunftshoffnungen verbunden ist, fällt schwer. Wer keine Hoffnungen mehr hat, verzweifelt. Je schlechter man dran ist, desto schwieriger ist es, ohne Hoffnung auszukommen. Zu den größten Problemen fortschrittlicher brasilianischer Politiker gehört deswegen, daß es viel zu viel illusorische Hoffnungen gibt und Heilsbringern weiterhin mehr Gehör geschenkt wird als skeptischen Aufklärern. In der armen Bevölkerung findet sich allerdings auch eine Art von Zuversicht, die in einem brasilianischen Sprichwort ihren Ausdruck gefunden hat. Der Arme, so heißt es, überlebt aufgrund seiner Hartnäckigkeit (pobre vive de teimoso). Der realistische Kern dieser Art charakterlich begründeter Überlebungshoffnung läßt sich mit der alten Radfahrerweisheit erklären, die besagt, daß man nicht umfällt und auf der Strecke bleibt, solange man noch strampelt und das Rad sich bewegt.

Auf die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Lateinamerika bei uns bezogen, führen meine Überlegungen somit zu dem Schluß, daß es gut wäre, die Verunsicherung auszuhalten, die sich aus dem Kontrast zwischen den enormen Veränderungen der internationalen Beziehungen einerseits und der Dauerhaftigkeit der miesen Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse in Lateinamerika andererseits ergeben kann und in möglichst illusionslosen, d.h. genauen und differenzierten Analysen zu klären, wo sich tatsächlich neue Handlungsperspektiven eröffnen. Es ist noch längst nicht klar, welche Veränderungen sich im Verhältnis der USA bzw. der kapitalistischen Metropolen zu Lateinamerika aus dem Ende des Ost-West-Konflikts ergeben werden, ob sich z.B. alle Funktionen, die bisher der Antikommunismus erfüllt hat, auf die international organisierte Drogenbekämpfung unter der Führung der USA übertragen lassen, welche Auswirkungen die sich verschärfenden ökonomischen und sozialen Probleme der USA auf ihr Verhältnis zu Ländern Lateinamerikas haben können, was die Folgen davon sein könnten, wenn unsere Europamacher sich gründlich übernehmen oder welche Dimensionen der Streit zwischen den hochindustrialisierten Ländern und lateinamerikanischen Ländern über Fragen des Umweltschutzes, speziell der Zerstörung der Regenwälder, annehmen kann usw..

Vielleicht entscheidet sich das Problem der Befreiung der unterdrückten Massen in Lateinamerika und allgemein in der Dritten Welt gar nicht aufgrund von Veränderung dort, sondern von solchen in den kapitalistischen Metropolen. Wer heute schon vorgibt zu wissen, wo die Entscheidungen fallen werden, daß es Avantgarden sein werden, die einen Befreiungskampf anführen und wer zu diesen Avantgarden gerechnet werden muß, kann sich gar nicht auf auch nur halbwegs gesicherte wissenschaftliche Ergebnisse stützen. Angesichts der weitreichenden weltweiten Veränderungen sollte man auf illusorische Befreiungsrhetorik verzichten und sich damit begnügen einzugestehen, daß man noch nicht so recht weiß, wie sich alles weiter entwickeln wird. Das ist dann noch längst kein Grund zur Verzweiflung, denn, so haben wir gerade in der deutschen Geschichte wieder einmal gesehen: unverhofft kommt oft. ■

Eine ausführliche Darstellung brasilianischer Wirklichkeit enthält die neue Publikation Hans Füchtners: „Städtisches Massenelend in Brasilien“, im Brasilien-Kunde-Verlag, Aspekte der Brasilienkunde 12, Mettingen 1991, 337 Seiten.

Täternotizen II.

Alfredo Astiz, ein argentinischer Marineoffizier, bestreitet, selbst gefoltert zu haben. Bewiesen ist, daß er persönlich die Verhaftung einer großen Zahl von Menschen geleitet hat, die anschließend gefoltert wurden und von denen die meisten „verschwanden“.

Nach dem argentinischen Militärputsch von 1976 arbeitete Astiz im Folterzentrum ESMA (Mechanikerschule der Marine) in Buenos Aires. Überlebende Gefangene beschreiben ihn als redselig, nicht korrupt und als einen Mann, der die gefangenen Frauen nicht vergewaltigte. Am 26. Januar 1977 versuchte er, die argentinisch-schwedische Staatsbürgerin Dagmar Hagelin auf der Straße zu verhaften. Als Hagelin zu fliehen versuchte, schoß er ihr in den Kopf. Die Frau wurde in einen Wagen gezerrt und in die ESMA gebracht, wo sie einige Zeit querschnittsgelähmt lebte, bis auch sie zum Verschwinden gebracht wurde. Astiz soll sie um Verzeihung gebeten haben, da es sich um eine Personenverwechslung gehandelt habe. Später versuchte Astiz, als angeblicher Angehöriger eines „Verschwundenen“ die gegen Mord und Folter protestierenden „Mütter von der Plaza de Mayo“ zu infiltrieren. Militärische Auslandsmissionen führten ihn nach Südafrika und Frankreich.

Als die argentinische Diktatur versuchte, ihre schwächer werdende Position wettzumachen, ließ sie Astiz, der damals Leutnant war, mit 14 Soldaten die strategisch unbedeutende und militärisch nicht geschützten Falklandinseln erobern. Als Großbritannien Kriegsschiffe schickte, kapitulierte Astiz mit seiner Einheit, ohne einen Schuß abgegeben zu haben. Ein Foto, auf dem er auf der „Plymouth“ die Kapitulationsurkunde unterschrieb, ging um die Welt. Einige ehemalige Opfer erkannten ihn. Die schwedische und die französische Regierung forderten seine Auslieferung und er wurde als Kriegsgefangener nach London gebracht. Aber die britische Regierung hielt sich an die Genfer Konvention und entließ ihn nach dem Ende des Malwinen-Falklandkrieges nach Argentinien. 1985, nach dem Ende der Diktatur, mußte er sich vor einem Gericht in Buenos Aires wegen der Entführung Dagmar Hagelins verantworten. Von dieser Entführung habe er erst aus der Presse erfahren, sagte er aus. „Ein Soldat führt immer Befehle aus“, hatte er in einem früheren Verfahren der Militärgerichtsbarkeit geäußert. Er verließ den Gerichtssaal als freier Mann und blieb aktiver Offizier.

Literatur zu Astiz: Miguel Bonasso, Recuerdo de la muerte, Buenos Aires 1984. Tina Rosenberg: Children on Cain, New York 1991. Zur Repression in Argentinien: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg), Nie wieder, Weinheim und Basel 1987.

Fortsetzung von Seite 17.

hangen(?), die enorme Gelehrsamkeit des neunzehnten Jahrhunderts schreckt ab; zumal der Angelpunkt der Marxschen Zertrümmerungspraxis, die Kritik. Diese wetzt den bürgerlichen Wissenschaftsanspruch an sich selber. Die höchsten Kultformen der kapitalistischen Selbstdarstellung, die Kategorien der politischen Ökonomie, läßt er sich explizieren, aufeinanderprallen und in Widersprüche verwickeln, — nicht aus kritikastischer Schrulle, sondern gewissermaßen als revolutionärer Ästhet. Denn durch die Darstellung dieser naturgesetzlich verlaufenden ökonomischen Welt kritisiert er ihren Zustand: Waren- und Kapitalfetische, die Formen kapitalistischer Ausbeutung. Gegenstand der Kritik ist also eine nach bestimmten ökonomischen Gesetzmäßigkeiten verfaßte Welt. Die Naturhaftigkeit und Naturgesetzlichkeit dieser Gesellschaft greift Marx an, einen den Menschen auferlegten Determinismus. Die Wissenschaftswütigkeit, mit der Naturgesetzlichkeiten derart vorwalten, stellt er in den drei Bänden des ,,Kapital" dar; dies ist aber keine positive Darstellung, sondern eben die Kritik an diesem abstrakten und zugleich — im Alltag besehen — höchst konkreten Jammertal. So ist diese spezifische Form der Marxschen Kritik ein höchst sensibles Unternehmen. Zeitgenossen und spätere Freunde münzen hier freilich um und lassen die Gesetze auch noch für Fortschritt, Krisen und Zusammenbruch agieren. Das indessen der Materialismus/Naturalismus des neunzehnten Jahrhunderts, Häckel, Liebig oder Jacob Grimm — in diesem Zusammenhang ein unbescholtener Zeitgenosse, auch er bestimmt soziale Prozesse vermöge naturaler Kategorien — nicht aber der kritische Marx. Naturalistische Analogien kennezeichnen vielmehr das bürgerliche Selbstverständnis. Schon in der ,,Enzyklopädie" von Diderot und d'Alembert wird die Glorious Revolution (1688) als Ausdruck historischer Notwendigkeit gesehen.

Kurz, es bleibt dabei, wir sind immer noch nicht auf der Stufe der entfalteten Gattungkräfte, die uns etwa befähigen könnten, die Hegelsche Logik als die Ilias der bürgerlichen Gesellschaft zu deklamieren, oder ,,Das Kapital" als Lied uns vorzuträllern. Für Brecht kostete ein einigermaßen gescheiter Marxismus noch zwanzigtausend Goldmark. Inflationierung des Gegenstandes gesetzt, — die sauren Mühen der Erkenntnis bleiben allemal. Vorerst. Deshalb ist der tote Hund, der bei Barbara Sichtermann so brav noch beißt, ein unverzichtbarer Weggefährte.

Helmut Reinicke

Barbara Sichtermann, Der tote Hund beißt, Wagenbach 1990

Bitte an unsere LeserInnen

Um auch vom Jahrgang 1991 der *links* gebundene Ausgaben anbieten zu können, brauchen wir dringend noch Exemplare der *links* Nr. 247/248, Dez. 90/Jan. 91. Wer kann uns hier aushelfen? Exemplare bitte schicken an:

Verlag 2000 GmbH
links-Redaktion
Bleichstr. 5/7
6050 Offenbach/M.

Vielen Dank im voraus.
Die *links*-Redaktion

Den Michel hänseln

Die Wiedervereinigung hat die deutsche Rechte auf mehreren Ebenen berührt: das ‚Nationale' prägt wieder stärker das Selbstverständnis der Republik. Organisatorisch stagniert die Rechte, seitdem die REPs bei Wahlen eingebrochen sind, und auf der Militanz-Ebene häufen sich die neonazistischen Übergriffe in den neuen Bundesländern.

Diese Verschiebungen lassen nach einer Prognose für faschistische Bewegungen in der BRD fragen. Wolfgang Pohrt begutachtete im Februar 1990: ,,Ein wiedervereinigtes Deutschland ist im Stande, die irrationalen Prozesse der beiden deutschen Reiche zu wiederholen."

Die Warnung gründete auf Spekulation, Um sie überzeugender vorbringen zu können, legte Pohrt jetzt eine sozialwissenschaftliche Studie vor.

Ausgangspunkt ist ,,The Authoritarian Personality" (AP), die berühmte Untersuchung von Adorno und anderen über den autoritätsgebundenen Charakter in den USA. Pohrt liefert einen politischen Lagebericht, interviewt drei Kandidaten rechtsextremer Parteien, und er entwickelt parallel zur Faschismus-Skala der AP eine Liste mit Behauptungen, die von Testpersonen bewertet wird: Die Michel-Skala. Am Michel wird dein Syndrom entdeckt, das Wahnsystem, in einer feindlichen Umwelt zu leben. Die Befragungsergebnisse werden präsentiert mit der Interpretation von Skalen, die einmal auf die extremen Meinungen und zum anderen auf den allgemeinen Konsens abgestellt sind. Abschließend werden Schlußfolgerungen über die Wahrnehmung und Bearbeitung von Realität gezogen.

Für Pohrt ist die AP Maß und Stütze. Bei diesem Vorbild hinterfragt er nicht das Konzept einer Bewußtseinsmessung, problematisiert nicht das methodische Vorgehen und auch die Selbstkritik Adornos läßt ihn nicht nachdenklich werden: Wenn so etwas Komplexes wie Alltagsbewußtsein in Zahlen gefaßt werden soll, spielen noch ganz andere Dimensionen des Denkens und Verhaltens einer Person als die gewünschte Dimension (Faschismusanfälligkeit) in die Befragung hinein. Unbeabsichtigt kann mit dem Sprachstil die Bildung der Befragten gemessen werden oder die Befragungssituation schafft erst Zusammenhänge, die von den Wissenschaftlern für die pure Realität gehalten wird.

Zur Repräsentativität der *Authoritarian Personality* merkte Ludwig von Friedeburg an, die Ergebnisse seien gültig gewesen für ,,die weiße, in den USA geborene und in den Großstädten der Westküste lebenden Mittelschicht". Für seine Stichprobe entwirft Pohrt kein Auswahlverfahren; er befragte ,,wer erreichbar und willig war". Mit Hilfe dieses Versäumnisses suggeriert er nach eigenem Gutdünken, wie repräsentativ seine Resultate sind. Er hält nicht viel davon seine methodischen Entscheidungen zu dokumentieren oder Fehlerquellen anzugeben. Bei der Pohrtschen Amateurversion von Sozialforschung bleibt offen, zu welchen Aussagen die Daten berechtigen.

Indem Pohrt von einem Nationalcharakter ausgeht, lenkt er die Aufmerksamkeit auf die Eigenheiten einer Nation, statt auf eine gesellschaftliche Konstellation innerhalb dieser Nation. Damit bastelt er ein Gesamtsubjekt ,,die Deutschen", das bei seinen Aktionen losgelöst zu sein scheint von den sozialen Prozessen in diesem Deutschland. Zum einen rührt er damit sämtliche Gruppen und Klassen zu einer deutschen Masse zusammen, als ob eine faschistische Bewegung ohne die soziale Herkunft ihrer Mitglieder, ohne ihre Bündnisse oder ohne des Inhalts ihrer Herrschaft verstanden werden kann. Zum anderen kann er am deutschen Faschismus bestenfalls das Deutsche, aber nicht mehr das Faschistische ausmachen, während der Rassismus einen gesamteuropäischen Aufschwung erlebt und im Europäischen Parlament die rechtsextremen Parteien zusammenarbeiten.

Einmal geißelt Pohrt die Unfähigkeit der Deutschen zur Moral, um sieben Seiten später die mörderische Effizienz der Wehrmachtssoldaten aus ihrem Moralismus abzuleiten. Der deutscher amoralische Moralist, er hat kein stimmiges Bild von sich.

Welche Prognose folgt aus dem ermittelten ,,Wahnsystem", welche Chancen sind einer faschistischen Massenbewegung einzuräumen? Nach Pohrt kann sich das Kollektivbewußtsein der BRD leicht mit einer solchen Bewegung arrangieren, und dem Rechtsradikalismus fehlen nur noch ,,zwei Dinge, ein Feind und ein Führer". Diese dramatische Aussage nimmt Pohrt so bedenkenlos wieder zurück, wie er sie ausspricht.

Lesbar ist dieses Buch in einzelnen Beschreibungen, bei Miniaturen von Zuständen in Deutschland. Dann gelingen Pohrt Pointen, er kann den Michel hänseln. Nur sollte er nicht seine Sehschärfe mit einem Röntgenblick verwechseln, und nicht mit Zahlen versuchen, was nur in Worten auszudrücken ist.

Wolfgang Pohrt:
,,Der Weg zur inneren Einheit. Elemente des Massenbewußtsein BRD 1990"
Hamburg 1991, 317 Seiten,
DM 34,—

HANS-ERNST SCHILLER

„Auf ewig“

Zum Memorandum „Fremdenfeindlichkeit“ des Frankfurter „Instituts für Sozialforschung“

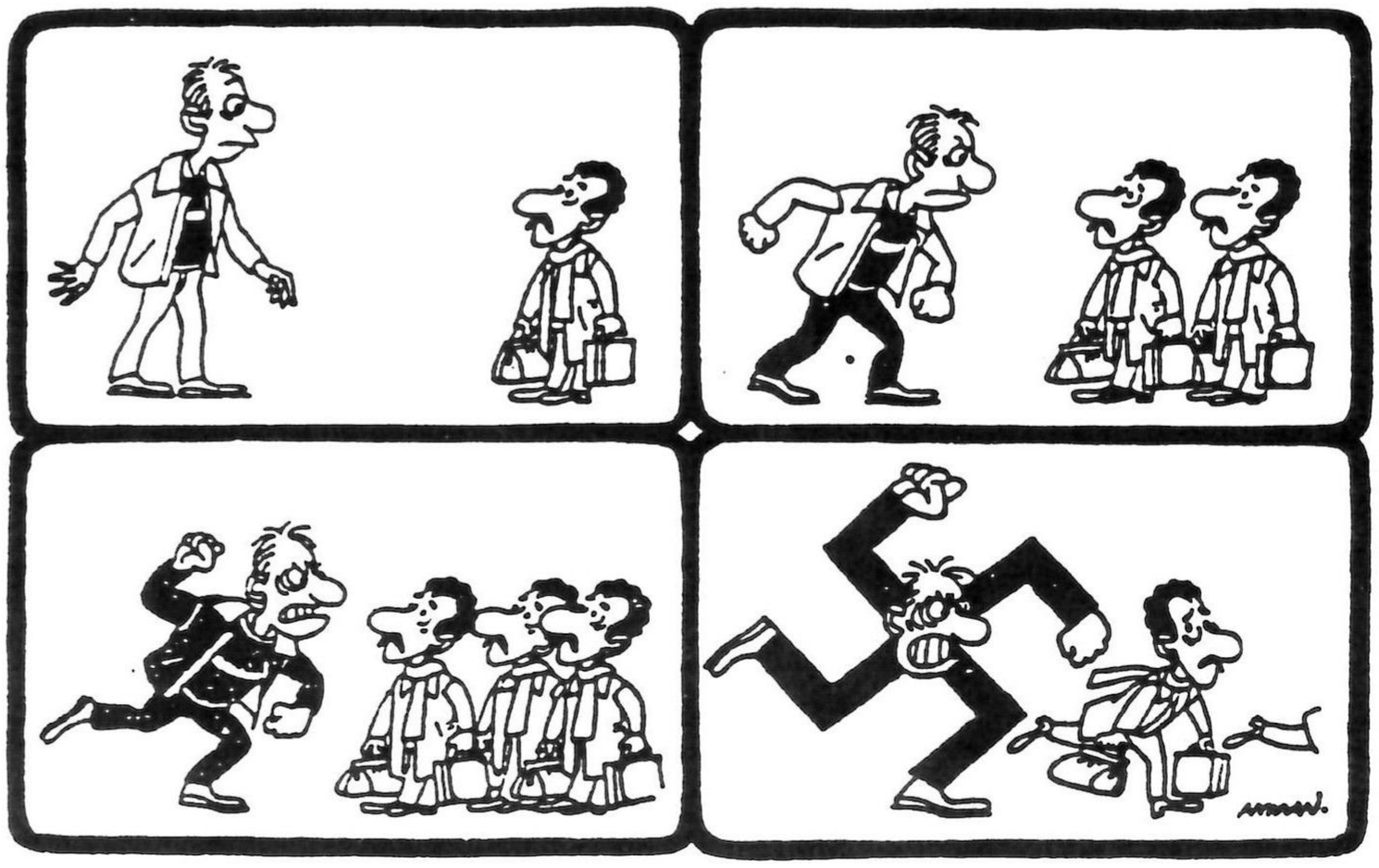
In der *Frankfurter Rundschau* vom 11.12.1991 wurde ein Memorandum des „Institut für Sozialforschung“ zur Fremdenfeindlichkeit publiziert. Hans-Ernst Schiller setzt sich kritisch mit den hinter dem Memorandum stehenden Grundthesen einer „demokratietheoretisch umorientierten Linken“ auseinander. Schiller kritisiert vor allem, daß im Memorandum „jene Strukturen als unantastbar ausgegeben werden, auf die der theoretische Ansatz als Klassenherrschaft hinwies.“

Wenn man eine politische Linke dadurch definieren kann, daß sie Kapitalismuskritik praktisch werden läßt, dann gibt es in Deutschland wieder einmal keine Linke mehr; spätestens seit Mitte der Achtziger hat sie allen nennenswerten Einfluß verloren. Seitdem scheint die Mehrzahl ihrer ehemaligen publizistischen Vertreter vor allem ein Ziel zu verfolgen: klarzumachen, daß es eine Systemkritik nie wieder geben darf.

Offenbar ist diese Ansicht auch im Frankfurter „Institut für Sozialforschung“ im Vormarsch begriffen. Das kann man zumindest nach der Lektüre des Memorandums vermuten, das Ende vergangenen Jahres im Namen des Instituts zur Fremdenfeindlichkeit publiziert worden ist (Frankfurter Rundschau vom 11.12.1991). Es enthält freilich auch einleuchtende Überlegungen. Die Zunahme des Fremdenhasses und seine gewachsene Brutalität setzt es in Beziehung zum Scheitern des keynesianischen Projekts eines kapitalistischen Wohlfahrtsstaats sowie zu allgemeinen Strukuren der „Klassengesellschaft“, durch die „die unteren Schichten von Macht und Bildung“ ausgeschlossen werden. Praktisch plädiert das Memorandum für ein Einwanderungsgesetz, für die Beibehaltung des Grundgesetzartikels 16 (Asylrecht) und gegen das noch gültige Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913, das sich vom Ideal ethnischer Homogenität leiten läßt. Zwischendurch jedoch und keineswegs nebenbei erfährt der Leser Grundthesen „einer demokratietheoretisch umorientierten Linken“, die zur Begründung der prkatischen Vorschläge gar nicht notwendig sind und den genannten Überlegungen eher zuwiderlaufen. Unter dem Namen der Moderne werden jene Strukturen als unantastbar ausgegeben, auf die der theoretische Ansatz der Klassenherrschaft hinwies.

„Die linke Kritik an der Fremdenfeindlichkeit“, so hat man herausgefunden, „war lange Zeit von der Vorstellung inspiriert, daß die sich an Fremden entzündenden Konflikte nur abgeleitete Probleme seien, die sich durch eine revolutionäre Umgestaltung und durch radikale Aufklärung ein für allemal beseitigen ließen.“ Dagegen setzen die Autoren die schwerlich umstürzende These, „daß Fremdenfeindlichkeit ein endemisches Problem moderner Gesellschaften ist“, also begrenzt, aber unaufhebbar. Die These will in in um so hellerem Licht erstrahlen, als die Sichtweise der verflossenen Linken „quasi-sozialmedizinisch“ sein soll, ein Vorwurf, den freilich schon die Formulierung der eigenen Ansicht — ein „endemisches Problem“! — als reine Projektion enthüllt.

Die allzu simple Gewißheit, Fremdenhaß sei unaufhebbar, verlangt nach Legitimation durch den Aufbau eines offenkundig schwachen Gegners, demgegenüber man die eigene These als Alternative glaubt profilieren zu können. Wissenschaftspolitisch praktiziert das Memorandum, was es in seinem Gegenstandsbereich als unvermeidlich rechtfertigt: die Bildung einer trügerischen, vertuschenden Einheit „durch symbolische“ — nur symbolische? — „Exklusion mißliebiger Gruppen“. Angeblich gehören zur Systemkritik „Träume einer konfliktfreien Einheit der Gesellschaft“. Statt nun zu differenzieren, etwa zwischen Kriegen und Liebeshändeln, zwischen Auseinandersetzungen über die Ziele gesellschaftlicher Produktion und solchen, die aus der Exklusivität wirtschaftlicher Macht erwachsen, mißbraucht das Memorandum die allgemeine Einsicht in die Unmöglichkeit, alle gesellschaftlichen Konflikte abzuschaffen — was im übrigen auch gar nicht wünschenswert wäre — dazu, historisch recht bestimmten Konflikte der wertvermittelten Klassengesellschaft eine



Ewigkeitsbescheinigung auszustellen. Diese Konflikte selbst freilich müssen umgetauft, akzeptabler gemacht, terminologisch entschärft und verallgemeinert werden: war vordem von Klassenherrschaft die Rede, handelt es sich nun um ,,permanente Status- und Verteilungskämpfe in einer pluralistischen Gesellschaft".

Obwohl sich das Memorandum zu Reklamezwecken in die Tradition der alten Frankfurter Schule stellt, vollführt es selbst die alte ideologische Operation, die von Autoren wie Horkheimer und Adorno angegriffen wurde: die einfache Identifikation des Besonderen mit einem Allgemeinen. Gegenwärtige Verhältnisse, die man nicht ändern kann oder will, werden mit einer allgemeinen Einsicht gleichgesetzt (hier der von der Unaufhebbarkeit von Konflikten überhaupt), die durchaus brauchbar sein mag, unreflektiert aber den springenden Punkt, die Besonderheit des Problems, an der man ansetzen könnte, nur verdeckt. Ergebnis ist nicht allein die Austreibung der Systemkritik, sondern die systematische Verkennung der eigenen Widersprüche: ,,Eine auf ewig unbefriedbare konflikthafte Pluralität ist das politische Signum der Moderne."

Das Amalgam von Ewigkeit und Moderne ist keine Erfindung des Memorandums. Für Walter Benjamin freilich war seine stationäre Widersprüchlichkeit die säkulare Gestalt dessen, was sich das religiöse Bewußtsein als Hölle phantasierte. Zugleich galt sie ihm als Schein. Moderne Gesellschaften sind säkular, aber eben deshalb dürften sie keinen Ewigkeitsanspruch erheben. Wenn das Moderne ewig zu sein vorgibt, ist dies ein notwendiger Trug, der aus seiner Unverbundenheit, der polemischen Beziehung zum Jüngstvergangenen entspringt. Das Ideal des absolut Neuen beansprucht absolute Geltung, um im nächsten Augenblick im Strom der abstrakten Zeit zu versinken und einem *Neuen* Platz zu machen. Die Substantialität selbst, die ,,das Moderne" prätendiert, ist eine geborgte.

In der Moderne ist der Begriff ,,modern" zunächst ein Adjektiv, das in verschiedenen Gebieten dreierlei zum Ausdruck bringt: den Bruch mit der Tradition des feudalen Europa, den wiedergewonnen Anschluß an die ewig gültigen Schöpfungen der Antike und die unübersehbare Differenz zu ihnen. In diesem Sinn debattieren, um nur an die deutsche Tradition zu erinnern, die Klassiker und Romantiker über moderne und klassische Kunst, schreibt Hegel über den modernen Staat, wählt Marx sich ,,die moderne bürgerliche Gesellschaft" zum Gegenstand. Je mehr die neue Welt sich entwickelt, desto fester werden die Züge ,,des Modernen" als einer epochenspezifischen Weise des Erfahrens und Verhaltens.

Riskiert man einen unzeitgemäßen Blick ins Marxsche Werk, so lassen sich starke Analogien zwischen jenem Lebensstil und den Imperativen einer totalisierten Wertproduktion erkennen. Sie sind so aufdringlich, daß man beinahe unwillkürlich — wie auch der allgemeine Gebrauch des Wortes ,,Modernisierung" für einen wirtschaftlichen Vorgang nahelegt — auf den Gedanken kommen muß, hier den Kern, oder sollte man nicht einfach sagen: die Basis unserer Modernität vorgeführt zu bekommen. Das Kapital, so Marx, produziert um des Wertes willen, in prinzipieller Gleichgültigkeit zur Bestimmtheit des Produkts; es produziert um der Produktion willen, muß stets neue Bedürfnisse schaffen, reißt alle Schranken von Tradition und Naturverhaftung nieder, revolutioniert unablässig die Technik. Und dennoch ist es scheinbar sich durchhaltende Substanz, sich selbst verwertender Wert.

Seitdem solche Gedanken im Umlauf sind, hat es nicht an Versuchen gefehlt, das Theorem von der alles prägenden Gewalt der Wirtschaftsweise — recht verstanden ein Spezifikum der Moderne — zu widerlegen. Der Augenschein spricht sowohl dagegen als dafür, denn tatsächlich auch bei Marx ist das nachzulesen — hat das Politische in der Moderne eine eigenständige Form erhalten.

Unzeitgemäßer Blick zu Marx

Es genügt hier, darauf hinzuweisen, daß man — schätzungsweise seit Max Weber — mit dem Begriff der Moderne als Kennzeichnung für den Gegenstand einer gegenwartsbezogenen Gesellschaftstheorie unter der Hand zum Ausdruck bringen oder gar vorentscheiden will, daß jene Dominanz der Wirtschaftssphäre gar nicht besteht. Man gebraucht also eine historische Konzeption und beleiht sie zugleich mit dem Schein der Ewigkeit, den die Modernität mit sich führt. In eben dieser Weise fungiert der Begriff im Memorandum des Instituts.

,,Wenn nun also", so heißt es zusammenfassend an der zentralen Stelle des Papiers, ,,die konflikthafte Struktur säkularisierter Gesellschaften unaufhebbar ist und damit zugleich die Permanenz wechselseitiger symbolischer Ausbürgerungsversuche, dann kann der an Aufklärung Interessierte sich nicht länger an der normativen Fiktion der sozialtechnischen Abschaffbarkeit des Fremdenhasses orientieren." Warum die Abschaffung des Fremdenhasses, ein Ziel, das auf die Mündigkeit von Menschen baut, die die wahre Natur ihrer Not und ihrer Konflikte erkennen können, sozialtechnisch sein soll, bleibt unerfindlich, es sei denn, die Autoren spürten auch hier die Zweifel, ob sie sich auf die Überzeugungskraft der eigenen Thesen ohne griffiges Feindbild verlassen könnten. ,,Die radikale Aufklärung", deren Titel sie für sich reklamieren, ,,ist bescheiden. Ihr kann es nur darum gehen, die an alten und neuen politischen Fronten aufbrechenden Konflikte zu erkennen, sie durch technische und öffentliche Reflexion transparent zu machen und auf zivilisierte Formen der Konfliktaustragung zu drängen."

Versuchen wir uns einen Augenblick vorzustellen, was das Drängen auf zivilisierte Formen der Konfliktaustragung bedeuten kann, wenn Fremdenhaß als unaufhebbar akzeptiert werden muß. Dann sollen die betrunkenen Hitlerfans natürlich nicht mehr gröhlen, prügeln und brennen, sondern in angemeldeten Demonstrationen ihre Schilder tragen: Ausländer raus, Deutschland den Deutschen! Passanten sollen, wenn der Türke abgestochen wird, nicht mehr gleichgültig weitergehen oder gaffen, sondern auf Grußformel und Diskussion bestehen. Nur kein sozialmedizinischer Ruf nach dem ,,Skalpell des gesetzlichen Verbot und des polizeilichen Eingriffs"! Und bitte kein Gedanke an die Veränderung einer Wirtschaftsweise, die ohne Reservearmeen und Deklassierung, ohne Förderung der Aggressivität und Anbetung des Erfolgs nicht auskommt; statt dessen Unterricht in Rechtskunde und Benimm. Das ist in der Tat bescheiden. Ob es aber noch ,,radikale Aufklärung" heißen darf?

Werfen wir zum Abschluß einen Blick auf die originale, als sozialtechnologisch diffamierte Aufklärung. Warum ist der Appell an die Humanität, wie die Autoren des Memorandums zu Recht feststellen, oft so ohnmächtig? Weil, wie mit Helvetius zu antworten wäre, zu viele nicht lernen konnten, ,,sich mit den Unglücken zu identifizieren, sich selbst in ihnen zu sehen." Diese Identifikation ist Mitleid, und Mitleid ist ein praktischer Affekt: Er will das Unglück anderer beenden, weil es die Erinnerung und die Erwartung eigenen Unglücks wachruft. Es beruht also auf einer bestimmten Form der Selbstliebe, obwohl diese natürlich auch andere Formen annehmen kann. Niemals aber ,,kann die Liebe zu den anderen etwas anderes sein als eine Auswirkung der Liebe zu sich selbst." ,,Ich habe bewiesen", fährt Helvetius fort, ,,daß das Mitleid weder ein moralischer Sinn noch ein eingeborenes Gefühl ist, sondern vielmehr eine reine Wirkung der Selbstliebe. Was folgt nun daraus? Daß uns diese jeweils abgewandelte Liebe menschlich oder hart macht, je nach der Erziehung, die wir empfangen, nach dem gesellschaftlichen Stand und den Lebensbedingungen, in die uns der Zufall versetzt; daß die Menschen durchaus nicht teilnehmend geboren werden, daß aber alle es werden können und es auch werden, wenn nur die Gesetze, die Regierungsform und die Erziehung dafür sorgen."

Soweit ein Autor, der die Französisische Revolution nicht mehr erlebte. Uns Nachmarxisten mag manches und vor allem sein Optimismus naiv erschienen. Die ethische Argumentation ist lückenhaft und von politischer Ökonomie keine Rede. Dennoch können die Klarheit seiner Sprache und sein Denkstil der Illusionslosigkeit, nicht zuletzt auch sein Bemühen, die Netze verselbständigter Begriffe zu durchbrechen, um zu dem, was nottut, vorzudringen, noch immer deutlich machen, was radikale Aufklärung genannt werden darf. ■

Der Autor, Hans-Ernst Schiller, ist Lehrbeauftragter für Philosophie. Von ihm erschien im letzten Jahr das Buch: ,,Bloch-Konstellation. Utopien der Philosophie" im Klampen-Verlag, Lüneburg 1991.

MAX DIAMANT

„Brief an die Freunde“

Max Diamant ist tot. Er war ein freier, kämpferischer Sozialist, der sich immer auch als Internationalist verstand. Er war ein streitbarer Demokrat, der von den Nazis verfolgt und in die Emigration getrieben wurde. Anstelle eines Nachrufs veröffentlichen wir hier einen Brief ihm, den er am 26. Januar 1947 aus Mexiko an seine Freunde (SAP-Genossen in den USA und in Europa) schickte, und der u.E. zeigt, wie vorausschauend seine damals geäußerten Gedanken über die Zukunft der Sozialistischen Bewegung gewesen sind. Wir danken an dieser Stelle auch Jakob Moneta, der uns freundlicherweise den Brief Max Diamants — übermittelt durch seine Tochter Doris — zur Verfügung stellte.

Mexiko, D.F. 26 Januar 1947

Liebe Freunde,
das ist der erste Brief nach langen Jahren — teils erzwungenen, teils freiwilligen — Schweigens... Ich habe selbstkritisch ... Fragen mir immer wieder gestellt, bestrebt, mit mir selbst ins Reine zu kommen... Nach bestem Gewissen will ich in diesem Zusammenhang hier folgendes sagen: ich bemühte und bemühe mich eine Reihe Grundfragen im Lichte unserer gemeinsamen Erfahrung zu überprüfen und achte darauf, weitere eigene Illusionen und angenehmen Selbstbetrug — auch was meine eigene Haltung anbetrifft — nicht zu akzeptieren.

Woran liegt es, wenn die deutsche sozialistische Emigration, — in USA, in Cuba, hier, aber auch in Schweden und den europäischen Emigrationsländern — und fast „einheitlich“ sich reserviert verhält? Daß die einzelnen Freunde, und auch die besten und Aktivisten unter ihnen — von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen — weiter in ihren Emigrationsländern bleiben und kaum ernsthaft die Rückkehr zur aktiven politischen Arbeit betrieben? Liegt es etwa daran, daß wir alle, bewußt oder unbewußt, dem Druck eines physiologischen Gesetzes nachgebend, alt und müde geworden sind? Oder daß die Zweifel die Grundlagen unserer sozialistischen Anschauungen erschüttert hätten und darum bei uns allen eine unsichere und zaudernde Haltung hervorriefen? Oder daß wir, nach den vielen Mißerfolgen und Schlägen der Vergangenheit, auch für die nächste Zukunft am politischen Erfolg zweifeln — und deshalb — verzweifelnd, um uns vor neuen Schlägen zurückziehen? Mag sein, daß etwas von diesen und ähnlichen Gründen in irgendeiner Proportion die Haltung der einzelnen Freunde mitbestimmend beeinflussen, — obwohl umgekehrt diejenigen, die die Frage des politischen „Erfolgs“ aus ihrem unmittelbaren privaten Guckwinkel heraus formulieren, es wohl leichter gegenwärtig haben, wenn sie sich einem der Mächtigen unserer Zeit verschreiben. Für die SOPADE-Freunde aus London (Anm. die SPD-Emigration) und anderwärts mag die Frage sich viel leichter gestellt haben, etwa als die technische Frage der Rückverlegung eines Rumpf-Apparats und die Wiederaufnahme alter Funktionen...

Für die meisten anderen Freunde muß es wohl einen gemeinsamen Nenner zur Erklärung ihrer ähnlichen Haltung geben. Und dieser gemeinsame Nenner scheint mir in der tiefen geistigen und politischen Krise der sozialistischen Bewegung gegeben zu sein. Einer Krise, die seit langem um sich frißt und die bei Ende des zweiten Weltkrieges noch tiefer und sichtbarer geworden ist. Ich habe mir auch die Frage konkret gestellt, und will sie hier umreißen, warum ich heute und bis auf weiteres an keine Rückkehr nach Deutschland denke — obwohl es doch für uns alle und auch für mich noch Jahre nach Kriegsausbruch eine Selbstverständlichkeit war, daß wir nicht nur den Sturz Hitlers, sondern auch beim Aufbau eines sozialistischen Deutschlands helfen wollen. Vielleicht verdanke ich es meiner Abstammung und meinem Lebensschicksal, aber ich weiß, daß ich nicht nur „aus dem Kopf heraus“ aus ‚Raison‘, sondern auch aus meinem Gefühl und Reagieren nach Internationalist bin.

Gerade darum, wäre es mir heute ein schrecklicher Gedanke, im jetzigen Deutschland zu wirken. Der faschistische Giftnebel in den Köpfen so vieler Millionen Deutscher, und besonders deutscher Jugendlicher, wird noch sehr lange in seinen Nachwirkungen anhalten. In der deutschen Öffentlichkeit heute zu wirken, heißt für unsereinen: einem unterdrückten Volk im Zentrum Europas bei seiner inneren Befreiung zu helfen und zum Wideraufbau eines neuen Europas beizutragen — aber in der konkreten Wirklichkeit bedeutet das auch, mit einer Unzahl tückischer Heuchler Umgang zu haben, mit einer Unzahl unbekannter und unentdeckter Verbrecher, die gestern noch als feige Menschenschinder in deutschen KZs, in jüdischen Ghettos, in europäischen Totenlagern und Gaskammern fungierten.

Ich stelle mir vor, ich stehe als Redner in irgendeiner allgemeinen politischen Versammlung irgendwo ... und während ich spreche, versuche ich in den grauen Gesichtern mir unbekannter Menschen immer wieder zu ergründen: Warst Du nicht gestern auch ein Mörder meiner Genossen, meiner Brüder? Und der Gedanke allein, mit einer solchen Vorstellung zu reden oder zu schreiben, ist mir unerträglich. Zynikern aus unseren Reihen oder solchen, die nach wie vor kalt argumentieren, Politik sei eben eine Auseinandersetzung um Machtfragen, und zu ihrer Entscheidung gehöre unvermeidlich eine Portion Brutalität, mögen solche Skrupel als lächerlich anmuten.

Ich meine aber, wer ein Menschenschinder war, wer ein Mordhandwerk betrieb — gleichgültig ob er dabei einer braunen, schwarzen oder roten Parole gehorchte — ist für sein Leben gegeißelt und wird nie mehr ein Menschenfreund werden. Dabei ist

Max Diamant mit seiner polit. Weggefährtin, der ehem. SAP-Genossin Rosi Fröhlich.

Foto: Barbara Klemm, FAZ

es meine Überzeugung, daß ohne Besinnung auf einen tiefen Humanismus unsere sozialistische Bewegung keinen neuen Schwung erlangen kann. Und so ergibt sich für mich privat dasselbe wie in allgemeinen Dingen: ich versuche einer Situation auszuweichen, in der ich in die Lage geraten müßte, Menschenverächter zu werden...

Zwischen der historischen Aufgabe deutscher Sozialisten und den heutigen Möglichkeiten, die durch einen übermächtigen Druck bestimmt werden, besteht eine Kluft. Und doch ist es mehr denn je eine Lebensfrage der sozialistischen Bewegung, daß sie aufhört, Objekt und politische Tauschware im Ringen der Mächte zu sein. Zukunft und Untergang der heutigen sozialistischen Bewegung wird unmittelbar davon abhängen, ob sie — nicht nur in Deutschland, sondern in allen führenden europäischen Ländern — sich auf ihre ureigenen historischen Interessen besinnt, ob sie aufhört, national beschränkte Politik zu betreiben und stattdessen sich auf eine europäische sozialistische Strategie orientiert. — Uabhängige sozialistische Politik, das heißt heute europäische sozialistische Politik...

Vielleicht täuschen wir uns über den Charakter unserer Epoche? Die Marxisten, seit Marx bis zu Lenin und Trotzky und bis auf den heutigen Tag, haben immer bei der Einschätzung der Perspektiven ihr revolutionäres Temperament mitsprechen lassen — und haben sich über die Tempi und die Termine ständig gründlich getäuscht. Heute wissen wir nicht nur, daß der Monopolkapitalismus nicht die letzte Phase des Kapitalismus darstellte, sondern daß auch über den Faschismus hinaus die kapitalistische Entwicklung weitergeht.

Möglich, daß der Kapitalismus trotz aller gewaltigen Krisen noch eine gehörige Portion Vitalität im Leibe hat und daß trotz aller Zerstörung der Produktivkräfte, sie durch die Revolutionierung der Technik, eine weitere stürmische Entfaltung erfahren. Nicht nur im engeren kritischen Sinne erscheint das Wort (eine Anm. Lenins) richtig zu sein, daß es für die herrschende Klasse keine auswegslose Situation gibt. Die Geschichte der Klassenkämpfe war bisher immer nur eine Kampfgeschichte der jeweils aufsteigenden und nachdrängenden sozialen Kräfte um die Erbfolge der Klassenherrschaft. Wird diese Skala in unserer Epoche ihren Höhepunkt und ihren Abschluß erfahren?

Wenn die Arbeiterklasse — infolge ihrer verewigten Spaltung und anderer Faktoren — sich historisch als unfähig erweisen sollte, unter ihren Führung die sozialistische Organisierung der Gesellschaft anzubahnen, so wird deswegen die gesellschaftliche Entwicklung sicher nicht aufhören. Es scheint denkbar, daß dann eine soziale Kraft, die Bürokratie, anstelle der Arbeiterklasse auf die Nachfolgeschaft der Bourgeoisie Anspruch erheben wird. Und dann allerdings ist es möglich, daß, auf dem Wege zu der von uns erstrebten sozialistischen Gesellschaft noch eine ganze Epoche der bürokratischen Herrschaft liegt. Es hat wenig Wert mit den heutigen tastenden und wagen Begriffen den Charakter einer solchen Gesellschaftsformation, und noch mehr ihre verschiedenen möglichen Variationen und Abstufungen, jetzt definieren zu wollen.

Ganz gleich wie verschieden sie benannt werden, und dies vor allem bedingt durch die differierenden sozialökonomischen Ursprungs-Bedingungen der verschiedenen bürokratischen „Regime", ganz gleich ob es sich um stalinistischen Staatssozialismus, um Staatskapitalismus, Etatismus oder Neofaschismus handelt, in einem entscheidenden Punkt haben sie ein Wesentliches gemeinsam, das sie von der sozialistischen Gesellschaft unterscheidet: Während der Sozialismus die Abschaffung der Klassengesellschaft beinhaltet, handelt es sich hier um die rationelle Organisierung der Gesellschaft unter einer neuen Führung, um eine neue Spitze auf einer mehr oder weniger veränderten Klassen-Pyramide. Der gesellschaftliche Fortschritt über die heutigen Formen des Kapitalismus hinaus, kann man mit recht sagen, hat sich auch dann durchgesetzt. Er hat nur einen wesentlich anderen Inhalt, als den von uns erstrebten, und ist reduziert in der Hauptsache — auf die Rationalisierung der Ausbeutung und auf die Vervollkommmnung der Herrschaftsmethoden. Möglicherweise entscheidet es sich gerade in dieser Zeit, ob nicht die ganze nächste Epoche der bürokratischen Herrschaftsformation angehören wird. Wird diese Perspektive, die heute als möglich erscheint und die in der Marxschen Alternative nicht vorgesehen war, zur geschichtlichen Realität, dann allerdings gehören wir, weil zu früh geboren, zu einer „verlorenen Generation". (...)

Genug. Bin ich ein Schwarzseher geworden? Ich glaube nicht. Gerade wegen unserer gemeinsamen Weltanschauung bemühe ich mich — nach so vielen Niederlagen und Schlägen — die Dinge nüchtern zu sehen. Das führt unvermeidlich zur Liquidierung früherer Illusionen, die wir gemeinsam hatten. Gewiß gibt es auch am grauen Horizont hie und da Lichtpunkte, und wenn man sie alle zusammenzählt, läßt sich vielleicht für morgen ein neuer Silberstreifen entdecken...

Und möglich gar, daß im Weiteren die Parole eines Vereinigten Europas oder einer Europäischen Föderation, immer stärker Widerhall finden und schrittweise realisiert werden wird und daß nicht mehr ein Churchill (als Versuch zur Rettung des britischen Imperiums), sondern Sozialisten aller Länder als Wortführer dieser konstruktiven Idee auftreten werden. Noch während des ersten Weltkrieges hat Lenin in den Vereinigten Staaten Europas den großen Ausweg gesehen — vielleicht gelingt es jetzt nach dem zweiten Weltkrieg und vor neuen Krisen, mit Hilfe der sozialistischen Bewegung schrittweise dieses große Tor der Zukunft zu öffnen. Ich drücke jedem von Euch in alter Freundschaft die Hand...

Max Diamant — einige Lebensdaten

Max Diamant wurde 1908 in Lodz als Sohn jüdischer Eltern geboren. Er wuchs dreisprachig auf, sprach deutsch, polnisch und jiddisch; später kamen — durch die Emigration — noch andere Sprachen hinzu. Der Vater, Handwerker und Fabrikarbeiter, war als Kommunist aktiv. Die Familie ging 1921 in die Sowjetunion. Max Diamant studierte in den ersten zwei Jahren seines dreijährigen Aufenthalts in Leningrad Elektrotechnik, danach war er Redakteur einer deutschsprachigen kommunistischen Jugendzeitung in Charkow. Als man ihn zwang, den Inhalt einer Meldung zu verfälschen, brach er mit dem stalinistischen System.

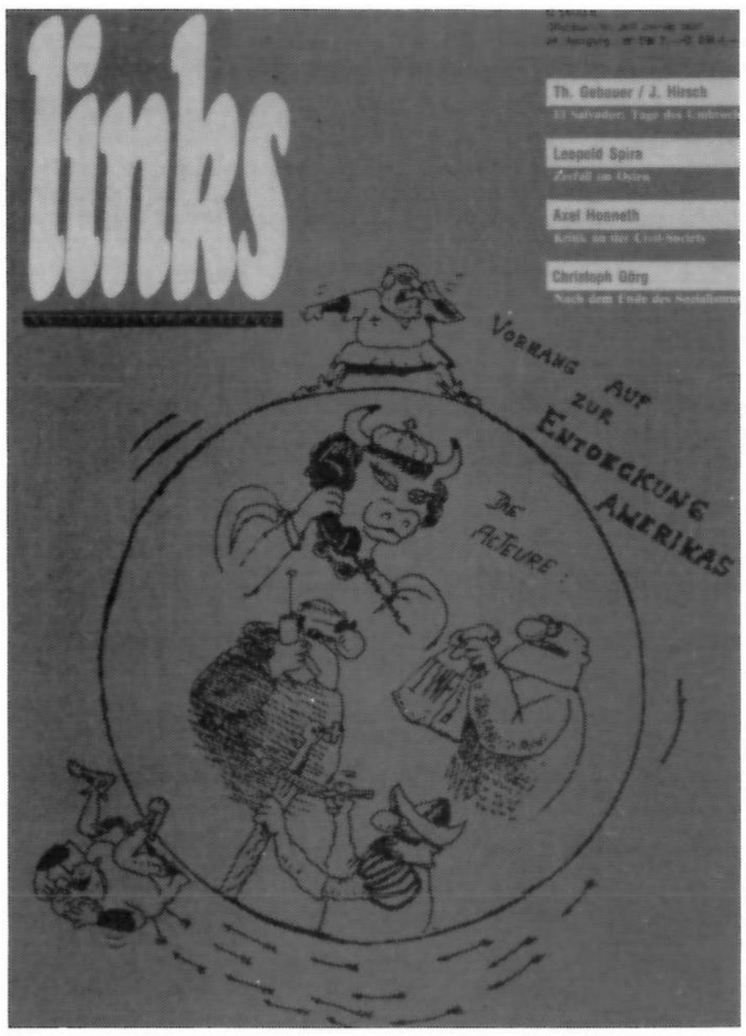
Seinen Eltern gelang es nicht mehr, das Land rechtzeitig zu verlassen, sie wurden Opfer der stalinistischen Vernichtungsmaschinerie. Max entkam und ging nach Mannheim, arbeitet dort als Journalist und engagierte sich politisch in der SPD, wo er auch seine Frau Anni kennenlernte. Später wechselte er zur SAP und beteiligte sich aktiv am Kampf gegen die Nazis. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten emigrierte er nach Frankreich. Dort, von einem kleinen Grenzort aus, führte er zunächst den Kampf gegen die Naziherrschaft weiter, bis die Franzosen es ihm untersagten. Er lebte dann in Paris und erlernte dort das Druckerhandwerk. Wie viele andere politische Emigranten kämpfte er 1936 im Spanischen Bürgerkrieg mit und arbeitete dort intensiv für die SAP, vor allem in Barcelona, bis seine Partei ihn nach Paris zurückrief. Wieder in Frankreich half Max Diamant mit, die Flucht bedrohter Emigranten — durch Franco-Spanien — nach Lissabon zu organisieren. 1941 gelang ihm selbst die Flucht nach Mexiko. Er arbeitete politisch weiter als Journalist und unterhielt zusammen mit seiner Frau Anni einen kleinen Delikatessenladen, der beiden den Lebensunterhalt sicherte.

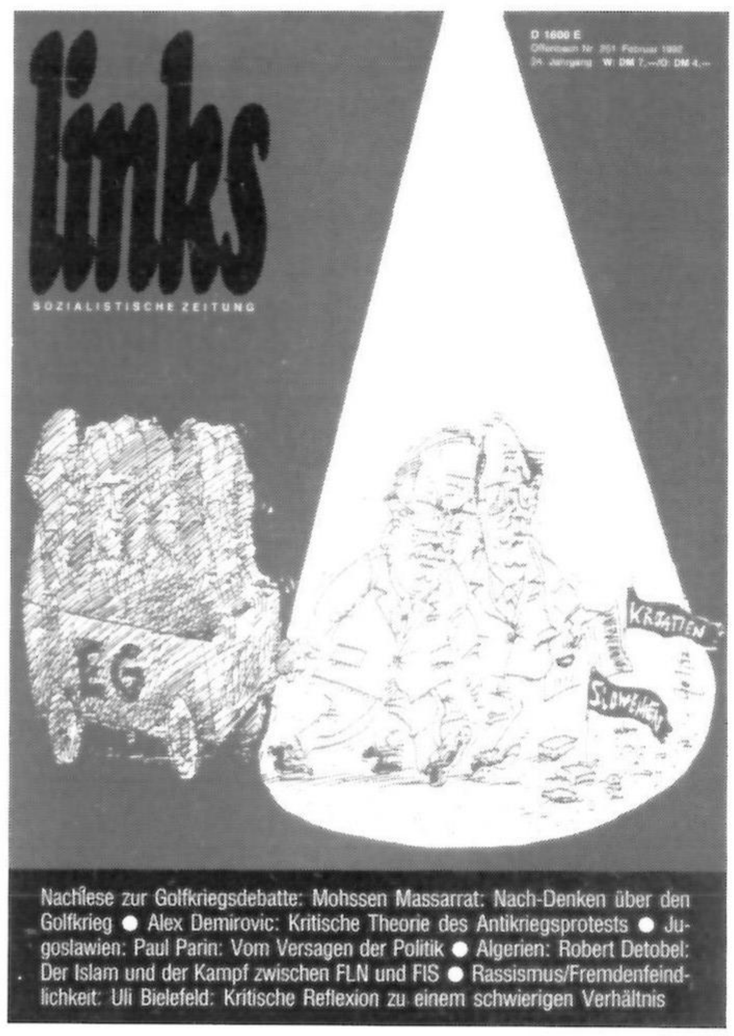
Erst 1961 kehrte Max Diamant nach Deutschland zurück und leistete bis 1973 in der Vorstandsverwaltung der IG Metall, Frankfurt engagierte Gewerkschaftsarbeit. Hier war er zuständig für die gewerkschaftliche Organisation und die Betreuung der ausländischen Arbeiter in der Metallindustrie der Bundesrepublik, für die er Solidarität und Gleichberechtigung in Betrieben und Gemeinden durchzusetzen versuchte.

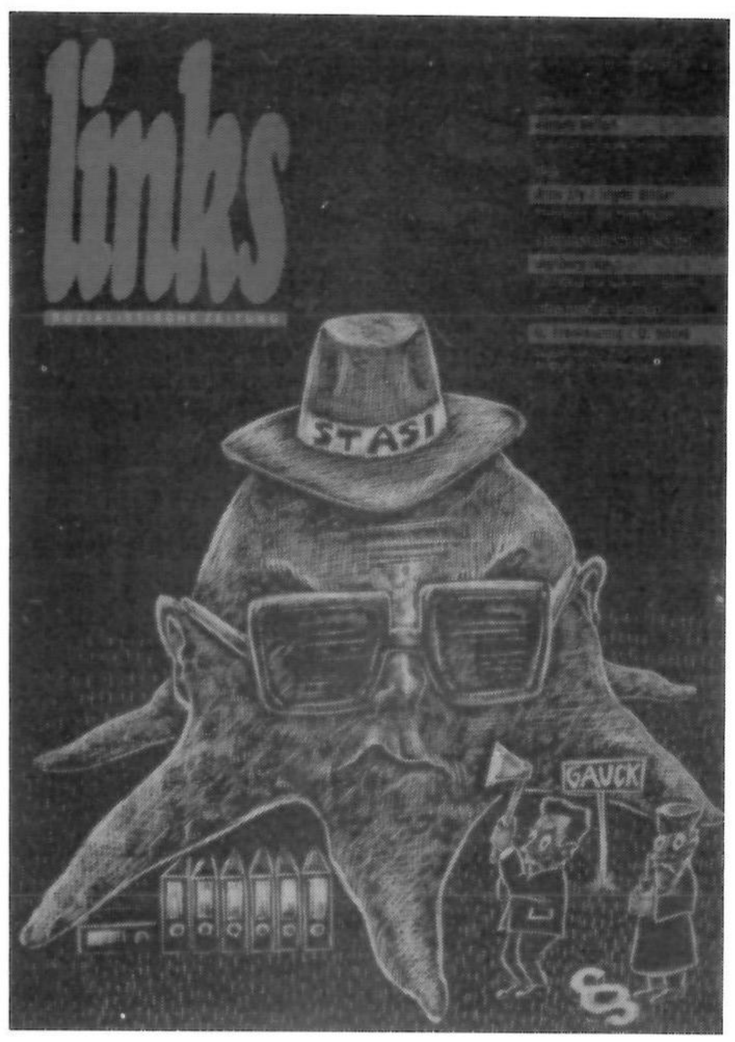
Die Lebensdaten sind der Trauerrede Hans Matthöfers entnommen.

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit Beiträgen zu nationalen Konflikten in Jugoslawien, zu 500 Jahre Conquista, zur Nachlese auf die Golfkriegsdebatte, zur Verfassungsdiskussion und zur Stasi-Problematik.
Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.







Abo-Bestellschein

Jede/r, die/der jetzt eine/n AbonnentIn wirbt, erhält von der Redaktion das Buch

Befreiung denken — Ein politischer Imperativ.
Ein Materialienband zu Herbert Marcuse, 2. erweiterte Auflage 1990

als Dankeschön.

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung

den oben erwähnten Materialienband zu Herbert Marcuse

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Straße

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1992) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 68,—/ O: DM 40,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Das ich die nebenstehende Vereinbarung gelesen habe, bestätige ich durch meine 2. Unterschrift:

Studenten-Abonnement

☐ Ich abonniere als StudentIn die *links* für 49,— DM gegen Vorlage der Studentenbescheinung.

Probe-Abonnement

☐ Ich möchte die aktuelle und die nächste *links*-Ausgabe zum Preis von 9,— DM bestellen.

(Bitte zutreffendes ankreuzen)

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 3524 Immenhausen 01

WO DIE LINKS ZU BUCHLÄDEN IST:

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchhandl. in Schöneberg
Günter Senf
Eisenacher Str. 49
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Berlin (Ost)
SUSI
Haus der Demokratie
Raum 105
Friedrichstr. 165
Bern
Münstergass Buchhandlung
Münstergasse 35
Betzdorf
Buchhandlung Sarrazin
Viktoriastr, 21
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen im Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Esslingen
Provinzbuch
Küferstr. 26
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Buchhandlung
Hostatastr./Ecke
Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Bund-Verlag-GmbH
Wilh.-Leusch.-Str. 69-77
Club Voltaire
Kl. Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Calvör. Akadem.
Buchhandlung
Weender Str. 58
Hagen
Quadrux Buchladen
Lange Str. 21
Hamburg
Buchhandlung Gegenwind
Grindelhof 45
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Buchladen am Freiheitsplatz
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Internationalismus-Buchl.
Engelbosteler Damm 10
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Bücherstube Kossmann
Friedrichstr. 24
Coffie-Shop
Elfbuchenstr. 18
Kiel
Zapata Buchladen
Jungfernstieg 27
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Buchladen Heimes/
Mender/Pfalz
Schanzenpforte 2
Köln
Der andere Buchladen
Wahlenstr. 1
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Ringbuchhandl. Nethe
Hohenzollernring 38
Konstanz
Buchhandlung Meder
Paradiesstr. 3
Buchladen
„Zur Schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Marktheidenfeld
Die Bücherstube
Kreuzbergstr. 19
Minden
Bücherwurm
Alte Kirchstr. 25
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis-Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Postfach 4609
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmsplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Autonomie-Buchladen
Martinistr. 9
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str./Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Rokenstr. 4
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbrücken
Der Buchladen
Försterstr. 14
Schweinfurt
Collibri Buchladen
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Postfach 303
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in
der Gartenstraße
Gartenstr. 20
die Gruppe —
Alt. Buchladen
Marktgasse 13
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Wiesbaden
Kassandra Buchladen
Westendstr. 1
Zürich
Pinkus & Co.
Froschaugasse 7